

Amtsblatt

der Europäischen Union

ISSN 1725-2539

L 154

46. Jahrgang

21. Juni 2003

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

	I	<i>Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte</i>	
	★	Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Mai 2003 über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)	1
		Verordnung (EG) Nr. 1060/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise	42
		Verordnung (EG) Nr. 1061/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen der Verfahren A1 und B für Obst und Gemüse (Tomaten/Paradeiser, Orangen, Tafeltrauben und Äpfel)	44
		Verordnung (EG) Nr. 1062/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Verfahrens A1 für Schalenfrüchte (Mandeln ohne Schale, Haselnüsse in der Schale, Haselnüsse ohne Schale, Walnüsse in der Schale)	47
		Verordnung (EG) Nr. 1063/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse mit Ausnahme der für die Verarbeitungserzeugnisse mit Zusatz von Zucker gewährten Ausfuhrerstattungen (vorläufig haltbar gemachte Kirschen, geschälte Tomaten/Paradeiser, haltbar gemachte Kirschen, zubereitete Haselnüsse, gewisse Orangensäfte)	49
	★	Verordnung (EG) Nr. 1064/2003 der Kommission vom 19. Juni 2003 zur Einstellung des Industriefischfangs durch Schiffe unter der Flagge Schwedens	51
		Verordnung (EG) Nr. 1065/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung über den Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von rund 7 425 Tonnen Reis der Ernte 2000 aus Beständen der spanischen Interventionsstelle	52
		Verordnung (EG) Nr. 1066/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Eröffnung einer Dauerausschreibung zur Ausfuhr von Sorghum aus Beständen der französischen Interventionsstelle	53

Preis: 22 EUR

(Fortsetzung umseitig)

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

Verordnung (EG) Nr. 1067/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festsetzung der Höchsterstattung bei der Ausfuhr von geschliffenem Langkornreis B nach bestimmten Drittländern im Zusammenhang mit der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1898/2002	58
Verordnung (EG) Nr. 1068/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festsetzung der Höchsterstattung bei der Ausfuhr von geschliffenem rundkörnigem Reis nach bestimmten Drittländern im Zusammenhang mit der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1896/2002	59
Verordnung (EG) Nr. 1069/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festsetzung der Höchsterstattung bei der Ausfuhr von geschliffenem mittelkörnigem Reis und geschliffenem Langkornreis A im Zusammenhang mit der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1897/2002 nach bestimmten Drittländern	60
★ Verordnung (EG) Nr. 1070/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zur dritten Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2000 des Rates über das Verbot des Verkaufs, der Lieferung und der Ausfuhr nach Birma/Myanmar von Ausrüstungen, die zur internen Repression oder für terroristische Zwecke benutzt werden können, und über das Einfrieren der Gelder bestimmter, mit wichtigen Regierungsfunktionen verbundener Personen in diesem Land	61
Verordnung (EG) Nr. 1071/2003 der Kommission vom 20. Juni 2003 zu den Anträgen auf Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Reis und Bruchreis mit Voraussetzungen der Erstattung	69
★ Richtlinie 2003/62/EG der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Änderung der Richtlinien 86/362/EWG und 90/642/EWG des Rates hinsichtlich der Rückstandshöchstgehalte für Hexaconazol, Clofentezin, Myclobutanyl und Prochloraz ⁽¹⁾	70

II Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

Rat

2003/457/EG:

★ Beschluss des Rates vom 13. Mai 2003 über die Unterzeichnung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel	79
Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit	80
★ Mitteilung über das Inkrafttreten des Protokolls zur Anpassung der Handelsaspekte des Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits zur Berücksichtigung der Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Parteien über neue gegenseitige Zugeständnisse in der Landwirtschaft	91
★ Information über das Inkrafttreten des Protokolls zu dem Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits über die Konformitätsbewertung und Anerkennung gewerblicher Produkte (PECA)	92

Kommission

2003/458/EG:

★ Entscheidung der Kommission vom 12. Juni 2003 zur Änderung der Anhänge I und II der Entscheidung 2002/308/EG zur Festlegung der Verzeichnisse der hinsichtlich der Viralen Hämorrhagischen Septikämie (VHS) und/oder der Infektösen Hämato-poetischen Nekrose (IHN) zugelassenen Gebiete und Fischzuchtbetriebe ⁽¹⁾ (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 1813)	93
---	----

2003/459/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 20. Juni 2003 mit Maßnahmen zum Schutz gegen Affenpocken** ⁽¹⁾ (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 1953) 112

2003/460/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 20. Juni 2003 über Dringlichkeitsmaßnahmen hinsichtlich scharfer Chilis und scharfer Chilierzugnisse** ⁽¹⁾ (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 1970) 114

In Anwendung von Titel V des Vertrages über die Europäische Union erlassene Rechtsakte

- ★ **Beschluss 2003/461/GASP des Rates vom 20. Juni 2003 zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 2003/297/GASP betreffend Birma/Myanmar** 116

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1059/2003 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES
vom 26. Mai 2003
über die Schaffung einer gemeinsamen Klassifikation der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 285,

auf Vorschlag der Kommission ⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses ⁽²⁾,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen ⁽³⁾,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags ⁽⁴⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Statistiknutzer äußern zunehmenden Harmonisierungsbedarf, um über vergleichbare Daten für die gesamte Europäische Union verfügen zu können. Zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts sind statistische Standards für die Erhebung, Übermittlung und Veröffentlichung von nationalen und Gemeinschaftsstatistiken erforderlich, damit alle Teilnehmer am Binnenmarkt mit vergleichbaren statistischen Daten versorgt werden können. In diesem Zusammenhang sind Klassifikationen ein wichtiges Hilfsmittel für die Erhebung, Erstellung und Verbreitung von vergleichbaren Statistiken.
- (2) Die Regionalstatistik bildet einen Eckpfeiler des Europäischen Statistischen Systems. Die einschlägigen Daten werden für vielfältige Zwecke verwendet. Seit vielen Jahren werden auf der Grundlage einer gemeinsamen regionalen Klassifikation, der „Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik“ (im Folgenden NUTS genannt), europäische regionalstatistische Daten erhoben, zusammengetragen und verbreitet. Für diese regionale Klassifikation sollte nun ein Rechtsrahmen geschaffen und es sollten klare Vorschriften für ihre künftigen Änderungen festgelegt werden. Die NUTS-Klassifikation sollte der Existenz anderer Klassifikationen und Untergliederungen nicht entgegenstehen.
- (3) Für alle nach Gebietseinheiten gegliederten Statistiken der Mitgliedstaaten, die der Kommission übermittelt werden, sollte somit die NUTS-Klassifikation zugrunde gelegt werden, sofern dies angezeigt ist.

- (4) Bei ihren Analyse- und Verbreitungstätigkeiten sollte die Kommission — sofern dies angezeigt ist — die NUTS-Klassifikation für alle nach Gebietseinheiten klassifizierten Statistiken verwenden.
- (5) Für die Regionalstatistik sind je nach ihrem Verwendungszweck auf nationaler und europäischer Ebene unterschiedliche Ebenen erforderlich. Für die europäische NUTS-Regionalklassifikation sollten mindestens drei hierarchische Gliederungsebenen verwendet werden. Die Mitgliedstaaten können weitere NUTS-Gliederungsebenen vorsehen, wenn sie dies für erforderlich erachten.
- (6) Informationen über die aktuelle gebietliche Zusammensetzung der Regionen von NUTS-Ebene 3 sind für die ordnungsgemäße Verwaltung der NUTS-Klassifikation erforderlich; sie sollten der Kommission daher regelmäßig übermittelt werden.
- (7) Die Regionen sind anhand objektiver Kriterien zu bestimmen, damit Unparteilichkeit gewährleistet ist, wenn regionale Statistiken erstellt und verwendet werden.
- (8) Für die Nutzer der Regionalstatistik muss die Systematik in zeitlicher Hinsicht stabil sein. Die NUTS-Klassifikation sollte daher nicht zu häufig geändert werden. Diese Verordnung sorgt für eine größere Stabilität der Vorschriften in zeitlicher Hinsicht.
- (9) Die Vergleichbarkeit der Regionalstatistiken setzt voraus, dass die Regionen eine vergleichbare Bevölkerungszahl aufweisen. Um dies zu verwirklichen, sollten die Änderungen der NUTS-Klassifikation zu einer homogenen Regionalstruktur in Bezug auf die Bevölkerungszahl führen.
- (10) Auch den politischen, administrativen und institutionellen Gegebenheiten muss Rechnung getragen werden. Die nichtadministrativen Einheiten müssen wirtschaftliche, soziale, historische, kulturelle, geografische oder Umweltkriterien berücksichtigen.
- (11) Es sollte auf die Definition des Kriteriums „Bevölkerung“ verwiesen werden, das der Klassifikation zugrunde liegt.

⁽¹⁾ ABl. C 180 E vom 26.6.2001, S. 108.

⁽²⁾ ABl. C 260 vom 17.9.2001, S. 57.

⁽³⁾ ABl. C 107 vom 3.5.2002, S. 54.

⁽⁴⁾ Stellungnahme des Europäischen Parlaments vom 24. Oktober 2001 (AbI. C 112 E vom 9.5.2002, S. 146), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 9. Dezember 2002 (AbI. C 32 E vom 11.2.2003, S. 26) und Beschluss des Europäischen Parlaments vom 8. April 2003 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

- (12) Die NUTS-Klassifikation ist auf das Wirtschaftsgebiet der Mitgliedstaaten beschränkt und bewirkt keine vollständige Erfassung des Gebiets, für das der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft gilt. Ihre Anwendung für gemeinschaftsspezifische Zwecke ist daher auf Einzelfallbasis zu bewerten. Das Wirtschaftsgebiet eines jeden Landes, wie es in der Entscheidung 91/450/EWG der Kommission ⁽¹⁾ definiert ist, schließt auch die Außengebiete ein, zu denen die Teile des Wirtschaftsgebiets gehören, die sich einer bestimmten Region nicht zuordnen lassen (Lufttraum, Hoheitsgewässer und Festlandsockel, territoriale Exklaven, insbesondere Botschaften, Konsulate und Militärstützpunkte sowie Vorkommen von Öl, Gas usw. in internationalen Gewässern außerhalb des Festlandsockels, die von gebietsansässigen Einheiten genutzt werden). Die NUTS-Klassifikation muss auch die Möglichkeit der Erstellung von Statistiken für diese Außengebiete bieten.
- (13) Die NUTS-Klassifikation darf nur in enger Beratung mit den Mitgliedstaaten geändert werden.
- (14) Da das Ziel der beabsichtigten Maßnahmen, nämlich die Harmonisierung der Regionalstatistik, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden kann und daher besser auf Gemeinschaftsebene zu erreichen ist, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Verhältnismäßigkeitsprinzip geht diese Verordnung nicht über das für die Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.
- (15) Die in dieser Verordnung festgelegte NUTS-Klassifikation sollte die „Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)“ ersetzen, die bislang vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Ämtern erstellt wurde. Daher sollten nun alle Verweise in Rechtsakten der Gemeinschaft auf die „Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)“ auf die in dieser Verordnung festgelegte NUTS-Klassifikation bezogen werden.
- (16) Die Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken ⁽²⁾ bildet den Bezugsrahmen für die Bestimmungen der vorliegenden Verordnung.
- (17) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen sollten nach dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse ⁽³⁾ erlassen werden.
- (18) Der durch den Beschluss 89/382/EWG, Euratom des Rates ⁽⁴⁾ eingesetzte Ausschuss für das Statistische Programm wurde nach dessen Artikel 3 konsultiert —

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Mit dieser Verordnung wird eine gemeinsame statistische Klassifikation der Gebietseinheiten geschaffen, im Folgenden „NUTS“ genannt, um die Erhebung, Erstellung und Verbreitung harmonisierter Regionalstatistiken in der Gemeinschaft zu ermöglichen.

(2) Die in Anhang I festgelegte NUTS-Klassifikation ersetzt die „Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS)“, die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften in Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Ämtern der Mitgliedstaaten erstellt wurde.

Artikel 2

Struktur

(1) In der NUTS-Klassifikation wird das Wirtschaftsgebiet der Mitgliedstaaten, wie es in der Entscheidung 91/450/EWG festgelegt ist, in Gebietseinheiten unterteilt. Jede Gebietseinheit ist mit einem besonderen Code und einem Namen versehen.

(2) Die NUTS-Klassifikation ist hierarchisch aufgebaut. Sie unterteilt jeden Mitgliedstaat in Gebietseinheiten der NUTS-Ebene 1, die wiederum in Gebietseinheiten der NUTS-Ebene 2 unterteilt werden, die schließlich in Gebietseinheiten der NUTS-Ebene 3 unterteilt werden.

(3) Eine bestimmte Gebietseinheit kann jedoch auf mehreren NUTS-Ebenen eingeordnet werden.

(4) Auf ein und derselben NUTS-Ebene dürfen zwei verschiedene Gebietseinheiten in ein und demselben Mitgliedstaat nicht durch den gleichen Namen gekennzeichnet sein. Wenn zwei Gebietseinheiten in verschiedenen Mitgliedstaaten gleich benannt sind, wird das Landeskennzeichen an den Namen der Gebietseinheiten angefügt.

(5) Jeder Mitgliedstaat kann weitere hierarchische Gliederungsebenen vorsehen, wodurch die NUTS-Ebene 3 untergliedert wird. Innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung legt die Kommission nach Anhörung der Mitgliedstaaten dem Europäischen Parlament und dem Rat eine Mitteilung über die Zweckmäßigkeit des Erlasses europaweiter Vorschriften für die Schaffung weiterer Gliederungsebenen in der NUTS-Klassifikation vor.

Artikel 3

Klassifizierungskriterien

(1) Die in den Mitgliedstaaten bestehenden Verwaltungseinheiten bilden das erste Kriterium zur Festlegung der Gebietseinheiten.

⁽¹⁾ ABl. L 240 vom 29.8.1991, S. 36.

⁽²⁾ ABl. L 52 vom 22.2.1997, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.

⁽⁴⁾ ABl. L 181 vom 28.6.1989, S. 47.

„Verwaltungseinheit“ bezeichnet dabei ein geografisches Gebiet mit einer Verwaltungsbehörde, die befugt ist, innerhalb des gesetzlichen und institutionellen Rahmens des Mitgliedstaats Verwaltungsentscheidungen oder politische Entscheidungen für dieses Gebiet zu treffen.

(2) Um die relevante NUTS-Ebene zu bestimmen, auf der eine bestimmte Klasse von Verwaltungseinheiten in einem Mitgliedstaat einzuordnen ist, muss die durchschnittliche Größe dieser Klasse von Verwaltungseinheiten in dem Mitgliedstaat innerhalb folgender Bevölkerungsgrenzen liegen:

Ebene	Untergrenze	Obergrenze
NUTS 1	3 Mio.	7 Mio.
NUTS 2	800 000	3 Mio.
NUTS 3	150 000	800 000

Falls die Bevölkerung eines Mitgliedstaats unter der Mindestgrenze einer bestimmten NUTS-Ebene liegt, bildet der gesamte Mitgliedstaat eine NUTS-Gebietseinheit auf dieser Ebene.

(3) Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet „Bevölkerung einer Gebietseinheit“ diejenigen Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in dem Gebiet haben.

(4) Die für die NUTS-Klassifikation verwendeten bestehenden Verwaltungseinheiten sind in Anhang II aufgeführt. Änderungen des Anhangs II werden nach dem in Artikel 7 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren vorgenommen.

(5) Wenn in einem Mitgliedstaat für eine bestimmte NUTS-Ebene keine den Kriterien des Absatzes 2 entsprechenden Verwaltungseinheiten angemessener Größe bestehen, wird diese NUTS-Ebene durch Aggregation einer angemessenen Zahl bestehender kleinerer benachbarter Verwaltungseinheiten gebildet. Bei dieser Aggregation sind relevante Kriterien wie geografische, sozioökonomische, historische, kulturelle oder Umweltkriterien zu berücksichtigen.

Die so aggregierten Einheiten werden im Folgenden „nichtadministrative Einheiten“ genannt. Die Größe der nichtadministrativen Einheiten in einem Mitgliedstaat muss für eine bestimmte NUTS-Ebene innerhalb der Bevölkerungsgrenzen des Absatzes 2 liegen.

Unter Einhaltung des in Artikel 7 Absatz 2 genannten Regelungsverfahrens kann bei einzelnen nichtadministrativen Einheiten aufgrund besonderer geografischer, sozioökonomischer, historischer, kultureller oder Umweltkriterien, insbesondere bei Inseln und Gebieten in äußerster Randlage jedoch von diesen Grenzen abgewichen werden.

Artikel 4

Bestandteile der NUTS

(1) Innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung veröffentlicht die Kommission die Bestandteile der einzelnen Gebietseinheiten der NUTS-Ebene 3 in Form von kleineren Verwaltungseinheiten nach Anhang III, wie sie ihr von den Mitgliedstaaten übermittelt wurden.

Änderungen des Anhangs III werden nach dem in Artikel 7 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren vorgenommen.

(2) Innerhalb der ersten sechs Monate jedes Jahres übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission alle Änderungen der Bestandteile für das Vorjahr, die Auswirkungen auf die Grenzen der NUTS-Ebene 3 haben könnten, unter Einhaltung des von der Kommission geforderten elektronischen Datenformats.

Artikel 5

Änderungen der NUTS

(1) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über

- a) alle in den Verwaltungseinheiten eingetretenen Änderungen, sofern sie sich auf die NUTS-Klassifikation gemäß Anhang I oder auf den Inhalt der Anhänge II und III auswirken können,
- b) alle übrigen Änderungen auf nationaler Ebene, die sich auf die NUTS-Klassifikation gemäß den in Artikel 3 festgelegten Klassifizierungskriterien auswirken können.

(2) Änderungen der Grenzen der NUTS-Ebene 3, die auf Änderungen der kleineren Verwaltungseinheiten nach Anhang III zurückzuführen sind,

- a) gelten nicht als Änderungen der NUTS-Klassifikation, wenn sie einen Wechsel der Bevölkerung der betreffenden NUTS-3-Gebietseinheiten zur Folge haben, der ein Prozent nicht übersteigt,
- b) gelten als Änderungen der NUTS-Klassifikation nach Absatz 3 dieses Artikels, wenn sie einen Wechsel der Bevölkerung der betreffenden NUTS-3-Gebietseinheiten zur Folge haben, der ein Prozent übersteigt.

(3) Änderungen der NUTS-Klassifikation für die nichtadministrativen Einheiten in einem Mitgliedstaat nach Artikel 3 Absatz 5 können erfolgen, wenn die Änderung auf der betreffenden NUTS-Ebene die Standardabweichung der Größe (Bevölkerung) aller EU-Gebietseinheiten verringert.

(4) Änderungen der NUTS-Klassifikation werden nicht häufiger als alle drei Jahre im zweiten Kalenderhalbjahr auf der Grundlage der in Artikel 3 festgelegten Kriterien nach dem in Artikel 7 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren erlassen. Allerdings können Änderungen der NUTS-Klassifikation im Fall einer erheblichen Neuorganisation der betreffenden Verwaltungsstrukturen eines Mitgliedstaats in einem Zeitabstand von unter drei Jahren erlassen werden.

Die in Unterabsatz 1 genannten Durchführungsmaßnahmen der Kommission treten, was die Übermittlung von Daten an die Kommission betrifft, am 1. Januar des zweiten Jahres nach ihrer Annahme in Kraft.

(5) Bei Änderungen der NUTS-Klassifikation übermittelt der betreffende Mitgliedstaat der Kommission die Zeitreihen für die neue regionale Gliederung als Ersatz für die bereits übermittelten Daten. Die Liste der Zeitreihen und deren Dauer werden nach dem in Artikel 7 Absatz 2 genannten Regelungsverfahren festgelegt, wobei zu berücksichtigen ist, ob sie überhaupt vorgelegt werden können. Diese Zeitreihen sind binnen zwei Jahren nach Änderung der NUTS-Klassifikation bereitzustellen.

Artikel 6

Verwaltung

Die Kommission ergreift die erforderlichen Maßnahmen, um eine kohärente Verwaltung der NUTS-Klassifikation sicherzustellen. Zu diesen Maßnahmen können insbesondere gehören:

- a) Entwurf und Aktualisierung von Erläuterungen zur NUTS;
- b) Untersuchung der Probleme, die sich aus der Einführung der NUTS in den Klassifikationen der Gebietseinheiten der Mitgliedstaaten ergeben.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 26. Mai 2003.

Im Namen des Europäischen Parlaments

Der Präsident

P. COX

Artikel 7

Verfahren

(1) Die Kommission wird von dem durch Artikel 1 des Beschlusses 89/382/EWG, Euratom eingesetzten Ausschuss für das Statistische Programm (nachstehend als „Ausschuss“ bezeichnet) unterstützt.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 5 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Der Zeitraum nach Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf drei Monate festgesetzt.

(3) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 8

Bericht

Drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über ihre Anwendung vor.

Artikel 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

ANHANG I

Die NUTS Klassifikation (Code — Name)

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
BE			BELGIQUE-BELGIË
BE1	RÉGION DE BRUXELLES-CAPITALE BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST		
BE10		Région de Bruxelles-Capitale Brussels Hoofdstedelijk Gewest	
BE100			Arr. (1) de Bruxelles-Capitale Arr. van Brussel-Hoofdstad
BE2	VLAAMS GEWEST		
BE21		Prov. (2) Antwerpen	
BE211			Arr. Antwerpen
BE212			Arr. Mechelen
BE213			Arr. Turnhout
BE22		Prov. Limburg (B)	
BE221			Arr. Hasselt
BE222			Arr. Maaseik
BE223			Arr. Tongeren
BE23		Prov. Oost-Vlaanderen	
BE231			Arr. Aalst
BE232			Arr. Dendermonde
BE233			Arr. Eeklo
BE234			Arr. Gent
BE235			Arr. Oudenaarde
BE236			Arr. Sint-Niklaas
BE24		Prov. Vlaams-Brabant	
BE241			Arr. Halle-Vilvoorde
BE242			Arr. Leuven
BE25		Prov. West-Vlaanderen	
BE251			Arr. Brugge
BE252			Arr. Diksmuide
BE253			Arr. Ieper
BE254			Arr. Kortrijk
BE255			Arr. Oostende
BE256			Arr. Roeselare
BE257			Arr. Tielt
BE258			Arr. Veurne
BE3	RÉGION WALLONNE		
BE31		Prov. Brabant wallon	
BE310			Arr. Nivelles
BE32		Prov. Hainaut	
BE321			Arr. Ath
BE322			Arr. Charleroi
BE323			Arr. Mons
BE324			Arr. Mouscron
BE325			Arr. Soignies
BE326			Arr. Thuin

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
BE327			Arr. Tournai
BE33		Prov. Liège	
BE331			Arr. Huy
BE332			Arr. Liège
BE333			Arr. Verviers
BE334			Arr. Waremme
BE34		Prov. Luxembourg (B)	
BE341			Arr. Arlon
BE342			Arr. Bastogne
BE343			Arr. Marche-en-Famenne
BE344			Arr. Neufchâteau
BE345			Arr. Virton
BE35		Prov. Namur	
BE351			Arr. Dinant
BE352			Arr. Namur
BE353			Arr. Philippeville
BEZ	EXTRA-REGIO		
BEZZ		Extra-Regio	
BEZZZ			Extra-Regio
DK			DANMARK
DK0	DANMARK		
DK00		Danmark	
DK001			Københavns og Frederiksberg Kommuner
DK002			Københavns Amt
DK003			Frederiksborg Amt
DK004			Roskilde Amt
DK005			Vestsjællands Amt
DK006			Storstrøms Amt
DK007			Bornholms Amt
DK008			Fyns Amt
DK009			Sønderjyllands Amt
DK00A			Ribe Amt
DK00B			Vejle Amt
DK00C			Ringkøbing Amt
DK00D			Århus Amt
DK00E			Viborg Amt
DK00F			Nordjyllands Amt
DKZ	EXTRA-REGIO		
DKZZ		Extra-Regio	
DKZZZ			Extra-Regio
DE			DEUTSCHLAND
DE1	BADEN-WÜRTTEMBERG		
DE11		Stuttgart	
DE111			Stuttgart, Stadtkreis
DE112			Böblingen
DE113			Esslingen
DE114			Göppingen
DE115			Ludwigsburg

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DE116			Rems-Murr-Kreis
DE117			Heilbronn, Stadtkreis
DE118			Heilbronn, Landkreis
DE119			Hohenlohekreis
DE11A			Schwäbisch Hall
DE11B			Main-Tauber-Kreis
DE11C			Heidenheim
DE11D			Ostalbkreis
DE12		Karlsruhe	
DE121			Baden-Baden, Stadtkreis
DE122			Karlsruhe, Stadtkreis
DE123			Karlsruhe, Landkreis
DE124			Rastatt
DE125			Heidelberg, Stadtkreis
DE126			Mannheim, Stadtkreis
DE127			Neckar-Odenwald-Kreis
DE128			Rhein-Neckar-Kreis
DE129			Pforzheim, Stadtkreis
DE12A			Calw
DE12B			Enzkreis
DE12C			Freudenstadt
DE13		Freiburg	
DE131			Freiburg im Breisgau, Stadtkreis
DE132			Breisgau-Hochschwarzwald
DE133			Emmendingen
DE134			Ortenaukreis
DE135			Rottweil
DE136			Schwarzwald-Baar-Kreis
DE137			Tuttlingen
DE138			Konstanz
DE139			Lörrach
DE13A			Waldshut
DE14		Tübingen	
DE141			Reutlingen
DE142			Tübingen, Landkreis
DE143			Zollernalbkreis
DE144			Ulm, Stadtkreis
DE145			Alb-Donau-Kreis
DE146			Biberach
DE147			Bodenseekreis
DE148			Ravensburg
DE149			Sigmaringen

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DE2	BAYERN		
DE21		Oberbayern	
DE211			Ingolstadt, Kreisfreie Stadt
DE212			München, Kreisfreie Stadt
DE213			Rosenheim, Kreisfreie Stadt
DE214			Altötting
DE215			Berchtesgadener Land
DE216			Bad Tölz-Wolfratshausen
DE217			Dachau
DE218			Ebersberg
DE219			Eichstätt
DE21A			Erding
DE21B			Freising
DE21C			Fürstenfeldbruck
DE21D			Garmisch-Partenkirchen
DE21E			Landsberg a. Lech
DE21F			Miesbach
DE21G			Mühldorf a. Inn
DE21H			München, Landkreis
DE21I			Neuburg-Schrobenhausen
DE21J			Pfaffenhofen a. d. Ilm
DE21K			Rosenheim, Landkreis
DE21L			Starnberg
DE21M			Traunstein
DE21N			Weilheim-Schongau
DE22		Niederbayern	
DE221			Landshut, Kreisfreie Stadt
DE222			Passau, Kreisfreie Stadt
DE223			Straubing, Kreisfreie Stadt
DE224			Deggendorf
DE225			Freyung-Grafenau
DE226			Kelheim
DE227			Landshut, Landkreis
DE228			Passau, Landkreis
DE229			Regen
DE22A			Rottal-Inn
DE22B			Straubing-Bogen
DE22C			Dingolfing-Landau

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DE23		Oberpfalz	
DE231			Amberg, Kreisfreie Stadt
DE232			Regensburg, Kreisfreie Stadt
DE233			Weiden i. d. OPf; Kreisfreie Stadt
DE234			Amberg-Sulzbach
DE235			Cham
DE236			Neumarkt i. d. OPf.
DE237			Neustadt a. d. Waldnaab
DE238			Regensburg, Landkreis
DE239			Schwandorf
DE23A			Tirschenreuth
DE24		Oberfranken	
DE241			Bamberg, Kreisfreie Stadt
DE242			Bayreuth, Kreisfreie Stadt
DE243			Coburg, Kreisfreie Stadt
DE244			Hof, Kreisfreie Stadt
DE245			Bamberg, Landkreis
DE246			Bayreuth, Landkreis
DE247			Coburg, Landkreis
DE248			Forchheim
DE249			Hof, Landkreis
DE24A			Kronach
DE24B			Kulmbach
DE24C			Lichtenfels
DE24D			Wunsiedel i. Fichtelgebirge
DE25		Mittelfranken	
DE251			Ansbach, Kreisfreie Stadt
DE252			Erlangen, Kreisfreie Stadt
DE253			Fürth, Kreisfreie Stadt
DE254			Nürnberg, Kreisfreie Stadt
DE255			Schwabach, Kreisfreie Stadt
DE256			Ansbach, Landkreis
DE257			Erlangen-Höchstadt
DE258			Fürth, Landkreis
DE259			Nürnberger Land
DE25A			Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim
DE25B			Roth
DE25C			Weißenburg-Gunzenhausen

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DE26		Unterfranken	
DE261			Aschaffenburg, Kreisfreie Stadt
DE262			Schweinfurt, Kreisfreie Stadt
DE263			Würzburg, Kreisfreie Stadt
DE264			Aschaffenburg, Landkreis
DE265			Bad Kissingen
DE266			Rhön-Grabfeld
DE267			Haßberge
DE268			Kitzingen
DE269			Miltenberg
DE26A			Main-Spessart
DE26B			Schweinfurt, Landkreis
DE26C			Würzburg, Landkreis
DE27		Schwaben	
DE271			Augsburg, Kreisfreie Stadt
DE272			Kaufbeuren, Kreisfreie Stadt
DE273			Kempton (Allgäu), Kreisfreie Stadt
DE274			Memmingen, Kreisfreie Stadt
DE275			Aichach-Friedberg
DE276			Augsburg, Landkreis
DE277			Dillingen a. d. Donau
DE278			Günzburg
DE279			Neu-Ulm
DE27A			Lindau (Bodensee)
DE27B			Ostallgäu
DE27C			Unterallgäu
DE27D			Donau-Ries
DE27E			Oberallgäu
DE3	BERLIN		
DE30		Berlin	
DE300			Berlin
DE4	BRANDENBURG		
DE41		Brandenburg - Nordost	
DE411			Frankfurt (Oder), Kreisfreie Stadt
DE412			Barnim
DE413			Märkisch-Oderland
DE414			Oberhavel
DE415			Oder-Spree
DE416			Ostprignitz-Ruppin
DE417			Prignitz
DE418			Uckermark

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DE42		Brandenburg - Südwest	
DE421			Brandenburg an der Havel, Kreisfreie Stadt
DE422			Cottbus, Kreisfreie Stadt
DE423			Potsdam, Kreisfreie Stadt
DE424			Dahme-Spreewald
DE425			Elbe-Elster
DE426			Havelland
DE427			Oberspreewald-Lausitz
DE428			Potsdam-Mittelmark
DE429			Spree-Neiße
DE42A			Teltow-Fläming
DE5	BREMEN		
DE50		Bremen	
DE501			Bremen, Kreisfreie Stadt
DE502			Bremerhaven, Kreisfreie Stadt
DE6	HAMBURG		
DE60		Hamburg	
DE600			Hamburg
DE7	HESSEN		
DE71		Darmstadt	
DE711			Darmstadt, Kreisfreie Stadt
DE712			Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt
DE713			Offenbach am Main, Kreisfreie Stadt
DE714			Wiesbaden, Kreisfreie Stadt
DE715			Bergstraße
DE716			Darmstadt-Dieburg
DE717			Groß-Gerau
DE718			Hochtaunuskreis
DE719			Main-Kinzig-Kreis
DE71A			Main-Taunus-Kreis
DE71B			Odenwaldkreis
DE71C			Offenbach, Landkreis
DE71D			Rheingau-Taunus-Kreis
DE71E			Wetteraukreis
DE72		Gießen	
DE721			Gießen, Landkreis
DE722			Lahn-Dill-Kreis
DE723			Limburg-Weilburg
DE724			Marburg-Biedenkopf

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DE725			Vogelsbergkreis
DE73		Kassel	
DE731			Kassel, Kreisfreie Stadt
DE732			Fulda
DE733			Hersfeld-Rotenburg
DE734			Kassel, Landkreis
DE735			Schwalm-Eder-Kreis
DE736			Waldeck-Frankenberg
DE737			Werra-Meißner-Kreis
DE8	MECKLENBURG-VORPOMMERN		
DE80		Mecklenburg-Vorpommern	
DE801			Greifswald, Kreisfreie Stadt
DE802			Neubrandenburg, Kreisfreie Stadt
DE803			Rostock, Kreisfreie Stadt
DE804			Schwerin, Kreisfreie Stadt
DE805			Stralsund, Kreisfreie Stadt
DE806			Wismar, Kreisfreie Stadt
DE807			Bad Doberan
DE808			Demmin
DE809			Güstrow
DE80A			Ludwigslust
DE80B			Mecklenburg-Strelitz
DE80C			Müritz
DE80D			Nordvorpommern
DE80E			Nordwestmecklenburg
DE80F			Ostvorpommern
DE80G			Parchim
DE80H			Rügen
DE80I			Uecker-Randow
DE9	NIEDERSACHSEN		
DE91		Braunschweig	
DE911			Braunschweig, Kreisfreie Stadt
DE912			Salzgitter, Kreisfreie Stadt
DE913			Wolfsburg, Kreisfreie Stadt
DE914			Gifhorn
DE915			Göttingen
DE916			Goslar
DE917			Helmstedt
DE918			Northeim
DE919			Osterode am Harz
DE91A			Peine
DE91B			Wolfenbüttel

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DE92		Hannover	
DE922			Diepholz
DE923			Hamelnd-Pyrmont
DE925			Hildesheim
DE926			Holzminen
DE927			Nienburg (Weser)
DE928			Schaumburg
DE929			Region Hannover
DE93		Lüneburg	
DE931			Celle
DE932			Cuxhaven
DE933			Harburg
DE934			Lüchow-Dannenberg
DE935			Lüneburg, Landkreis
DE936			Osterholz
DE937			Rotenburg (Wümme)
DE938			Soltau-Fallingbostel
DE939			Stade
DE93A			Uelzen
DE93B			Verden
DE94		Weser-Ems	
DE941			Delmenhorst, Kreisfreie Stadt
DE942			Emden, Kreisfreie Stadt
DE943			Oldenburg (Oldenburg), Kreisfreie Stadt
DE944			Osnabrück, Kreisfreie Stadt
DE945			Wilhelmshaven, Kreisfreie Stadt
DE946			Ammerland
DE947			Aurich
DE948			Cloppenburg
DE949			Emsland
DE94A			Friesland
DE94B			Grafschaft Bentheim
DE94C			Leer
DE94D			Oldenburg, Landkreis
DE94E			Osnabrück, Landkreis
DE94F			Vechta
DE94G			Wesermarsch
DE94H			Wittmund

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DEA	NORDRHEIN-WESTFALEN		
DEA1		Düsseldorf	
DEA11			Düsseldorf, Kreisfreie Stadt
DEA12			Duisburg, Kreisfreie Stadt
DEA13			Essen, Kreisfreie Stadt
DEA14			Krefeld, Kreisfreie Stadt
DEA15			Mönchengladbach, Kreisfreie Stadt
DEA16			Mülheim an der Ruhr, Kreisfreie Stadt
DEA17			Oberhausen, Kreisfreie Stadt
DEA18			Remscheid, Kreisfreie Stadt
DEA19			Solingen, Kreisfreie Stadt
DEA1A			Wuppertal, Kreisfreie Stadt
DEA1B			Kleve
DEA1C			Mettmann
DEA1D			Neuss
DEA1E			Viersen
DEA1F			Wesel
DEA2		Köln	
DEA21			Aachen, Kreisfreie Stadt
DEA22			Bonn, Kreisfreie Stadt
DEA23			Köln, Kreisfreie Stadt
DEA24			Leverkusen, Kreisfreie Stadt
DEA25			Aachen, Kreis
DEA26			Düren
DEA27			Erftkreis
DEA28			Euskirchen
DEA29			Heinsberg
DEA2A			Oberbergischer Kreis
DEA2B			Rheinisch-Bergischer Kreis
DEA2C			Rhein-Sieg-Kreis
DEA3		Münster	
DEA31			Bottrop, Kreisfreie Stadt
DEA32			Gelsenkirchen, Kreisfreie Stadt
DEA33			Münster, Kreisfreie Stadt
DEA34			Borken
DEA35			Coesfeld
DEA36			Recklinghausen
DEA37			Steinfurt
DEA38			Warendorf

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DEA4		Detmold	
DEA41			Bielefeld, Kreisfreie Stadt
DEA42			Gütersloh
DEA43			Herford
DEA44			Höxter
DEA45			Lippe
DEA46			Minden-Lübbecke
DEA47			Paderborn
DEA5		Arnsberg	
DEA51			Bochum, Kreisfreie Stadt
DEA52			Dortmund, Kreisfreie Stadt
DEA53			Hagen, Kreisfreie Stadt
DEA54			Hamm, Kreisfreie Stadt
DEA55			Herne, Kreisfreie Stadt
DEA56			Ennepe-Ruhr-Kreis
DEA57			Hochsauerlandkreis
DEA58			Märkischer Kreis
DEA59			Olpe
DEA5A			Siegen-Wittgenstein
DEA5B			Soest
DEA5C			Unna
DEB	RHEINLAND-PFALZ		
DEB1		Koblenz	
DEB11			Koblenz, Kreisfreie Stadt
DEB12			Ahrweiler
DEB13			Altenkirchen (Westerwald)
DEB14			Bad Kreuznach
DEB15			Birkenfeld
DEB16			Cochem-Zell
DEB17			Mayen-Koblenz
DEB18			Neuwied
DEB19			Rhein-Hunsrück-Kreis
DEB1A			Rhein-Lahn-Kreis
DEB1B			Westerwaldkreis
DEB2		Trier	
DEB21			Trier, Kreisfreie Stadt
DEB22			Berncastel-Wittlich
DEB23			Bitburg-Prüm
DEB24			Daun
DEB25			Trier-Saarburg

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DEB3		Rheinhessen-Pfalz	
DEB31			Frankenthal (Pfalz), Kreisfreie Stadt
DEB32			Kaiserslautern, Kreisfreie Stadt
DEB33			Landau in der Pfalz, Kreisfreie Stadt
DEB34			Ludwigshafen am Rhein, Kreisfreie Stadt
DEB35			Mainz, Kreisfreie Stadt
DEB36			Neustadt an der Weinstraße, Kreisfreie Stadt
DEB37			Pirmasens, Kreisfreie Stadt
DEB38			Speyer, Kreisfreie Stadt
DEB39			Worms, Kreisfreie Stadt
DEB3A			Zweibrücken, Kreisfreie Stadt
DEB3B			Alzey-Worms
DEB3C			Bad Dürkheim
DEB3D			Donnersbergkreis
DEB3E			Germersheim
DEB3F			Kaiserslautern, Landkreis
DEB3G			Kusel
DEB3H			Südliche Weinstraße
DEB3I			Ludwigshafen, Landkreis
DEB3J			Mainz-Bingen
DEB3K			Südwestpfalz
DEC	SAARLAND		
DEC0		Saarland	
DEC01			Stadtverband Saarbrücken
DEC02			Merzig-Wadern
DEC03			Neunkirchen
DEC04			Saarlouis
DEC05			Saarpfalz-Kreis
DEC06			St. Wendel
DED	SACHSEN		
DED1		Chemnitz	
DED11			Chemnitz, Kreisfreie Stadt
DED12			Plauen, Kreisfreie Stadt
DED13			Zwickau, Kreisfreie Stadt
DED14			Annaberg
DED15			Chemnitzer Land

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DED16			Freiberg
DED17			Vogtlandkreis
DED18			Mittlerer Erzgebirgskreis
DED19			Mittweida
DED1A			Stollberg
DED1B			Aue-Schwarzenberg
DED1C			Zwickauer Land
DED2		Dresden	
DED21			Dresden, Kreisfreie Stadt
DED22			Görlitz, Kreisfreie Stadt
DED23			Hoyerswerda, Kreisfreie Stadt
DED24			Bautzen
DED25			Meißen
DED26			Niederschlesischer Oberlausitzkreis
DED27			Riesa-Großenhain
DED29			Sächsische Schweiz
DED28			Löbau-Zittau
DED2A			Weißeritzkreis
DED2B			Kamenz
DED3		Leipzig	
DED31			Leipzig, Kreisfreie Stadt
DED32			Delitzsch
DED33			Döbeln
DED34			Leipziger Land
DED35			Muldentalkreis
DED36			Torgau-Oschatz
DEE	SACHSEN-ANHALT		
DEE1		Dessau	
DEE11			Dessau, Kreisfreie Stadt
DEE12			Anhalt-Zerbst
DEE13			Bernburg
DEE14			Bitterfeld
DEE15			Köthen
DEE16			Wittenberg
DEE2		Halle	
DEE21			Halle (Saale), Kreisfreie Stadt
DEE22			Burgenlandkreis
DEE23			Mansfelder Land
DEE24			Merseburg-Querfurt
DEE25			Saalkreis
DEE26			Sangerhausen
DEE27			Weißenfels

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DEE3		Magdeburg	
DEE31			Magdeburg, Kreisfreie Stadt
DEE32			Aschersleben-Staßfurt
DEE33			Bördekreis
DEE34			Halberstadt
DEE35			Jerichower Land
DEE36			Ohrekreis
DEE37			Stendal
DEE38			Quedlinburg
DEE39			Schönebeck
DEE3A			Wernigerode
DEE3B			Altmarkkreis Salzwedel
DEF	SCHLESWIG-HOLSTEIN		
DEF0		Schleswig-Holstein	
DEF01			Flensburg, Kreisfreie Stadt
DEF02			Kiel, Kreisfreie Stadt
DEF03			Lübeck, Kreisfreie Stadt
DEF04			Neumünster, Kreisfreie Stadt
DEF05			Dithmarschen
DEF06			Herzogtum Lauenburg
DEF07			Nordfriesland
DEF08			Ostholstein
DEF09			Pinneberg
DEF0A			Plön
DEF0B			Rendsburg-Eckernförde
DEF0C			Schleswig-Flensburg
DEF0D			Segeberg
DEF0E			Steinburg
DEF0F			Stormarn
DEG	THÜRINGEN		
DEG0		Thüringen	
DEG01			Erfurt, Kreisfreie Stadt
DEG02			Gera, Kreisfreie Stadt
DEG03			Jena, Kreisfreie Stadt
DEG04			Suhl, Kreisfreie Stadt
DEG05			Weimar, Kreisfreie Stadt
DEG06			Eichsfeld
DEG07			Nordhausen
DEG09			Unstrut-Hainich-Kreis

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
DEG0A			Kyffhäuserkreis
DEG0B			Schmalkalden-Meiningen
DEG0C			Gotha
DEG0D			Sömmerda
DEG0E			Hildburghausen
DEG0F			Ilm-Kreis
DEG0G			Weimarer Land
DEG0H			Sonneberg
DEG0I			Saalfeld-Rudolstadt
DEG0J			Saale-Holzland-Kreis
DEG0K			Saale-Orla-Kreis
DEG0L			Greiz
DEG0M			Altenburger Land
DEG0N			Eisenach, Kreisfreie Stadt
DEG0P			Wartburgkreis
DEZ	EXTRA-REGIO		
DEZZ		Extra-Regio	
DEZZZ			Extra-Regio
GR			ΕΛΛΑΔΑ
GR1	ΒΟΡΕΙΑ ΕΛΛΑΔΑ		
GR11		Ανατολική Μακεδονία, Θράκη	
GR111			Έβρος
GR112			Ξάνθη
GR113			Ροδόπη
GR114			Δράμα
GR115			Καβάλα
GR12		Κεντρική Μακεδονία	
GR121			Ημαθία
GR122			Θεσσαλονίκη
GR123			Κιλκίς
GR124			Πέλλα
GR125			Πιερία
GR126			Σέρρες
GR127			Χαλκιδική
GR13		Δυτική Μακεδονία	
GR131			Γρεβενά
GR132			Καστοριά
GR133			Κοζάνη
GR134			Φλώρινα

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
GR14		Θεσσαλία	
GR141			Καρδίτσα
GR142			Λάρισα
GR143			Μαγνησία
GR144			Τρίκαλα
GR2	ΚΕΝΤΡΙΚΗ ΕΛΛΑΔΑ		
GR21		Ήπειρος	
GR211			Άρτα
GR212			Θεσπρωτία
GR213			Ιωάννινα
GR214			Πρέβεζα
GR22		Ιόνια Νησιά	
GR221			Ζάκυνθος
GR222			Κέρκυρα
GR223			Κεφαλληνία
GR224			Λευκάδα
GR23		Δυτική Ελλάδα	
GR231			Αιτωλοακαρνανία
GR232			Αχαΐα
GR233			Ηλεία
GR24		Στερεά Ελλάδα	
GR241			Βοιωτία
GR242			Εύβοια
GR243			Ευρυτανία
GR244			Φθιώτιδα
GR245			Φωκίδα
GR25		Πελοπόννησος	
GR251			Αργολίδα
GR252			Αρκαδία
GR253			Κορινθία
GR254			Λακωνία
GR255			Μεσσηνία
GR3	ΑΤΤΙΚΗ		
GR30		Αττική	
GR300			Αττική
GR4	ΝΗΣΙΑ ΑΙΓΑΙΟΥ, ΚΡΗΤΗ		
GR41		Βόρειο Αιγαίο	
GR411			Λέσβος
GR412			Σάμος
GR413			Χίος

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
GR42		Νότιο Αιγαίο	
GR421			Δωδεκάνησος
GR422			Κυκλάδες
GR43		Κρήτη	
GR431			Ηράκλειο
GR432			Λασιθί
GR433			Ρεθύμνη
GR434			Χανιά
GRZ	EXTRA-REGIO		
GRZZ		Extra-Regio	
GRZZZ			Extra-Regio
ES			ESPAÑA
ES1	NOROESTE		
ES11		Galicia	
ES111			A Coruña
ES112			Lugo
ES113			Ourense
ES114			Pontevedra
ES12		Principado de Asturias	
ES120			Asturias
ES13		Cantabria	
ES130			Cantabria
ES2	NORESTE		
ES21		País Vasco	
ES211			Álava
ES212			Guipúzcoa
ES213			Vizcaya
ES22		Comunidad Foral de Navarra	
ES220			Navarra
ES23		La Rioja	
ES230			La Rioja
ES24		Aragón	
ES241			Huesca
ES242			Teruel
ES243			Zaragoza
ES3	COMUNIDAD DE MADRID		
ES30		Comunidad de Madrid	
ES300			Madrid

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3	
ES4	CENTRO (E)	Castilla y León		
ES41				
ES411			Ávila	
ES412			Burgos	
ES413			León	
ES414			Palencia	
ES415			Salamanca	
ES416			Segovia	
ES417			Soria	
ES418			Valladolid	
ES419		Zamora		
ES42		Castilla-La Mancha		
ES421			Albacete	
ES422			Ciudad Real	
ES423			Cuenca	
ES424			Guadalajara	
ES425		Toledo		
ES43		Extremadura		
ES431			Badajoz	
ES432			Cáceres	
ES5	ESTE	Cataluña		
ES51				
ES511			Barcelona	
ES512			Girona	
ES513		Lleida		
ES514		Tarragona		
ES52		Comunidad Valenciana		
ES521			Alicante/Alacant	
ES522			Castellón/Castelló	
ES523		Valencia/València		
ES53		Illes Balears		
ES530			Illes Balears	
ES6		SUR	Andalucía	
ES61				
ES611	Almería			
ES612	Cádiz			
ES613	Córdoba			
ES614	Granada			
ES615	Huelva			
ES616	Jaén			
ES617	Málaga			
ES618	Sevilla			

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
ES62		Región de Murcia	
ES620			Murcia
ES63		Ciudad Autónoma de Ceuta	
ES630			Ceuta
ES64		Ciudad Autónoma de Melilla	
ES640			Melilla
ES7	CANARIAS		
ES70		Canarias	
ES701			Las Palmas
ES702			Santa Cruz de Tenerife
ESZ	EXTRA-REGIO		
ESZZ		Extra-Regio	
ESZZZ			Extra-Regio
FR			FRANCE
FR1	ÎLE-DE-FRANCE		
FR10		Île-de-France	
FR101			Paris
FR102			Seine-et-Marne
FR103			Yvelines
FR104			Essonne
FR105			Hauts-de-Seine
FR106			Seine-Saint-Denis
FR107			Val-de-Marne
FR108			Val-d'Oise
FR2	BASSIN PARISIEN		
FR21		Champagne-Ardenne	
FR211			Ardennes
FR212			Aube
FR213			Marne
FR214			Haute-Marne
FR22		Picardie	
FR221			Aisne
FR222			Oise
FR223			Somme
FR23		Haute-Normandie	
FR231			Eure
FR232			Seine-Maritime
FR24		Centre	
FR241			Cher
FR242			Eure-et-Loir
FR243			Indre
FR244			Indre-et-Loire
FR245			Loir-et-Cher
FR246			Loiret

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
FR25		Basse-Normandie	
FR251			Calvados
FR252			Manche
FR253			Orne
FR26		Bourgogne	
FR261			Côte-d'Or
FR262			Nièvre
FR263			Saône-et-Loire
FR264			Yonne
FR3	NORD - PAS-DE-CALAIS		
FR30		Nord - Pas-de-Calais	
FR301			Nord
FR302			Pas-de-Calais
FR4	EST		
FR41		Lorraine	
FR413			Moselle
FR411			Meurthe-et-Moselle
FR412			Meuse
FR414			Vosges
FR42		Alsace	
FR421			Bas-Rhin
FR422			Haut-Rhin
FR43		Franche-Comté	
FR431			Doubs
FR432			Jura
FR433			Haute-Saône
FR434			Territoire de Belfort
FR5	OUEST		
FR51		Pays-de-la-Loire	
FR511			Loire-Atlantique
FR512			Maine-et-Loire
FR513			Mayenne
FR514			Sarthe
FR515			Vendée
FR52		Bretagne	
FR521			Côtes-d'Armor
FR522			Finistère
FR523			Ille-et-Vilaine
FR524			Morbihan

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
FR53		Poitou-Charentes	
FR531			Charente
FR532			Charente-Maritime
FR533			Deux-Sèvres
FR534			Vienne
FR6	SUD-OUEST		
FR61		Aquitaine	
FR611			Dordogne
FR612			Gironde
FR613			Landes
FR614			Lot-et-Garonne
FR615			Pyrénées-Atlantiques
FR62		Midi-Pyrénées	
FR621			Ariège
FR622			Aveyron
FR623			Haute-Garonne
FR624			Gers
FR625			Lot
FR626			Hautes-Pyrénées
FR627			Tarn
FR628			Tarn-et-Garonne
FR63		Limousin	
FR631			Corrèze
FR632			Creuse
FR633			Haute-Vienne
FR7	CENTRE-EST		
FR71		Rhône-Alpes	
FR711			Ain
FR712			Ardèche
FR713			Drôme
FR714			Isère
FR715			Loire
FR716			Rhône
FR717			Savoie
FR718			Haute-Savoie
FR72		Auvergne	
FR721			Allier
FR722			Cantal
FR723			Haute-Loire
FR724			Puy-de-Dôme

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
FR8	MÉDITERRANÉE		
FR81		Languedoc-Roussillon	
FR811			Aude
FR812			Gard
FR813			Hérault
FR814			Lozère
FR815			Pyrénées-Orientales
FR82		Provence-Alpes-Côte d'Azur	
FR821			Alpes-de-Haute-Provence
FR822			Hautes-Alpes
FR823			Alpes-Maritimes
FR824			Bouches-du-Rhône
FR825			Var
FR826			Vaucluse
FR83		Corse	
FR831			Corse-du-Sud
FR832			Haute-Corse
FR9	DÉPARTEMENTS D'OUTRE-MER		
FR91		Guadeloupe	
FR910			Guadeloupe
FR92		Martinique	
FR920			Martinique
FR93		Guyane	
FR930			Guyane
FR94		Réunion	
FR940			Réunion
FRZ	EXTRA-REGIO		
FRZZ		Extra-Regio	
FRZZZ			Extra-Regio
IE			IRELAND
IE0	IRELAND		
IE01		Border, midland and western	
IE011			Border
IE012			Midland
IE013			West
IE02		Southern and eastern	
IE021			Dublin
IE022			Mid-east
IE023			Mid-west
IE024			South-east (IRL)
IE025			South-west (IRL)

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
IEZ	EXTRA-REGIO		
IEZZ		Extra-regio	
IEZZZ			Extra-regio
IT			ITALIA
ITC	NORD-OVEST		
ITC1		Piemonte	
ITC11			Torino
ITC12			Vercelli
ITC13			Biella
ITC14			Verbano-Cusio-Ossola
ITC15			Novara
ITC16			Cuneo
ITC17			Asti
ITC18			Alessandria
ITC2		Valle d'Aosta/Vallée d'Aoste	
ITC20			Valle d'Aosta/Vallée d'Aoste
ITC3		Liguria	
ITC31			Imperia
ITC32			Savona
ITC33			Genova
ITC34			La Spezia
ITC4		Lombardia	
ITC41			Varese
ITC42			Como
ITC43			Lecco
ITC44			Sondrio
ITC45			Milano
ITC46			Bergamo
ITC47			Brescia
ITC48			Pavia
ITC49			Lodi
ITC4A			Cremona
ITC4B			Mantova
ITD	NORD-EST		
ITD1		Provincia autonoma Bolzano/ Bozen (3)	
ITD10			Bolzano-Bozen
ITD2		Provincia autonoma Trento (3)	
ITD20			Trento

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
ITD3		Veneto	
ITD31			Verona
ITD32			Vicenza
ITD33			Belluno
ITD34			Treviso
ITD35			Venezia
ITD36			Padova
ITD37			Rovigo
ITD4		Friuli-Venezia Giulia	
ITD41			Pordenone
ITD42			Udine
ITD43			Gorizia
ITD44			Trieste
ITD5		Emilia-Romagna	
ITD51			Piacenza
ITD52			Parma
ITD53			Reggio nell'Emilia
ITD54			Modena
ITD55			Bologna
ITD56			Ferrara
ITD57			Ravenna
ITD58			Forlì-Cesena
ITD59			Rimini
ITE	CENTRO (I)		
ITE1		Toscana	
ITE11			Massa-Carrara
ITE12			Lucca
ITE13			Pistoia
ITE14			Firenze
ITE15			Prato
ITE16			Livorno
ITE17			Pisa
ITE18			Arezzo
ITE19			Siena
ITE1A			Grosseto
ITE2		Umbria	
ITE21			Perugia
ITE22			Terni
ITE3		Marche	
ITE31			Pesaro e Urbino
ITE32			Ancona
ITE33			Macerata
ITE34			Ascoli Piceno

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
ITE4		Lazio	
ITE41			Viterbo
ITE42			Rieti
ITE43			Roma
ITE44			Latina
ITE45			Frosinone
ITF	SUD		
ITF1		Abruzzo	
ITF11			L'Aquila
ITF12			Teramo
ITF13			Pescara
ITF14			Chieti
ITF2		Molise	
ITF21			Isernia
ITF22			Campobasso
ITF3		Campania	
ITF31			Caserta
ITF32			Benevento
ITF33			Napoli
ITF34			Avellino
ITF35			Salerno
ITF4		Puglia	
ITF41			Foggia
ITF42			Bari
ITF43			Taranto
ITF44			Brindisi
ITF45			Lecce
ITF5		Basilicata	
ITF51			Potenza
ITF52			Matera
ITF6		Calabria	
ITF61			Cosenza
ITF62			Crotone
ITF63			Catanzaro
ITF64			Vibo Valentia
ITF65			Reggio di Calabria
ITG	ISOLE		
ITG1		Sicilia	
ITG11			Trapani
ITG12			Palermo
ITG13			Messina
ITG14			Agrigento
ITG15			Caltanissetta

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
ITG16			Enna
ITG17			Catania
ITG18			Ragusa
ITG19			Siracusa
ITG2		Sardegna	
ITG21			Sassari
ITG22			Nuoro
ITG23			Oristano
ITG24			Cagliari
ITZ	EXTRA-REGIO		
ITZZ		Extra-Regio	
ITZZZ			Extra-Regio
LU			LUXEMBOURG (GRAND-DUCHÉ)
LU0	LUXEMBOURG (GRAND-DUCHÉ)		
LU00		Luxembourg (Grand-Duché)	
LU000			Luxembourg (Grand-Duché)
LUZ	EXTRA-REGIO		
LUZZ		Extra-Regio	
LUZZZ			Extra-Regio
NL			NEDERLAND
NL1	NOORD-NEDERLAND		
NL11		Groningen	
NL111			Oost-Groningen
NL112			Delfzijl en omgeving
NL113			Overig Groningen
NL12		Friesland	
NL121			Noord-Friesland
NL122			Zuidwest-Friesland
NL123			Zuidoost-Friesland
NL13		Drenthe	
NL131			Noord-Drenthe
NL132			Zuidoost-Drenthe
NL133			Zuidwest-Drenthe

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
NL2	OOST-NEDERLAND		
NL21		Overijssel	
NL211			Noord-Overijssel
NL212			Zuidwest-Overijssel
NL213			Twente
NL22		Gelderland	
NL221			Veluwe
NL222			Achterhoek
NL223			Arnhem/Nijmegen
NL224			Zuidwest-Gelderland
NL23		Flevoland	
NL230			Flevoland
NL3	WEST-NEDERLAND		
NL31		Utrecht	
NL310			Utrecht
NL32		Noord-Holland	
NL321			Kop van Noord-Holland
NL322			Alkmaar en omgeving
NL323			IJmond
NL324			Agglomeratie Haarlem
NL325			Zaanstreek
NL326			Groot-Amsterdam
NL327			Het Gooi en Vechtstreek
NL33		Zuid-Holland	
NL331			Agglomeratie Leiden en Bollenstreek
NL332			Agglomeratie 's-Gravenhage
NL333			Delft en Westland
NL334			Oost-Zuid-Holland
NL335			Groot-Rijnmond
NL336			Zuidoost-Zuid-Holland
NL34		Zeeland	
NL341			Zeeuwsch-Vlaanderen
NL342			Overig Zeeland
NL4	ZUID-NEDERLAND		
NL41		Noord-Brabant	
NL411			West-Noord-Brabant
NL412			Midden-Noord-Brabant
NL413			Noordoost-Noord-Brabant
NL414			Zuidoost-Noord-Brabant
NL42		Limburg (NL)	
NL421			Noord-Limburg
NL422			Midden-Limburg
NL423			Zuid-Limburg

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
NLZ	EXTRA-REGIO		
NLZZ		Extra-Regio	
NLZZZ			Extra-Regio
AT			ÖSTERREICH
AT1	OSTÖSTERREICH		
AT11		Burgenland	
AT111			Mittelburgenland
AT112			Nordburgenland
AT113			Südburgenland
AT12		Niederösterreich	
AT121			Mostviertel-Eisenwurzen
AT122			Niederösterreich-Süd
AT123			Sankt Pölten
AT124			Waldviertel
AT125			Weinviertel
AT126			Wiener Umland/Nordteil
AT127			Wiener Umland/Südteil
AT13		Wien	
AT130			Wien
AT2	SÜDÖSTERREICH		
AT21		Kärnten	
AT211			Klagenfurt-Villach
AT212			Oberkärnten
AT213			Unterkärnten
AT22		Steiermark	
AT221			Graz
AT222			Liezen
AT223			Östliche Obersteiermark
AT224			Oststeiermark
AT225			West- und Südsteiermark
AT226			Westliche Obersteiermark
AT3	WESTÖSTERREICH		
AT31		Oberösterreich	
AT311			Innviertel
AT312			Linz-Wels
AT313			Mühlviertel
AT314			Steyr-Kirchdorf
AT315			Traunviertel

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
AT32		Salzburg	
AT321			Lungau
AT322			Pinzgau-Pongau
AT323			Salzburg und Umgebung
AT33		Tirol	
AT331			Außerfern
AT332			Innsbruck
AT333			Osttirol
AT334			Tiroler Oberland
AT335			Tiroler Unterland
AT34		Vorarlberg	
AT341			Bludenz-Bregenzer Wald
AT342			Rheintal-Bodenseegebiet
ATZ	EXTRA-REGIO		
ATZZ		Extra-Regio	
ATZZZ			Extra-Regio
PT			PORTUGAL
PT1	CONTINENTE		
PT11		Norte	
PT111			Minho-Lima
PT112			Cávado
PT113			Ave
PT114			Grande Porto
PT115			Tâmega
PT116			Entre Douro e Vouga
PT117			Douro
PT118			Alto Trás-os-Montes
PT15		Algarve	
PT150			Algarve
PT16		Centro (P)	
PT161			Baixo Vouga
PT162			Baixo Mondego
PT163			Pinhal Litoral
PT164			Pinhal Interior Norte
PT165			Dão-Lafões
PT166			Pinhal Interior Sul
PT167			Serra da Estrela
PT168			Beira Interior Norte
PT169			Beira Interior Sul
PT16A			Cova da Beira
PT16B			Oeste
PT16C			Médio Tejo

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
PT17		Lisboa	
PT171			Grande Lisboa
PT172			Península de Setúbal
PT18		Alentejo	
PT181			Alentejo Litoral
PT182			Alto Alentejo
PT183			Alentejo Central
PT184			Baixo Alentejo
PT185			Lezíria do Tejo
PT2	Região Autónoma dos AÇORES		
PT20		Região Autónoma dos Açores	
PT200			Região Autónoma dos Açores
PT3	Região Autónoma da MADEIRA		
PT30		Região Autónoma da Madeira	
PT300			Região Autónoma da Madeira
PTZ	EXTRA-REGIO		
PTZZ		Extra-Regio	
PTZZZ			Extra-Regio
FI			SUOMI/FINLAND
FI1	MANNER-SUOMI		
FI3		Itä-Suomi	
FI131			Etelä-Savo
FI132			Pohjois-Savo
FI133			Pohjois-Karjala
FI134			Kainuu
FI18		Etelä-Suomi	
FI181			Uusimaa
FI182			Itä-Uusimaa
FI183			Varsinais-Suomi
FI184			Kanta-Häme
FI185			Päijät-Häme
FI186			Kymenlaakso
FI187			Etelä-Karjala
FI19		Länsi-Suomi	
FI191			Satakunta
FI192			Pirkanmaa
FI193			Keski-Suomi
FI194			Etelä-Pohjanmaa
FI195			Pohjanmaa

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
FI1A		Pohjois-Suomi	
FI1A1			Keski-Pohjanmaa
FI1A2			Pohjois-Pohjanmaa
FI1A3			Lappi
FI2	ÅLAND		
FI20		Åland	
FI200			Åland
FIZ	EXTRA-REGIO		
FIZZ		Extra-Regio	
FIZZZ			Extra-Regio
SE			SVERIGE
SE0	SVERIGE		
SE01		Stockholm	
SE010			Stockholms län
SE02		Östra Mellansverige	
SE021			Uppsala län
SE022			Södermanlands län
SE023			Östergötlands län
SE024			Örebro län
SE025			Västmanlands län
SE04		Sydsverige	
SE041			Blekinge län
SE044			Skåne län
SE06		Norra Mellansverige	
SE061			Värmlands län
SE062			Dalarnas län
SE063			Gävleborgs län
SE07		Mellersta Norrland	
SE071			Västernorrlands län
SE072			Jämtlands län
SE08		Övre Norrland	
SE081			Västerbottens län
SE082			Norrbottens län
SE09		Småland med öarna	
SE091			Jönköpings län
SE092			Kronobergs län
SE093			Kalmar län
SE094			Gotlands län
SE0A		Västsverige	
SE0A1			Hallands län
SE0A2			Västra Götalands län

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
SEZ	EXTRA-REGIO		
SEZZ		Extra-Regio	
SEZZZ			Extra-Regio
UK			UNITED KINGDOM
UKC	NORTH EAST		
UKC1		Tees Valley and Durham	
UKC11			Hartlepool and Stockton-on-Tees
UKC12			South Teesside
UKC13			Darlington
UKC14			Durham CC
UKC2		Northumberland and Tyne and Wear	
UKC21			Northumberland
UKC22			Tyneside
UKC23			Sunderland
UKD	NORTH WEST		
UKD1		Cumbria	
UKD11			West Cumbria
UKD12			East Cumbria
UKD2		Cheshire	
UKD21			Halton and Warrington
UKD22			Cheshire CC
UKD3		Greater Manchester	
UKD31			Greater Manchester South
UKD32			Greater Manchester North
UKD4		Lancashire	
UKD41			Blackburn with Darwen
UKD42			Blackpool
UKD43			Lancashire CC
UKD5		Merseyside	
UKD51			East Merseyside
UKD52			Liverpool
UKD53			Sefton
UKD54			Wirral

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
UKE	YORKSHIRE AND THE HUMBER		
UKE1		East Riding and North Lincolnshire	
UKE11			Kingston upon Hull, City of
UKE12			East Riding of Yorkshire
UKE13			North and North East Lincolnshire
UKE2		North Yorkshire	
UKE21			York
UKE22			North Yorkshire CC
UKE3		South Yorkshire	
UKE31			Barnsley, Doncaster and Rotherham
UKE32			Sheffield
UKE4		West Yorkshire	
UKE41			Bradford
UKE42			Leeds
UKE43			Calderdale, Kirklees and Wakefield
UKF	EAST MIDLANDS		
UKF1		Derbyshire and Nottinghamshire	
UKF11			Derby
UKF12			East Derbyshire
UKF13			South and West Derbyshire
UKF14			Nottingham
UKF15			North Nottinghamshire
UKF16			South Nottinghamshire
UKF2		Leicestershire, Rutland and Northamptonshire	
UKF21			Leicester
UKF22			Leicestershire CC and Rutland
UKF23			Northamptonshire
UKF3		Lincolnshire	
UKF30			Lincolnshire
UKG	WEST MIDLANDS		
UKG1		Herefordshire, Worcestershire and Warwickshire	
UKG11			Herefordshire, County of
UKG12			Worcestershire
UKG13			Warwickshire
UKG2		Shropshire and Staffordshire	
UKG21			Telford and Wrekin
UKG22			Shropshire CC
UKG23			Stoke-on-Trent
UKG24			Staffordshire CC

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
UKG3		West Midlands	
UKG31			Birmingham
UKG32			Solihull
UKG33			Coventry
UKG34			Dudley and Sandwell
UKG35			Walsall and Wolverhampton
UKH	EAST OF ENGLAND		
UKH1		East Anglia	
UKH11			Peterborough
UKH12			Cambridgeshire CC
UKH13			Norfolk
UKH14			Suffolk
UKH2		Bedfordshire and Hertfordshire	
UKH21			Luton
UKH22			Bedfordshire CC
UKH23			Hertfordshire
UKH3		Essex	
UKH31			Southend-on-Sea
UKH32			Thurrock
UKH33			Essex CC
UKI	LONDON		
UKI1		Inner London	
UKI11			Inner London - West
UKI12			Inner London - East
UKI2		Outer London	
UKI21			Outer London - East and North East
UKI22			Outer London - South
UKI23			Outer London - West and North West
UKJ	SOUTH EAST		
UKJ1		Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire	
UKJ11			Berkshire
UKJ12			Milton Keynes
UKJ13			Buckinghamshire CC
UKJ14			Oxfordshire

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
UKJ2		Surrey, East and West Sussex	
UKJ21			Brighton and Hove
UKJ22			East Sussex CC
UKJ23			Surrey
UKJ24			West Sussex
UKJ3		Hampshire and Isle of Wight	
UKJ31			Portsmouth
UKJ32			Southampton
UKJ33			Hampshire CC
UKJ34			Isle of Wight
UKJ4		Kent	
UKJ41			Medway
UKJ42			Kent CC
UKK	SOUTH WEST		
UKK1		Gloucestershire, Wiltshire and North Somerset	
UKK11			Bristol, City of
UKK12			North and North-East Somerset
			South Gloucestershire
UKK13			Gloucestershire
UKK14			Swindon
UKK15			Wiltshire CC
UKK2		Dorset and Somerset	
UKK21			Bournemouth and Poole
UKK22			Dorset CC
UKK23			Somerset
UKK3		Cornwall and Isles of Scilly	
UKK30			Cornwall and Isles of Scilly
UKK4		Devon	
UKK41			Plymouth
UKK42			Torbay
UKK43			Devon CC
UKL	WALES		
UKL1		West Wales and The Valleys	
UKL11			Isle of Anglesey
UKL12			Gwynedd
UKL13			Conwy and Denbighshire
UKL14			South-West Wales

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
UKL15			Central Valleys
UKL16			Gwent Valleys
UKL17			Bridgend and Neath Port Talbot
UKL18			Swansea
UKL2		East Wales	
UKL21			Monmouthshire and Newport
UKL22			Cardiff and Vale of Glamorgan
UKL23			Flintshire and Wrexham
UKL24			Powys
UKM	SCOTLAND		
UKM1		North Eastern Scotland	
UKM10			Aberdeen City, Aberdeenshire and North-East Moray
UKM2		Eastern Scotland	
UKM21			Angus and Dundee City
UKM22			Clackmannanshire and Fife
UKM23			East Lothian and Midlothian
UKM24			Scottish Borders, The
UKM25			Edinburgh, City of
UKM26			Falkirk
UKM27			Perth and Kinross and Stirling
UKM28			West Lothian
UKM3		South Western Scotland	
UKM31			East and West Dunbartonshire, Helensburgh and Lomond
UKM32			Dumfries and Galloway
UKM33			East Ayrshire and North Ayrshire Mainland
UKM34			Glasgow City
UKM35			Inverclyde, East Renfrewshire and Renfrewshire
UKM36			North Lanarkshire
UKM37			South Ayrshire
UKM38			South Lanarkshire
UKM4		Highlands and Islands	
UKM41			Caithness and Sutherland and Ross and Cromarty
UKM42			Inverness and Nairn and Moray, Badenoch and Strathspey
UKM43			Lochaber, Skye and Lochalsh and Argyll and the Islands
UKM44			Eilean Siar (Western Isles)
UKM45			Orkney Islands
UKM46			Shetland Islands

Code	NUTS 1	NUTS 2	NUTS 3
UKN	NORTHERN IRELAND	Northern Ireland	
UKN0			
UKN01			Belfast
UKN02			Outer Belfast
UKN03			East of Northern Ireland
UKN04			North of Northern Ireland
UKN05		West and South of Northern Ireland	
UKZ	EXTRA-REGIO	Extra-regio	
UKZZ			
UKZZZ			Extra-regio

(¹) „Arr.“ bedeutet „Arrondissement administratif“ auf Französisch bzw. „Administratief arrondissement“ auf Niederländisch.

(²) „Prov.“ bedeutet „Province“ auf Französisch bzw. „Provincie“ auf Niederländisch.

(³) Die Autonome Provinz Bolzano/Bozen und die Autonome Provinz Trento bilden die Region Trentino-Alto Adige/Südtirol.

ANHANG II

Bestehende Verwaltungseinheiten

NUTS-Ebene 1 für Belgien „gewesten/régions“, für Deutschland „Länder“, für Portugal „Continente“, Região dos Açores und Região da Madeira sowie für das Vereinigte Königreich Scotland, Wales, Northern Ireland und das Government Office Regions of England.

NUTS-Ebene 2 für Belgien „provincies/provinces“, für Deutschland „Regierungsbezirke“, für Griechenland „periferies“, für Spanien „comunidades y ciudades autónomas“, für Frankreich „régions“, für Irland „regions“, für Italien „regioni“, für die Niederlande „provincies“ und für Österreich „Länder“.

NUTS-Ebene 3 für Belgien „arrondissementen/arrondissements“, für Dänemark „amtskommuner“, für Deutschland „Kreise/kreisfreie Städte“, für Griechenland „nomoi“, für Spanien „provincias“, für Frankreich „départements“, für Irland „regional authority regions“, für Italien „provincia“, für Schweden „län“ und für Finnland „maakunnat/landskapen“.

ANHANG III

Kleinere Verwaltungseinheiten

Für Belgien „gemeenten/communes“, für Dänemark „kommuner“, für Deutschland „Gemeinden“, für Griechenland „Demoi/Koinotites“, für Spanien „municipios“, für Frankreich „Communes“, für Irland „counties or county boroughs“, für Italien „Comuni“, für Luxemburg „Communes“, für die Niederlande „Gemeenten“, für Österreich „Gemeinden“, für Portugal „Freguesias“, für Finnland „Kunnat/Kommuner“, für Schweden „Kommuner“ und für das Vereinigte Königreich „Wards“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1060/2003 DER KOMMISSION
vom 20. Juni 2003
zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1947/2002 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

- (2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Juni 2003 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission
J. M. SILVA RODRÍGUEZ
Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. L 299 vom 1.11.2002, S. 17.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

<i>(EUR/100 kg)</i>		
KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	052	67,0
	999	67,0
0707 00 05	052	88,0
	999	88,0
0709 90 70	052	64,6
	999	64,6
0805 50 10	382	54,0
	388	53,2
	400	50,6
	528	73,8
	999	57,9
0808 10 20, 0808 10 50, 0808 10 90	388	74,7
	400	91,6
	508	97,7
	512	94,1
	524	47,5
	528	67,2
	720	101,6
	800	148,7
	804	79,1
	999	89,1
0809 10 00	052	221,6
	624	236,6
	999	229,1
0809 20 95	052	378,6
	064	218,7
	094	197,7
	400	263,4
	999	264,6
0809 30 10, 0809 30 90	052	115,0
	999	115,0
0809 40 05	624	223,2
	999	223,2

⁽¹⁾ Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2020/2001 der Kommission (ABl. L 273 vom 16.10.2001, S. 6). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1061/2003 DER KOMMISSION
vom 20. Juni 2003

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen der Verfahren A1 und B für Obst und Gemüse (Tomaten/Paradeiser, Orangen, Tafeltrauben und Äpfel)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 47/2003 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 35 Absatz 3 dritter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1961/2001 der Kommission ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1176/2002 ⁽⁴⁾, enthält die Durchführungsbestimmungen zu den Ausfuhrerstattungen im Sektor Obst und Gemüse.
- (2) Gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 kann für Ausfuhren der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der Beschränkungen aufgrund der gemäß Artikel 300 des Vertrags geschlossenen Abkommen eine Ausfuhrerstattung gewährt werden, soweit dies für eine wirtschaftlich bedeutende Ausfuhr erforderlich ist.
- (3) Gemäß Artikel 35 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 ist dafür zu sorgen, dass die bereits durch die Erstattungsregelung geschaffenen Handelsströme nicht gestört werden. Aus diesem Grund und wegen der jahreszeitlichen Schwankungen der Obst- und Gemüseausfuhren sind Kontingente für die einzelnen Erzeugnisse festzusetzen, wobei die Nomenklatur der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für Ausfuhrerstattungen, die mit der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 118/2003 ⁽⁶⁾, erstellt wurde, anzuwenden ist. Diese Erzeugnismengen sind unter Berücksichtigung der Verderblichkeit der betreffenden Erzeugnisse aufzuteilen.
- (4) Gemäß Artikel 35 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 werden die Erstattungen unter Berücksichtigung der Lage und voraussichtlichen Entwicklung der Preise für Obst und Gemüse und der verfügbaren Mengen auf dem Markt der Gemeinschaft sowie der im internationalen Handel üblichen Preise festgesetzt. Ferner ist den Vermarktungs- und Transportkosten sowie den wirtschaftlichen Aspekten der beabsichtigten Ausfuhren Rechnung zu tragen.

- (5) Gemäß Artikel 35 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 werden die Preise in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der im Hinblick auf die Ausfuhr günstigsten tatsächlichen Preise ermittelt.
- (6) Aufgrund der Lage im internationalen Handel oder der besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte kann es erforderlich sein, die Erstattung für ein bestimmtes Erzeugnis nach Bestimmungen zu differenzieren.
- (7) Zurzeit können Tomaten/Paradeiser, Tafeltrauben, Orangen und Äpfel der Kategorien Extra, I und II der gemeinschaftlichen Vermarktungsnormen in wirtschaftlich bedeutendem Umfang ausgeführt werden.
- (8) Im Hinblick auf eine bestmögliche Nutzung der verfügbaren Mittel sowie aufgrund der Struktur der Ausfuhren der Gemeinschaft ist es angebracht, die Ausfuhrerstattungen nach den Verfahren A1 und B festzulegen.
- (9) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für frisches Obst und Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Für das Verfahren A1 sind die Erstattungssätze, der Zeitraum für die Beantragung der Erstattung und die für die betreffenden Erzeugnisse vorgesehenen Mengen im Anhang festgelegt.

Für das Verfahren B sind die indikativen Erstattungssätze, der Zeitraum für die Einreichung der Lizenzanträge und die für die betreffenden Erzeugnisse vorgesehenen Mengen im Anhang festgelegt.

- (2) Die im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe erteilten Lizenzen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1291/2000 der Kommission ⁽⁷⁾ werden nicht auf die im Anhang der vorliegenden Verordnung genannten Mengen angerechnet.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. Juni 2003 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 7 vom 11.1.2003, S. 64.

⁽³⁾ ABl. L 268 vom 9.10.2001, S. 8.

⁽⁴⁾ ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 69.

⁽⁵⁾ ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. L 20 vom 24.1.2003, S. 3.

⁽⁷⁾ ABl. L 152 vom 24.6.2000, S. 1.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse (Tomaten/Paradeiser, Orangen, Tafeltrauben und Äpfel)

Erzeugniscode ⁽¹⁾	Bestimmung ⁽²⁾	Verfahren A1 Zeitraum der Erstattungsbeantragung: 24.6.2003 bis 9.9.2003		Verfahren B Zeitraum für die Einreichung der Lizenzanträge: 1.7.2003 bis 16.9.2003	
		Erstattungssatz (EUR/t netto)	Vorgesehene Mengen (t)	Indikativer Erstattungssatz (EUR/t netto)	Vorgesehene Mengen (t)
0702 00 00 9100	F08	21		21	3 747
0805 10 10 9100 0805 10 30 9100 0805 10 50 9100	F00	21		21	1 229
0806 10 10 9100	F00	21		21	13 255
0808 10 20 9100 0808 10 50 9100 0808 10 90 9100	F04, F09	19		19	5 133

⁽¹⁾ Die Erzeugniscode sind in der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

⁽²⁾ Die Bestimmungscodes Serie „A“ sind in Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission festgelegt.

Die Zahlencodes für das Bestimmungsland/-gebiet sind in der Verordnung (EG) Nr. 2020/2001 der Kommission (ABl. L 273 vom 16.10.2001, S. 6) festgelegt.

Die übrigen Bestimmungsländer/-gebiete sind wie folgt definiert:

F00: Alle Bestimmungsorte außer Estland.

F03: Alle Bestimmungsorte außer der Schweiz und Estland.

F04: Sri Lanka, Hongkong, SAR, Singapur, Malaysia, Indonesien, Thailand, Taiwan, Papua-Neuguinea, Laos, Kambodscha, Vietnam, Uruguay, Paraguay, Argentinien, Mexiko, Costa-Rica und Japan.

F08: Alle Bestimmungen mit Ausnahme der Slowakei, Lettlands, Litauens, Bulgariens und Estlands.

F09: Die folgenden Bestimmungen:

— Norwegen, Island, Grönland, Färöer, Polen, Ungarn, Rumänien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien, ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und Montenegro, Malta, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Ukraine, Saudi-Arabien, Bahrain, Katar, Oman, Vereinigte Arabische Emirate (Abu Dhabi, Dubai, Sharjah, Ajman, Umm al Qaiwan, Ras Al Khaimah und Fujairah), Kuwait, Jemen, Syrien, Iran, Jordanien, Bolivien, Brasilien, Venezuela, Peru, Panama, Ecuador und Kolumbien;

— Länder und Hoheitsgebiete Afrikas mit Ausnahme Südafrikas;

— Bestimmungen gemäß Artikel 36 der Verordnung (EG) Nr. 800/1999 der Kommission (ABl. L 102 vom 17.4.1999, S. 11).

VERORDNUNG (EG) Nr. 1062/2003 DER KOMMISSION

vom 20. Juni 2003

**zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen im Rahmen des Verfahrens A1 für Schalenfrüchte
(Mandeln ohne Schale, Haselnüsse in der Schale, Haselnüsse ohne Schale, Walnüsse in der Schale)**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2200/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 47/2003 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 35 Absatz 3 Unterabsatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1961/2001 der Kommission ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1176/2002 ⁽⁴⁾, enthält die Durchführungsbestimmungen zu den Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse.
- (2) Gemäß Artikel 35 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 kann für die Gemeinschaftsausfuhren unter Berücksichtigung der Beschränkungen aufgrund der gemäß Artikel 300 des Vertrags geschlossenen Abkommen eine Ausfuhrerstattung gewährt werden, soweit dies für eine wirtschaftlich bedeutende Ausfuhr erforderlich ist.
- (3) Gemäß Artikel 35 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 ist darauf zu achten, dass die bereits durch die Erstattungsregelung geschaffenen Handelsströme nicht gestört werden. Aus diesem Grund und wegen der jahreszeitlichen Schwankungen der Obst- und Gemüseausfuhren sind Kontingente für die einzelnen Erzeugnisse festzusetzen, wobei die Nomenklatur der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für Ausfuhrerstattungen anzuwenden ist, die mit der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 118/2003 ⁽⁶⁾, erstellt wurde. Diese Erzeugnismengen sind unter Berücksichtigung der Verderblichkeit der betreffenden Erzeugnisse aufzuteilen.
- (4) Gemäß Artikel 35 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 werden die Erstattungen unter Berücksichtigung der Lage und voraussichtlichen Entwicklung der Preise für Obst und Gemüse und der verfügbaren Mengen auf dem Markt der Gemeinschaft sowie der im internationalen Handel üblichen Preise festgesetzt. Ferner ist den Vermarktungs- und Transportkosten sowie den wirtschaftlichen Aspekten der beabsichtigten Ausfuhren Rechnung zu tragen.

- (5) Gemäß Artikel 35 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 werden die Preise in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der im Hinblick auf die Ausfuhr günstigsten Preise ermittelt.
- (6) Aufgrund der Lage im internationalen Handel oder der besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte kann es erforderlich sein, die Erstattung für ein bestimmtes Erzeugnis nach Bestimmungen zu differenzieren.
- (7) Die Möglichkeit wirtschaftlich bedeutender Ausfuhren besteht gegenwärtig bei Mandeln ohne Schale, Haselnüssen in der Schale, Haselnüssen ohne Schale und Walnüssen in der Schale.
- (8) Da sich Schalenfrüchte verhältnismäßig gut lagern lassen, können die Ausfuhrerstattungen für längere Zeitabstände festgesetzt werden.
- (9) Im Hinblick auf die bestmögliche Nutzung der verfügbaren Mittel sowie aufgrund der Struktur der Ausfuhren der Gemeinschaft ist es angebracht, die Ausfuhrerstattungen nach dem Verfahren A1 festzulegen.
- (10) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für frisches Obst und Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Die Ausfuhrerstattungen für Schalenfrüchte, der Antragszeitraum und die vorgesehenen Mengen sind im Anhang dieser Verordnung festgesetzt.
- (2) Die im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe erteilten Lizenzen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1291/2000 der Kommission ⁽⁷⁾ werden nicht auf die im Anhang der vorliegenden Verordnung genannten Mengen angerechnet.
- (3) Unbeschadet der Anwendung von Artikel 5 Absatz 6 der Verordnung (EG) Nr. 1961/2001 beträgt die Gültigkeitsdauer der Lizenzen vom Typ A1 drei Monate.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. Juni 2003 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 7 vom 11.1.2003, S. 64.

⁽³⁾ ABl. L 268 vom 9.10.2001, S. 8.

⁽⁴⁾ ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 69.

⁽⁵⁾ ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. L 20 vom 24.1.2003, S. 3.

⁽⁷⁾ ABl. L 152 vom 24.6.2000, S. 1.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Schalenfrüchte (Verfahren A1)

Antragszeitraum: 24. Juni 2003 bis 7. Januar 2004.

Erzeugniscode ⁽¹⁾	Bestimmung ⁽²⁾	Erstattungssatz (in EUR/t netto)	Vorgesehene Menge (in t)
0802 12 90 9000	F00	45	1 426
0802 21 00 9000	F00	53	569
0802 22 00 9000	F00	103	3 929
0802 31 00 9000	F00	66	588

⁽¹⁾ Die Erzeugniscode sind in der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

⁽²⁾ Die Bestimmungscodes Serie „A“ sind in Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 festgelegt.

Die Zahlencodes für das Bestimmungsland/-gebiet sind in der Verordnung (EG) Nr. 2020/2001 der Kommission (ABl. L 273 vom 16.10.2001, S. 6) festgelegt.

Die übrigen Bestimmungsländer/-gebiete sind wie folgt definiert:

F00: Alle Bestimmungsorte mit Ausnahme von Estland.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1063/2003 DER KOMMISSION

vom 20. Juni 2003

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse mit Ausnahme der für die Verarbeitungserzeugnisse mit Zusatz von Zucker gewährten Ausfuhrerstattungen (vorläufig haltbar gemachte Kirschen, geschälte Tomaten/Paradeiser, haltbar gemachte Kirschen, zubereitete Haselnüsse, gewisse Orangensäfte)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2201/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 453/2002 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 3 Unterabsatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1429/95 der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1176/2002⁽⁴⁾, wurden die Durchführungsbestimmungen für die Ausfuhrerstattungen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse mit Ausnahme der für die Verarbeitungserzeugnisse mit Zusatz von Zucker gewährten Ausfuhrerstattungen festgelegt.
- (2) Gemäß Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 kann für die in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a) dieser Verordnung aufgeführten Erzeugnisse unter Berücksichtigung der Beschränkungen aufgrund der gemäß Artikel 300 des Vertrags geschlossenen Abkommen eine Ausfuhrerstattung gewährt werden, soweit dies für eine wirtschaftlich bedeutende Ausfuhr erforderlich ist. Gemäß Artikel 18 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 gilt für die in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b) aufgeführten Erzeugnisse die gemäß Artikel 17 der genannten Verordnung festgesetzte Erstattung, falls der Erstattungsbetrag für den Zucker, der in diesen Erzeugnissen enthalten ist, nicht ausreicht, um die Ausfuhr zu ermöglichen.
- (3) Gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 ist darauf zu achten, dass die bereits durch die Erstattungsregelung geschaffenen Handelsströme nicht gestört werden. Aus diesem Grund sind Kontingente für die einzelnen Erzeugnisse festzusetzen, wobei die Nomenklatur der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für Ausfuhrerstattungen anzuwenden ist, die mit der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 118/2003⁽⁶⁾, erstellt wurde.
- (4) Gemäß Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 werden die Erstattungen unter Berücksichtigung der Lage und voraussichtlichen Entwicklung der

Preise für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse und der verfügbaren Mengen auf dem Markt der Gemeinschaft sowie der im internationalen Handel üblichen Preise festgesetzt. Ferner ist den Vermarktungs- und Transportkosten sowie den wirtschaftlichen Aspekten der beabsichtigten Ausfuhren Rechnung zu tragen.

- (5) Gemäß Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 werden die Preise in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der im Hinblick auf die Ausfuhr günstigsten Preise ermittelt.
- (6) Aufgrund der Lage im internationalen Handel oder der besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte kann es erforderlich sein, die Erstattung für ein bestimmtes Erzeugnis nach Bestimmungen zu differenzieren.
- (7) Die Möglichkeit wirtschaftlich bedeutender Ausfuhren besteht gegenwärtig bei vorläufig haltbar gemachten Kirschen, geschälten Tomaten/Paradeisern^(*), haltbar gemachten Kirschen, zubereiteten Haselnüssen und bestimmten Orangensaften.
- (8) Die Erstattungssätze und die vorgesehenen Mengen sind entsprechend festzusetzen.
- (9) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Die Ausfuhrerstattungen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse, der Antragszeitraum, der Lizenzerteilungszeitraum und die vorgesehenen Mengen sind im Anhang dieser Verordnung festgesetzt.
- (2) Die im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe erteilten Lizenzen gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 1291/2000 der Kommission⁽⁷⁾ werden nicht auf die im Anhang der vorliegenden Verordnung genannten Mengen angerechnet.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. Juni 2003 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 29.

⁽²⁾ ABl. L 72 vom 14.3.2002, S. 9.

⁽³⁾ ABl. L 141 vom 24.6.1995, S. 28.

⁽⁴⁾ ABl. L 170 vom 29.6.2002, S. 69.

⁽⁵⁾ ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. L 20 vom 24.1.2003, S. 3.

^(*) Österreichischer Ausdruck gemäß Protokoll Nr. 10 zur Beitrittsakte 1994.

⁽⁷⁾ ABl. L 152 vom 24.6.2000, S. 1.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission
 Franz FISCHLER
 Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. Juni 2003 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse mit Ausnahme der für die Verarbeitungserzeugnisse mit Zusatz von Zucker gewährten Ausfuhrerstattungen (vorläufig haltbar gemachte Kirschen, geschälte Tomaten/Paradeiser, haltbar gemachte Kirschen, zubereitete Haselnüsse, gewisse Orangensäfte)

Antragszeitraum: 24. Juni bis 23. Oktober 2003

Lizenzerteilungszeitraum: Juli bis Oktober 2003

Erzeugniscode ⁽¹⁾	Code des Bestimmungsortes ⁽²⁾	Erstattungssatz (in EUR/t netto)	Vorgesehene Mengen (in t)
0812 10 00 9100	F06	50	2 853
2002 10 10 9100	F10	45	42 477
2006 00 31 9000 2006 00 99 9100	F06	153	595
2008 19 19 9100 2008 19 99 9100	F00	59	344
2009 11 99 9110 2009 12 00 9111 2009 19 98 9112	F00	5	300
2009 11 99 9150 2009 19 98 9150	F00	29	301

⁽¹⁾ Die Erzeugniscode sind in der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1) festgelegt.

⁽²⁾ Die Bestimmungscodes Serie „A“ sind in Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 festgelegt.

Die Zahlencodes für das Bestimmungsland/-gebiet sind in der Verordnung (EG) Nr. 2020/2001 der Kommission (ABl. L 273 vom 16.10.2001, S. 6) festgelegt.

Die übrigen Bestimmungsländer/-gebiete sind wie folgt definiert:

F00: Alle Bestimmungsorte mit Ausnahme von Estland.

F06: Alle Bestimmungsorte mit Ausnahme von Nordamerika und Estland.

F10: Alle anderen Bestimmungen als die Vereinigten Staaten von Amerika, die Slowakei, Lettland, Bulgarien, Litauen und Estland.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1064/2003 DER KOMMISSION
vom 19. Juni 2003
zur Einstellung des Industriefischfangs durch Schiffe unter der Flagge Schwedens

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollregelung für die gemeinsame Fischereipolitik ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2846/98 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 21 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In der Verordnung (EG) Nr. 2341/2002 des Rates vom 20. Dezember 2001 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und entsprechender Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in den Gemeinschaftsgewässern sowie für Gemeinschaftsschiffe in Gewässern mit Fangbeschränkungen (2003) ⁽³⁾ sind für das Jahr 2003 Quoten für Industriefisch vorgegeben.
- (2) Um die Einhaltung der Fangbeschränkungen für quotengebundene Bestände zu gewährleisten, muss die Kommission den Zeitpunkt festsetzen, zu dem die zugeteilte Quote aufgrund der Fänge der Fischereifahrzeuge unter der Flagge eines Mitgliedstaats als ausgeschöpft gilt.
- (3) Nach den der Kommission übermittelten Angaben haben die Industriefischfänge im ICES-Gebiet IV (norwegische Gewässer) durch Schiffe, die die Flagge Schwedens

führen oder in Schweden registriert sind, die für 2003 zugeteilte Quote erreicht. Schweden hat die Befischung dieses Bestands ab dem 7. Juni 2003 verboten. Es empfiehlt sich daher, dieses Datum zu übernehmen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Aufgrund der Industriefischfänge im ICES-Gebiet IV (norwegische Gewässer) durch Schiffe, die die Flagge Schwedens führen oder in Schweden registriert sind, gilt die Schweden für 2003 zugeteilte Quote als erschöpft.

Die Fischerei auf Industriefisch im ICES-Gebiet IV (norwegische Gewässer) durch Schiffe, die die Flagge Schwedens führen oder in Schweden registriert sind, sowie die Aufbewahrung an Bord, das Umladen und Anlanden von Fängen aus diesem Bestand, die von den genannten Schiffen nach Beginn der Anwendung dieser Verordnung getätigt werden, sind verboten.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 7. Juni 2003.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 19. Juni 2003

Für die Kommission
Jörgen HOLMQUIST
Generaldirektor für Fischerei

⁽¹⁾ ABl. L 261 vom 20.10.1993, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 358 vom 31.12.1998, S. 5.

⁽³⁾ ABl. L 356 vom 31.12.2002, S. 12.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1065/2003 DER KOMMISSION
vom 20. Juni 2003

über die Eröffnung einer Dauerausschreibung über den Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von rund 7 425 Tonnen Reis der Ernte 2000 aus Beständen der spanischen Interventionsstelle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 411/2002 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 8 Buchstabe b) letzter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EWG) Nr. 75/91 der Kommission vom 11. Januar 1991 zur Festlegung des Verfahrens und der Bedingungen für die Abgabe von Rohreis durch die Interventionsstellen ⁽³⁾ legt die Erfordernisse betreffend diese Verfahren und Bedingungen fest.
- (2) Die derzeit von der spanischen Interventionsstelle gelagerte Menge an rund-, mittel- oder langkörnigem A-Rohreis der Ernte 2000 ist sehr umfangreich und die Lagerzeit sehr lang. Aus diesem Grund sollte eine Dauerausschreibung für den Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von rund 7 425 Tonnen rund-, mittel- oder langkörnigem A-Rohreis der Ernte 2000 aus Beständen der spanischen Interventionsstelle eröffnet werden.
- (3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

Artikel 1

Die spanische Interventionsstelle führt zu den Bedingungen der Verordnung (EWG) Nr. 75/91 eine Dauerausschreibung für den Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von rund 7 425 Tonnen rund-, mittel- oder langkörnigem A-Rohreis der Ernte 2000 aus ihren Beständen durch.

Artikel 2

- (1) Die Angebotsfrist für die erste Teilausschreibung läuft am 2. Juli 2003 aus.
- (2) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschreibung läuft am 30. Juli 2003 aus.
- (3) Die Angebote sind bei der spanischen Interventionsstelle zu hinterlegen:
Fondo Español de Garantía Agraria (FEGA)
Beneficencia, 8
E-28004 Madrid
Telex 23427 FEGA E
Fax (34) 915 21 98 32, (34) 915 22 43 87.

Artikel 3

Die spanische Interventionsstelle teilt der Kommission spätestens am Dienstag der Woche nach Ablauf der Angebotsfrist die Menge und die Durchschnittspreise der jeweils verkauften Partien mit.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 329 vom 30.12.1995, S. 18.

⁽²⁾ ABl. L 62 vom 5.3.2002, S. 27.

⁽³⁾ ABl. L 9 vom 12.1.1991, S. 15.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1066/2003 DER KOMMISSION

vom 20. Juni 2003

zur Eröffnung einer Dauerausschreibung zur Ausfuhr von Sorghum aus Beständen der französischen Interventionsstelle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

Artikel 2

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1666/2000 des Rates⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1630/2000⁽⁴⁾, regelt die Verfahren und Bedingungen für die Abgabe von Getreide aus Beständen der Interventionsstellen.
- (2) Die Verordnung (EWG) Nr. 3002/92 der Kommission⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 770/96⁽⁶⁾, regelt die Überwachung der Verwendung und/oder Bestimmung von Erzeugnissen aus den Beständen der Interventionsstellen.
- (3) Bei der gegenwärtigen Marktlage ist es angebracht, eine Dauerausschreibung zur Ausfuhr von 6 575 Tonnen Sorghum aus Beständen der französischen Interventionsstelle zu eröffnen.
- (4) Damit die betreffenden Vorgänge ordnungsgemäß durchgeführt und kontrolliert werden können, sind besondere Durchführungsbestimmungen zu erlassen. Zu diesem Zweck ist eine Sicherheitsregelung vorzusehen, welche die Einhaltung der angestrebten Ziele gewährleistet, ohne dass sich für die Ausführer übermäßige Belastungen ergeben. Daher ist von einigen Bestimmungen insbesondere der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 abzuweichen.
- (5) Verzögert sich die Übernahme des Getreides um mehr als fünf Tage oder wird die Freigabe der geleisteten Sicherheiten verschoben aus Gründen, die der Interventionsstelle zuzuschreiben sind, so ist vom betreffenden Mitgliedstaat eine Entschädigung zu zahlen.
- (6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die französische Interventionsstelle nimmt eine Dauerausschreibung für die Ausfuhr von Sorghum aus ihren Beständen unter den in der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 festgelegten Bedingungen vor, soweit in der vorliegenden Verordnung nichts anderes vorgesehen ist.

⁽¹⁾ ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.

⁽²⁾ ABl. L 193 vom 29.7.2000, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 191 vom 31.7.1993, S. 76.

⁽⁴⁾ ABl. L 187 vom 26.7.2000, S. 24.

⁽⁵⁾ ABl. L 301 vom 17.10.1992, S. 17.

⁽⁶⁾ ABl. L 104 vom 27.4.1996, S. 13.

(1) Die Ausschreibung betrifft eine Höchstmenge von 6 575 Tonnen Sorghum, die in alle Drittländer ausgeführt werden darf.

(2) Die Lagerorte der in Absatz 1 genannten Menge Sorghum sind in Anhang I angegeben.

Artikel 3

(1) Bei den Ausfuhren im Rahmen dieser Verordnung werden weder Ausfuhrerstattungen, Ausfuhrabgaben noch monatliche Zuschläge angewandt.

(2) Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 wird nicht angewandt.

(3) Abweichend von Artikel 16 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 gilt für die Ausfuhr der Angebotspreis ohne monatlichen Zuschlag.

Artikel 4

(1) Die Ausfuhrlicenzen gelten ab ihrer Erteilung gemäß Artikel 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 bis zum Ende des vierten darauf folgenden Monats.

(2) Den im Rahmen der nach dieser Verordnung eröffneten Ausschreibung eingereichten Angeboten dürfen keine Ausfuhrlicenzanträge nach Artikel 49 der Verordnung (EG) Nr. 1291/2000 der Kommission⁽⁷⁾ beigefügt sein.

Artikel 5

(1) Abweichend von Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 endet die Angebotsfrist der ersten Teilausschreibung am 3. Juli 2003 um 9.00 Uhr (Brüsseler Zeit).

(2) Angebote für die folgenden Teilausschreibungen können jeweils bis Donnerstag, 9.00 Uhr (Brüsseler Zeit) eingereicht werden.

(3) Die letzte Teilausschreibung endet am 27. Mai 2004, 9.00 Uhr (Brüsseler Zeit).

(4) Die Angebote sind bei der französischen Interventionsstelle einzureichen.

⁽⁷⁾ ABl. L 152 vom 24.6.2000, S. 1.

Artikel 6

(1) Die Interventionsstelle, der Lagerhalter und, wenn er dies wünscht, der Zuschlagsempfänger entnehmen einvernehmlich nach Wahl des Zuschlagsempfängers vor oder bei der Auslagerung von der zugeschlagenen Partie mindestens eine Kontrollprobe je 500 Tonnen und analysieren diese Proben. Die Interventionsstelle kann durch einen Beauftragten vertreten sein, sofern es sich bei diesem nicht um den Lagerhalter handelt.

Die Entnahme der Kontrollproben und ihre Analyse erfolgen innerhalb von sieben Arbeitstagen nach dem Antrag des Zuschlagsempfängers oder innerhalb von drei Arbeitstagen, wenn die Probenahme bei der Auslagerung erfolgt.

Im Widerspruchsfall werden die Analyseergebnisse der Kommission mitgeteilt.

(2) Der Zuschlagsempfänger muss die Partie in unverändertem Zustand annehmen, wenn das endgültige Ergebnis der Probenanalyse eine Qualität zeigt,

- a) die besser ist als die in der Ausschreibungsbekanntmachung vorgesehene;
- b) die bessere Merkmale als die für interventionsfähiges Getreide erforderlichen Mindestmerkmale aufweist, aber die in der Ausschreibungsbekanntmachung vorgesehene Qualität nicht erreicht, ohne jedoch folgende Abweichungen zu überschreiten:
 - einen Viertelprozentpunkt beim Höchstgehalt an Tannin,
 - einen Prozentpunkt beim Feuchtigkeitsgehalt,
 - einen halben Prozentpunkt bei den Verunreinigungen nach Buchstabe B Nummer 2 bzw. Nummer 4 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 824/2000 der Kommission ⁽¹⁾ und
 - einen halben Prozentpunkt bei den Verunreinigungen nach Buchstabe B Nummer 5 des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 824/2000, wobei die zulässigen Prozentsätze für schädliche Körner und Mutterkorn unverändert bleiben,

Zeigt das endgültige Ergebnis der Probenanalyse eine Qualität, die bessere Merkmale als die für interventionsfähiges Getreide erforderlichen Mindestmerkmale aufweist, aber die in der Ausschreibungsbekanntmachung vorgesehene Qualität nicht erreicht und die unter Buchstabe b) genannten Abweichungen überschreitet, so kann der Zuschlagsempfänger

- entweder die Partie in unverändertem Zustand annehmen,
- oder die Übernahme der Partie ablehnen.

In dem in Unterabsatz 2 zweiter Gedankenstrich vorgesehenen Fall wird der Zuschlagsempfänger von allen Pflichten hinsichtlich der Partie einschließlich Sicherheitsleistungen erst entbunden, wenn er die Kommission und die Interventionsstelle anhand des Formulars in Anhang II unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt hat.

Zeigt das endgültige Ergebnis der Probenanalyse eine Qualität, welche die für interventionsfähiges Getreide erforderlichen Mindestmerkmale nicht aufweist, so darf der Zuschlagsempfänger die betreffende Partie nicht übernehmen. Er wird erst von allen Pflichten hinsichtlich der Partie einschließlich

Sicherheitsleistungen entbunden, wenn er die Kommission und die Interventionsstelle anhand des Formulars in Anhang II unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt hat.

(3) In dem in Absatz 2 Unterabsatz 2 zweiter Gedankenstrich und Unterabsatz 3 vorgesehenen Fall kann der Zuschlagsempfänger bei der Interventionsstelle beantragen, ihm aus Interventionsbeständen ohne zusätzliche Kosten eine andere Partie Sorghum der vorgesehenen Qualität zu liefern. In diesem Fall wird die Sicherheit nicht freigegeben. Die betreffende Partie ist innerhalb von höchstens drei Tagen nach dem Antrag des Zuschlagsempfängers zu ersetzen. Der Zuschlagsempfänger setzt die Kommission anhand des Formulars in Anhang II unverzüglich davon in Kenntnis.

Hat der Zuschlagsempfänger nach wiederholten Ersatzlieferungen nicht innerhalb eines Monats nach Einreichung seines diesbezüglichen Antrags eine Ersatzpartie der vorgesehenen Qualität erhalten, so wird er von allen seinen Pflichten einschließlich Sicherheitsleistungen entbunden, wenn er die Kommission und die Interventionsstelle anhand des Formulars in Anhang II unverzüglich davon in Kenntnis gesetzt hat.

(4) Erfolgt die Auslagerung des Getreides, bevor die Analyseergebnisse vorliegen, so trägt der Zuschlagsempfänger alle Risiken nach der Übernahme der Partie, unbeschadet etwaiger Rechtsbehelfe, die ihm gegenüber dem Lagerhalter zustehen.

(5) Die Kosten der Probenahmen und Analysen nach Absatz 1 gehen für jeweils höchstens 500 Tonnen und mit Ausnahme der Kosten, die beim Umlauf im Silo entstehen, zu Lasten des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), es sei denn, es handelt sich nach Absatz 2 Unterabsatz 3 nach den endgültigen Analyseergebnissen um eine nicht interventionsfähige Qualität. Der Zuschlagsempfänger trägt die Kosten des Umlaufs im Silo und der von ihm gegebenenfalls beantragten zusätzlichen Analysen.

Artikel 7

Abweichend von Artikel 12 der Verordnung (EWG) Nr. 3002/92 tragen die Dokumente über den Verkauf von Sorghum im Rahmen dieser Verordnung, insbesondere die Ausfuhrlizenz, der Abholschein nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung, die Ausfuhrerklärung und gegebenenfalls das Kontrollexemplar T5 einen der nachstehenden Vermerke:

- Sorgho de intervención sin aplicación de restitución ni gravamen, Reglamento (CE) nº 1066/2003
- Sorghum fra intervention uden restitutionsydelse eller -afgift, forordning (EF) nr. 1066/2003
- Interventionssorghum ohne Anwendung von Ausfuhrerstattungen oder Ausfuhrabgaben, Verordnung (EG) Nr. 1066/2003
- Σόργος παρέμβασης χωρίς εφαρμογή επιστροφής ή φόρου, κανονισμός (ΕΚ) αριθ. 1066/2003
- Intervention sorghum without application of refund or tax, Regulation (EC) No 1066/2003
- Sorgho d'intervention ne donnant pas lieu à restitution ni taxe, règlement (CE) nº 1066/2003
- Sorgho d'intervento senza applicazione di restituzione né di tassa, regolamento (CE) n. 1066/2003

⁽¹⁾ ABl. L 100 vom 20.4.2000, S. 31.

- Sorghum uit interventie, zonder toepassing van restitutie of belasting, Verordening (EG) nr. 1066/2003
- Sorgo de intervenção sem aplicação de uma restituição ou imposição, Regulamento (CE) n.º 1066/2003
- Interventiodurraa, johon ei sovelleta vientitukea eikä vientimaksua, asetus (EY) N:o 1066/2003
- Interventionssorghum, utan tillämpning av bidrag eller avgift, förordning (EG) nr 1066/2003.

Artikel 8

(1) Die gemäß Artikel 13 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 zu leistende Sicherheit wird freigegeben, sobald dem Zuschlagsempfänger die Ausfuhrlizenz erteilt worden ist.

(2) Abweichend von Artikel 17 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 wird die Verpflichtung zur Ausfuhr durch eine Sicherheit gewährleistet, die der Differenz zwischen dem am Tag des Zuschlags geltenden Interventionspreis und dem Zuschlagspreis entspricht, mindestens jedoch 10 EUR je Tonne beträgt. Die Sicherheit ist jeweils zur Hälfte bei der Erteilung der Ausfuhrlizenz und vor der Übernahme des Getreides zu leisten.

(3) Abweichend von Artikel 15 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3002/92 wird der Teil der Sicherheit, der bei der Erteilung der Ausfuhrlizenz hinterlegt wurde, innerhalb von zwanzig Arbeitstagen nach dem Tag freigegeben, an dem der Zuschlagsempfänger nachweist, dass das übernommene Getreide das Zollgebiet der Gemeinschaft verlassen hat.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

(4) Abweichend von Artikel 17 Absatz 3 zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 wird der Restbetrag der Sicherheit innerhalb von fünfzehn Arbeitstagen nach dem Tag freigegeben, an dem der Zuschlagsempfänger den Nachweis gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 800/1999 der Kommission ⁽¹⁾ erbracht hat.

(5) Abgesehen von begründeten Ausnahmefällen, insbesondere der Einleitung verwaltungsrechtlicher Ermittlungen, leistet der Mitgliedstaat bei Überschreitung der in Absatz 1, 3 und 4 vorgesehenen Fristen für die Freigabe der Sicherheiten eine Entschädigung von 0,015 EUR je 10 Tonnen für jeden Verzugstag.

Diese Entschädigung wird vom EAGFL nicht erstattet.

Artikel 9

Die französische Interventionsstelle teilt der Kommission spätestens zwei Stunden nach Ablauf der Angebotsfrist die eingegangenen Angebote mit. Die Angebote sind anhand des Formulars in Anhang III zu übermitteln.

Artikel 10

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 102 vom 17.4.1999, S. 11.

ANHANG I

(Tonnen)	
Lagerort	Menge
Lyon	6 575

ANHANG II

Ablehnung und etwaige Ersetzung von Partien im Rahmen der Dauerausschreibung zur Ausfuhr von Sorghum aus Beständen der französischen Interventionsstelle

(Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1066/2003)

- Name des Zuschlagsempfängers:
- Datum des Zuschlags:
- Datum der Ablehnung der Partie durch den Zuschlagsempfänger:

Partie-nummer	Menge (Tonnen)	Anschrift des Silos	Begründung der Ablehnung
			<ul style="list-style-type: none"> — Tanningehalt — % Auswuchs — % Schwarzbesatz — % nicht einwandfreies Grundgetreide — Sonstiges

ANHANG III

Formular (*)

Dauerausschreibung zur Ausfuhr von Sorghum aus Beständen der französischen Interventionsstelle

(Verordnung (EWG) Nr. 1066/2003)

1	2	3	4	5	6	7
Lfd. Nummer der Bieter	Nummer der Partie	Menge (Tonnen)	Angebotspreis (EUR/t) ⁽¹⁾	Zuschläge (+) Abschläge (-) (EUR/t) (zur Erinnerung)	Handelskosten (EUR/t)	Bestimmung
1						
2						
3						
usw.						

⁽¹⁾ Dieser Preis enthält die Zu- oder Abschläge betreffend die Partie, auf die sich das Angebot bezieht.

(*) Zu übermitteln an GD AGRI — Referat C-1:

— Telefax:	(+) 32-2 296 49 56
	(+) 32-2 295 25 15

VERORDNUNG (EG) Nr. 1067/2003 DER KOMMISSION
vom 20. Juni 2003

zur Festsetzung der Höchsterstattung bei der Ausfuhr von geschliffenem Langkornreis B nach bestimmten Drittländern im Zusammenhang mit der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1898/2002

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 411/2002 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Durch die Verordnung (EG) Nr. 1898/2002 der Kommission ⁽³⁾ wurde eine Ausschreibung zur Bestimmung der Erstattung bei der Ausfuhr von Reis eröffnet.
- (2) Nach Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 584/75 der Kommission ⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1948/2002 ⁽⁵⁾, kann die Kommission auf der Grundlage der eingereichten Angebote nach dem Verfahren des Artikels 22 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 die Festsetzung einer Höchstausfuhrerstattung beschließen. Bei Festsetzung dieses Höchstbetrags finden die in Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95

genannten Kriterien Anwendung. Der Zuschlag wird jedem Bieter erteilt, dessen Angebot der Höchstausfuhrerstattung entspricht oder darunter liegt.

- (3) Bei der gegenwärtigen Marktlage für den betreffenden Reis ergibt die Anwendung der genannten Kriterien den in Artikel 1 festgelegten Betrag.
- (4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Höchsterstattung bei der Ausfuhr von geschliffenem Langkornreis B nach bestimmten Drittländern wird im Rahmen der in der Verordnung (EG) Nr. 1898/2002 genannten Ausschreibung anhand der vom 16. bis zum 19. Juni 2003 eingereichten Angebote auf 295,00 EUR/t festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Juni 2003 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 329 vom 30.12.1995, S. 18.

⁽²⁾ ABl. L 62 vom 5.3.2002, S. 27.

⁽³⁾ ABl. L 287 vom 25.10.2002, S. 11.

⁽⁴⁾ ABl. L 61 vom 7.3.1975, S. 25.

⁽⁵⁾ ABl. L 299 vom 1.11.2002, S. 18.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1068/2003 DER KOMMISSION**vom 20. Juni 2003****zur Festsetzung der Höchsterstattung bei der Ausfuhr von geschliffenem rundkörnigem Reis nach bestimmten Drittländern im Zusammenhang mit der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1896/2002**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 411/2002 der Kommission ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Durch die Verordnung (EG) Nr. 1896/2002 der Kommission ⁽³⁾ wurde eine Ausschreibung zur Bestimmung der Erstattung bei der Ausfuhr von Reis eröffnet.
- (2) Nach Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 584/75 der Kommission ⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1948/2002 ⁽⁵⁾, kann die Kommission auf der Grundlage der eingereichten Angebote nach dem Verfahren des Artikels 22 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 die Festsetzung einer Höchstaufuhrerstattung beschließen. Bei Festsetzung dieses Höchstbetrags finden die in Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95

genannten Kriterien Anwendung. Der Zuschlag wird jedem Bieter erteilt, dessen Angebot der Höchstaufuhrerstattung entspricht oder darunter liegt.

- (3) Bei der gegenwärtigen Marktlage für den betreffenden Reis ergibt die Anwendung der genannten Kriterien den in Artikel 1 festgelegten Betrag.
- (4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Höchsterstattung bei der Ausfuhr von geschliffenem rundkörnigem Reis nach bestimmten Drittländern wird im Rahmen der in der Verordnung (EG) Nr. 1896/2002 genannten Ausschreibung anhand der vom 16. bis 19. Juni 2003 eingereichten Angebote auf 138,00 EUR/t festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Juni 2003 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. L 329 vom 30.12.1995, S. 18.⁽²⁾ ABl. L 62 vom 5.3.2002, S. 27.⁽³⁾ ABl. L 287 vom 25.10.2002, S. 5.⁽⁴⁾ ABl. L 61 vom 7.3.1975, S. 25.⁽⁵⁾ ABl. L 299 vom 1.11.2002, S. 18.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1069/2003 DER KOMMISSION
vom 20. Juni 2003

zur Festsetzung der Höchsterstattung bei der Ausfuhr von geschliffenem mittelkörnigem Reis und geschliffenem Langkornreis A im Zusammenhang mit der Ausschreibung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1897/2002 nach bestimmten Drittländern

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 411/2002 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Durch die Verordnung (EG) Nr. 1897/2002 der Kommission⁽³⁾ wurde eine Ausschreibung zur Bestimmung der Erstattung bei der Ausfuhr von Reis eröffnet.
- (2) Nach Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr. 584/75 der Kommission⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1948/2002⁽⁵⁾, kann die Kommission auf der Grundlage der eingereichten Angebote nach dem Verfahren des Artikels 22 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 die Festsetzung einer Höchstausfuhrerstattung beschließen. Bei Festsetzung dieses Höchstbetrags finden die in Artikel 13 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 genannten Kriterien Anwendung. Der Zuschlag wird jedem Bieter erteilt, dessen Angebot der Höchstausfuhrerstattung entspricht oder darunter liegt.

(3) Bei der gegenwärtigen Marktlage für den betreffenden Reis ergibt die Anwendung der genannten Kriterien den in Artikel 1 festgelegten Betrag.

(4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Höchsterstattung bei der Ausfuhr von geschliffenem mittelkörnigem Reis und geschliffenem Langkornreis A nach bestimmten Drittländern wird im Rahmen der in der Verordnung (EG) Nr. 1897/2002 genannten Ausschreibung anhand der vom 16. bis zum 19. Juni 2003 eingereichten Angebote auf 131,00 EUR/t festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Juni 2003 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 329 vom 30.12.1995, S. 18.

⁽²⁾ ABl. L 62 vom 5.3.2002, S. 27.

⁽³⁾ ABl. L 287 vom 25.10.2002, S. 8.

⁽⁴⁾ ABl. L 61 vom 7.3.1975, S. 25.

⁽⁵⁾ ABl. L 299 vom 1.11.2002, S. 18.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1070/2003 DER KOMMISSION

vom 20. Juni 2003

zur dritten Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1081/2000 des Rates über das Verbot des Verkaufs, der Lieferung und der Ausfuhr nach Birma/Myanmar von Ausrüstungen, die zur internen Repression oder für terroristische Zwecke benutzt werden können, und über das Einfrieren der Gelder bestimmter, mit wichtigen Regierungsfunktionen verbundener Personen in diesem Land

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1081/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 über das Verbot des Verkaufs, der Lieferung und der Ausfuhr nach Birma/Myanmar von Ausrüstungen, die zur internen Repression oder für terroristische Zwecke benutzt werden können, und über das Einfrieren der Gelder bestimmter, mit wichtigen Regierungsfunktionen verbundener Personen in diesem Land⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 744/2003 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 erster Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1081/2000 enthält eine Liste der Personen, deren Gelder gemäß der Verordnung eingefroren werden.
- (2) Nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1081/2000 ist die Kommission ermächtigt, Anhang II unter Berücksichtigung von Beschlüssen zur Aktualisierung des Anhangs zum Gemeinsamen Standpunkt 2000/346/GASP⁽³⁾ zu ändern. Nach Artikel 11 des Gemeinsamen Standpunkts 2003/297/GASP⁽⁴⁾ gelten Bezugnahmen auf den Gemeinsamen Standpunkt 2000/346/GASP als Bezugnahmen auf den Gemeinsamen Standpunkt 2003/297/GASP.

- (3) Mit dem Beschluss 2003/461/GASP⁽⁵⁾ wird der Anhang des Gemeinsamen Standpunkts 2003/297/GASP geändert, der die Liste der Personen enthält, gegen die im Gemeinsamen Standpunkt dargelegten restriktiven Maßnahmen verhängt wurden. Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1081/2000 ist daher entsprechend zu ändern.
- (4) Um die Wirksamkeit der in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen zu gewährleisten, muss die Verordnung unmittelbar in Kraft treten —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1081/2000 wird durch den Wortlaut im Anhang zu dieser Verordnung ersetzt.

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission
Christopher PATTEN
Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. L 122 vom 24.5.2000, S. 29.⁽²⁾ ABl. L 106 vom 29.4.2003, S. 20.⁽³⁾ ABl. L 122 vom 24.5.2000, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. L 106 vom 29.4.2003, S. 36.⁽⁵⁾ Siehe Seite 116 dieses Amtsblatts.

ANHANG

Verzeichnis der Personen nach Artikel 1**A. Staatsrat für Frieden und Entwicklung (SPDC)**

- | | |
|--|--|
| 1. Oberbefehlshaber der Streitkräfte General Than Shwe | Präsident (2.2.1933, Kyaukse) |
| 2. Daw Kyaing Kyaing | Ehefrau von General Than Shwe |
| 3. Daw Thandar Shwe | Familienmitglied von General Than Shwe |
| 4. Daw Khin Pyone Shwe | Familienmitglied von General Than Shwe |
| 5. Daw Aye Aye Thit Shwe | Familienmitglied von General Than Shwe |
| 6. Ma Thidar Htun | Familienmitglied von General Than Shwe |
| 7. Stellvertretender Oberbefehlshaber der Streitkräfte General Maung Aye | Vizepräsident (25.12.1937, Kon Balu) |
| 8. Daw Mya Mya San | Ehefrau von General Maung Aye |
| 9. Nandar Aye | Familienmitglied von General Maung Aye |
| 10. General Khin Nyunt | Erster Sekretär (11.10.1939, Kyauktan) |
| 11. Dr. Khin Win Shwe | Ehefrau von General Khin Nyunt |
| 12. U Ye Naing Win | Familienmitglied von General Khin Nyunt |
| 13. Oberstleutnant Zaw Naing Oo | Familienmitglied von General Khin Nyunt |
| 14. Generalleutnant Soe Win | Zweiter Sekretär |
| 15. Daw Than Than Nwe | Ehefrau von Generalleutnant Soe Win |
| 16. Generalleutnant Thura Shwe Mann | Stabschef und Koordinator für Sondereinsätze |
| 17. Daw Khin Lay Thet | Ehefrau von Generalleutnant Thura Shwe Mann |
| 18. Generalleutnant Thein Sein | Generaladjutant |
| 19. Daw Khin Khin Win | Ehefrau von Generalleutnant Thein Sein |
| 20. Generalleutnant Thiha Thura Tin Aung Myint Oo | Generalquartiermeister |
| 21. Daw Khin Saw Hnin | Ehefrau von Generalleutnant Thiha Thura Tin Aung Myint Oo |
| 22. Generalleutnant Kyaw Win | Chef der Ausbildung der Streitkräfte |
| 23. Daw San San Yee | Ehefrau von Generalleutnant Kyaw Win |
| 24. Generalleutnant Tin Aye | Chef des militärischen Beschaffungswesens und Leiter der UMEH |
| 25. Daw Kyi Kyi Ohn | Ehefrau von Generalleutnant Tin Aye |
| 26. Generalleutnant Ye Myint | Chef des Büros für Sondereinsätze 1 (Kachin, Chin, Sagaing, Magwe, Mandalay) |
| 27. Dr. Tin Lay Myint | Ehefrau von Generalleutnant Ye Myint |
| 28. Generalleutnant Aung Htwe | Chef des Büros für Sondereinsätze 2 (Kayah, Shan) |
| 29. Daw Khin Hnin Wai | Ehefrau von Generalleutnant Aung Htwe |
| 30. Generalleutnant Khin Maung Than | Chef des Büros für Sondereinsätze 3 (Pegu, Rangoon, Irrawaddy, Arakan) |
| 31. Daw Marlar Tint | Ehefrau von Generalleutnant Khin Maung Than |
| 32. Generalleutnant Maung Bo | Chef des Büros für Sondereinsätze 4 (Karen, Mon, Tenasserim) |
| 33. Daw Khin Lay Myint | Ehefrau von Generalleutnant Maung Bo |

B. Ehemalige Mitglieder des SLORC und des SPDC

1. Generalleutnant Phone Myint (5.1.1931)
2. Generalleutnant Aung Ye Kyaw (12.12.1930)
3. Generalleutnant Chit Swe (18.1.1932)
4. Generalleutnant Mya Thin (31.12.1931)

5. Generalleutnant Kyaw Ba (7.6.1932)
6. Generalleutnant Tun Kyi (1.5.1938)
7. Generalleutnant Myo Nyunt (30.9.1930)
8. Generalleutnant Maung Thint (25.8.1932)
9. Generalleutnant Aye Thoung (13.3.1930)
10. Generalleutnant Kyaw Min (22.6.1932, Hanzada)
11. Generalleutnant Maung Hla
12. Generalmajor Soe Myint
13. Kapitän zur See Nyunt Thein
14. Generalmajor Kyaw Than (14.6.1941, Bago)

C. Regionale Befehlshaber

- | | |
|-----------------------------------|--|
| 1. Generalmajor Myint Swe | Rangoon |
| 2. Daw Khin Thet Htay | Ehefrau von Generalmajor Myint Swe |
| 3. Generalmajor Ye Myint | Befehlshaber Mitte — Provinz Mandalay |
| 4. Daw Myat Ngwe | Ehefrau von Generalmajor Ye Myint |
| 5. Generalmajor Soe Naing | Befehlshaber Nordwest — Provinz Sagaing |
| 6. Daw Tin Tin Latt | Ehefrau von Generalmajor Soe Naing |
| 7. Generalmajor Maung Maung Swe | Befehlshaber Nord — Staat Kachin |
| 8. Daw Tin Tin Nwe | Ehefrau von Generalmajor Maung Maung Swe |
| 9. Generalmajor Myint Hlaing | Befehlshaber Nordost — Staat Shan (Norden) |
| 10. Daw Khin Thant Sin | Ehefrau von Generalmajor Myint Hlaing |
| 11. Generalmajor Khin Zaw | Befehlshaber Triangle — Staat Shan (Osten) |
| 12. Daw Khin Pyone Win | Ehefrau von Generalmajor Khin Zaw |
| 13. Generalmajor Khin Maung Myint | Befehlshaber Ost — Staat Shan (Süden) |
| 14. Daw Win Win Nu | Ehefrau von Generalmajor Khin Maung Myint |
| 15. Generalmajor Thura Myint Aung | Befehlshaber Südost — Staat Mon |
| 16. Daw Than Than Nwe | Ehefrau von Generalmajor Thura Myint Aung |
| 17. Generalmajor Thar Aye | Befehlshaber Küste — Provinz Tenasserim |
| 18. Daw Wai Wai Khaing | Ehefrau von Generalmajor Thar Aye |
| 19. Brigadegeneral Ko Ko | Befehlshaber Süd — Provinz Pegu |
| 20. Daw Sat Nwan Khun Sum | Ehefrau von Brigadegeneral Ko Ko |
| 21. Generalmajor Htay Oo | Befehlshaber Südwest — Provinz Irrawaddy |
| 22. Daw Ni Ni Win | Ehefrau von Generalmajor Htay Oo |
| 23. Generalmajor Maung Oo | Befehlshaber West — Staat Arakan |
| 24. Dr. Daw Nyunt Nyunt Oo | Ehefrau von Generalmajor Maung Oo |

D. Stellvertretende regionale Befehlshaber

- | | |
|----------------------------------|----------|
| 1. Brigadegeneral Hsan Hsint | Rangoon |
| 2. Brigadegeneral Nay Win | Mitte |
| 3. Brigadegeneral Soe Myint | Nordwest |
| 4. Brigadegeneral San Tun | Nord |
| 5. Brigadegeneral Hla Myint | Nordost |
| 6. Oberst Myint Aung | Ost |
| 7. Brigadegeneral Myo Hla | Südost |
| 8. Brigadegeneral Tin Latt | Küste |
| 9. Brigadegeneral Thura Maung Ni | Süd |

- | | |
|------------------------------|---------|
| 10. Brigadegeneral Tint Swe | Südwest |
| 11. Brigadegeneral Phone Swe | West |

E. Weitere Befehlshaber, zuständig für Staaten/Provinzen

- | | |
|------------------------|---------------|
| 1. Oberst Thein Kyaing | Provinz Magwe |
| 2. Oberst Aung Thwin | Staat Chin |
| 3. Oberst Saw Khin Soe | Staat Karen |
| 4. Oberst Thein Swe | Staat Kayah |

F. Minister

- | | |
|------------------------------|--|
| 1. U Than Shwe | Minister im Amt des Ministerpräsidenten |
| 2. U Pan Aung | Minister im Amt des Ministerpräsidenten |
| 3. Daw Nyunt Nyunt Lwin | Ehefrau von U Pan Aung |
| 4. Generalleutnant Min Thein | Minister im Amt des SPDC-Präsidenten |
| 5. Daw Khin Than Myint | Ehefrau von Generalleutnant Min Thein |
| 6. Brigadegeneral D O Abel | Minister im Amt des SPDC-Präsidenten |
| 7. Daw Khin Thein Mu | Ehefrau von Brigadegeneral D O Abel |
| 8. Generalmajor Nyunt Tin | Minister für Landwirtschaft und Bewässerung |
| 9. Daw Khin Myo Oo | Ehefrau von Generalmajor Nyunt Tin |
| 10. Brigadegeneral Pyi Sone | Minister für Handel |
| 11. Daw Aye Pyai Wai Khin | Ehefrau von Brigadegeneral Pyi Sone |
| 12. Kalyar Pyay Wai Shan | Familienmitglied von Brigadegeneral Pyi Sone |
| 13. Pan Thara Pyay Shan | Familienmitglied von Brigadegeneral Pyi Sone |
| 14. Generalmajor Saw Tun | Minister für Bauwesen |
| 15. Daw Myint Myint Ko | Ehefrau von Generalmajor Saw Tun |
| 16. Generalleutnant Tin Ngwe | Minister für Kooperativen |
| 17. Daw Khin Hla | Ehefrau von Generalleutnant Tin Ngwe |
| 18. Generalmajor Kyi Aung | Minister für Kultur |
| 19. Daw Khin Khin Lay | Ehefrau von Generalmajor Kyi Aung |
| 20. U Than Aung | Minister für Bildung |
| 21. Daw Win Shwe | Ehefrau von U Than Aung |
| 22. Generalmajor Tin Htut | Minister für Elektrizität |
| 23. Daw Tin Tin Nyunt | Ehefrau von Generalmajor Tin Htut |
| 24. Brigadegeneral Lun Thi | Minister für Energie |
| 25. Daw Khin Mar Aye | Ehefrau von Brigadegeneral Lun Thi |
| 26. Daw Mya Sein Aye | Familienmitglied von Brigadegeneral Lun Thi |
| 27. Generalmajor Hla Tun | Minister für Finanzen und Staatseinnahmen |
| 28. U Win Aung | Minister für Auswärtige Angelegenheiten (28.2.1944, Dawei) |
| 29. Daw San Yon | Ehefrau von U Win Aung |
| 30. U Thaug Su Nyein | Familienmitglied von U Win Aung |
| 31. U Aung Phone | Minister für Forstwirtschaft |
| 32. Daw Khin Sitt Aye | Ehefrau von U Aung Phone |
| 33. U Sitt Thwe Aung | Familienmitglied von U Aung Phone |
| 34. U Sitt Thaing Aung | Familienmitglied von U Aung Phone |
| 35. Prof. Dr. Kyaw Myint | Minister für Gesundheit |
| 36. Daw Nilar Thaw | Ehefrau von Prof. Dr. Kyaw Myint |
| 37. Oberst Tin Hlaing | Minister des Inneren |

38. Daw Khin Hla Hla	Ehefrau von Oberst Tin Hlaing
39. Generalmajor Sein Htwa	Minister für Einwanderung und Bevölkerung sowie Minister für Soziales, Fürsorge und Wiederansiedlung
40. Daw Khin Aye	Ehefrau von Generalmajor Sein Htwa
41. U Aung Thaug	Minister für Industrie I
42. Daw Khin Khin Yi	Ehefrau von U Aung Thaug
43. Generalmajor Saw Lwin	Minister für Industrie II (1939)
44. Daw Moe Moe Myint	Ehefrau von Generalmajor Saw Lwin
45. Brigadegeneral Kyaw Hsan	Minister für Information
46. Daw Kyi Kyi Win	Ehefrau von Brigadegeneral Kyaw Hsan
47. U Tin Winn	Minister für Beschäftigung
48. Daw Khin Nu	Ehefrau von U Tin Winn
49. Daw May Khin Tin Win Nu	Familienmitglied von U Tin Winn
50. Brigadegeneral Maung Maung Thein	Minister für Viehzucht und Fischerei
51. Daw Myint Myint Aye	Ehefrau von Brigadegeneral Maung Maung Thein
52. Brigadegeneral Ohn Myint	Minister für den Bergbau
53. Daw San San	Ehefrau von Brigadegeneral Ohn Myint
54. Maung Thet Naing Oo	Familienmitglied von Brigadegeneral Ohn Myint
55. Maung Min Thet Oo	Familienmitglied von Brigadegeneral Ohn Myint
56. U Soe Tha	Minister für staatliche Planung und Wirtschaftsentwicklung
57. Daw Kyu Kyu Win	Ehefrau von U Soe Tha
58. Oberst Thein Nyunt	Minister für Fortschritte in den Grenzgebieten, nationale Bevölkerungsgruppen und Entwicklungsangelegenheiten
59. Daw Kyin Khine	Ehefrau von Oberst Thein Nyunt
60. Generalmajor Aung Min	Minister für Eisenbahnverkehr
61. Daw Wai Wai Thar	Ehefrau von Generalmajor Aung Min
62. U Aung Khin	Minister für religiöse Angelegenheiten
63. Daw Yin Yin Nyunt	Ehefrau von U Aung Khin
64. U Thaug	Minister für Wissenschaft und Technik
65. Daw May Kyi Sein	Ehefrau von U Thaug
66. Brigadegeneral Thura Aye Myint	Minister für Sport
67. Daw Aye Aye	Ehefrau von Brigadegeneral Thura Aye Myint
68. Brigadegeneral Thein Zaw	Minister für Telekommunikations-, Post- und Telegrafendienste
69. Daw Mu Mu Win	Ehefrau von Brigadegeneral Thein Zaw
70. Generalmajor Hla Myint Swe	Minister für Verkehr
71. Daw San San Myint	Ehefrau von Generalmajor Hla Myint Swe
72. Brigadegeneral Thein Zaw	Minister für Fremdenverkehr
G. <i>Stellvertretende Minister</i>	
1. U Hset Maung	Stellvertretender Minister im Amt des Ministerpräsidenten des SPDC
2. Brigadegeneral Khin Maung	Stellvertretender Minister für Landwirtschaft und Bewässerung
3. U Ohn Myint	Stellvertretender Minister für Landwirtschaft und Bewässerung
4. Brigadegeneral Myint Thein	Stellvertretender Minister für Bauwesen
5. U Soe Nyunt	Stellvertretender Minister für Kultur
6. U Myo Nyunt	Stellvertretender Minister für Bildung
7. Brigadegeneral Soe Win Maung	Stellvertretender Minister für Bildung
8. U Myo Myint	Stellvertretender Minister für Elektrizität
9. U Tin Tun	Stellvertretender Minister für Energie

10. Brigadegeneral Thein Aung	Stellvertretender Minister für Energie
11. U Khin Maung Win	Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten
12. Brigadegeneral Than Tun	Stellvertretender Minister für Finanzen und Staatseinnahmen
13. Oberst Thaik Tun	Stellvertretender Minister für Forstwirtschaft
14. Prof. Dr. Mya Oo	Stellvertretender Minister für Gesundheit
15. Brigadegeneral Thura Myint Maung	Stellvertretender Minister für Inneres
16. Brigadegeneral Aye Myint Kyu	Stellvertretender Minister für Hotels und Fremdenverkehr
17. Daw Khin Swe Myint	Ehefrau von Brigadegeneral Aye Myint Kyu
18. U Mung Aung	Stellvertretender Minister für Einwanderung und Bevölkerung
19. Brigadegeneral Thein Tun	Stellvertretender Minister für Industrie I
20. Brigadegeneral Kyaw Win	Stellvertretender Minister für Industrie I
21. Brigadegeneral Aung Thein Lin	Stellvertretender Minister für Industrie II
22. Lt-Col Khin Maung Kyaw	Stellvertretender Minister für Industrie II
23. Brigadegeneral Aung Thein	Stellvertretender Minister für Information
24. Brigadegeneral Win Sein	Stellvertretender Minister für Beschäftigung
25. U Aung Thein	Stellvertretender Minister für Viehzucht und Fischerei
26. U Myint Thein	Stellvertretender Minister für Bergbau
27. U Kyaw Tin	Stellvertretender Minister für Fortschritte in den Grenzgebieten, nationale Bevölkerungsgruppen und Entwicklungsangelegenheiten
28. Brigadegeneral Than Tun	Stellvertretender Minister für Fortschritte in den Grenzgebieten, nationale Bevölkerungsgruppen und Entwicklungsangelegenheiten
29. Thura U Thaug Lwin	Stellvertretender Minister für Eisenbahnverkehr
30. Brigadegeneral Thura Aung Ko	Stellvertretender Minister für religiöse Angelegenheiten
31. U Nyi Hla Nge	Stellvertretender Minister für Wirtschaft und Technik
32. Dr. Chan Nyein	Stellvertretender Minister für Wissenschaft und Technik
33. U Hlaing Win	Stellvertretender Minister für Soziales, Fürsorge und Wiederansiedlung
34. Brigadegeneral Maung Maung	Stellvertretender Minister für Sport
35. Brigadegeneral Kyaw Myint	Stellvertretender Minister für Verkehr
36. U Pe Than	Stellvertretender Minister für Verkehr
H. Ehemalige Regierungsmitglieder	
1. U Khin Maung Thein	Ehemaliger Minister für Finanzen und Staatseinnahmen (seit 1.2.2003 im Ruhestand)
2. Daw Su Su Thein	Ehefrau von U Khin Maung Thein
3. Generalmajor Ket Sein	Ehemaliger Minister für Gesundheit (seit 1.2.2003 im Ruhestand)
4. Daw Yin Yin Myint	Ehefrau von Generalmajor Ket Sein
5. U Nyunt Swe	Ehemaliger stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten
I. Weitere Amtsträger im Fremdenverkehrsbereich	
1. Oberstleutnant (im Ruhestand) Khin Maung Latt	Generaldirektor
2. Hauptmann (im Ruhestand) Htay Aung	Geschäftsführender Direktor
3. U Tin Maung Swe	Geschäftsführer
4. U Khin Maung Soe	Geschäftsführer
5. U Tint Swe	Geschäftsführer
J. Höhere Offiziere im Verteidigungsministerium	
1. Vize-Admiral Kyi Min	Oberbefehlshaber der Flotte
2. Flottillenadmiral Soe Thein	Stabschef (Flotte)
3. Brigadegeneral Myat Hein	Oberbefehlshaber der Luftwaffe

4. Brigadegeneral Maung Nyo	Stellvertretender Generaladjutant
5. Brigadegeneral Soe Maung	Chef der Militärjustiz
6. Generalmajor Lun Maung	Generalinspizient
7. Brigadegeneral Saw Hla	Chef der Militärpolizei
8. Oberst Sein Lin	Direktor für Ausrüstung
9. Brigadegeneral Kyi Win	Direktor für Artillerie und Panzertruppen
10. Oberst Than Sein	Leiter des Militärhospitals
11. Brigadegeneral Win Hlaing	Direktor für Beschaffung
12. Brigadegeneral Khin Aung Myint	Direktor für Öffentlichkeitsarbeit und psychologische Kriegsführung
13. Brigadegeneral Than Maung	Direktor der Volksmilizen und Grenzdienste
14. Brigadegeneral Aung Myint	Direktor für Fernmeldewesen
15. Brigadegeneral Than Htay	Direktor für Nachschub und Transport
16. Brigadegeneral Khin Maung Tint	Direktor für Sicherheitsdruck
17. Brigadegeneral Hsan Hsint	General im Amt für Personalfragen
18. Vize-Admiral Kyi Min	Oberbefehlshaber der Flotte
19. Daw Aye Aye	Ehefrau von Vize-Admiral Kyi Min
20. Brigadegeneral Myat Hein	Oberbefehlshaber der Luftwaffe
21. Daw Htwe Htwe Nyunt	Ehefrau von Brigadegeneral Myat Hein

K. Mitglieder des Amtes des Chefs der militärischen Aufklärung (OCMI)

1. Brigadegeneral Myint Aung Zaw	Verwaltung
2. Brigadegeneral Hla Aung	Ausbildung
3. Brigadegeneral Thein Swe	Internationale Beziehungen und Außenbeziehungen
4. Brigadegeneral Kyaw Han	Wissenschaft und Technik
5. Brigadegeneral Than Tun	Politik und militärische Abschirmung
6. Oberst Hla Min	Stellvertreter
7. Oberst Tin Hla	Stellvertreter
8. Brigadegeneral Myint Zaw	Grenzsicherheit und Aufklärung
9. Brigadegeneral Kyaw Thein	Ethnische Gruppen/Waffenstillstand. Drogenbekämpfung. See- und luftgestützte Aufklärung
10. Oberst San Pwint	Stellvertreter

L. Offiziere der Streitkräfte in Führungsposition bei Strafvollzug und Polizei

Oberst Ba Myint	Generaldirektor der Abteilung Strafvollzug im Ministerium des Inneren
-----------------	---

M. United Solidarity and Development Association (USDA)

1. U Ko Lay	Bürgermeister von Yangon und Vorsitzender des Yangon City Development Committee (YCDC) (Sekretär)
2. Daw Khin Khin	Ehefrau von U Ko Lay
3. San Win	Familienmitglied von U Ko Lay
4. Than Han	Familienmitglied von U Ko Lay
5. Khin Thida	Familienmitglied von U Ko Lay
6. U Thein Sein	Stellvertretender Minister für Information (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees)
7. Daw Khin Khin Wai	Ehefrau von U Thein Sein
8. Oberst Thaik Tun	Stellvertretender Minister für Forstwirtschaft (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees)
9. Daw Nwe Nwe Kyi	Ehefrau von Oberst Thaik Tun
10. Myo Win Thaik	Familienmitglied von Oberst Thaik Tun
11. Khin Sandar Tun	Familienmitglied von Oberst Thaik Tun

- | | |
|--------------------------------------|---|
| 12. Khin Nge Nge Tun | Familienmitglied von Oberst Thaik Tun |
| 13. Khin Ei Shwe Zin Tun | Familienmitglied von Oberst Thaik Tun |
| 14. Thura Aung Ko | Stellvertretender Minister für religiöse Angelegenheiten (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |
| 15. Brigadegeneral Thein Aung | Stellvertretender Minister für Energie (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |
| 16. Brigadegeneral Thura Myint Maung | Stellvertretender Minister des Inneren (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |
| 17. Zin Myint Maung | Familienmitglied von Brigadegeneral Thura Myint Maung |
| 18. Col Maung Par | Stellvertretender Bürgermeister und Stellvertretender Vorsitzender des YCDC (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |
| 19. Daw Khin Nyunt Myaing | Ehefrau von Col Maung Par |
| 20. Dr. Naing Win Par | Familienmitglied von Col Maung Par |
| 21. Aung Thein Lin | Stellvertretender Minister für Industrie II (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |

N. *Personen, die Nutzen aus der Wirtschaftspolitik der Regierung ziehen*

- | | |
|-----------------------------------|------------------------------|
| 1. U Khin Shwe | Zaykabar Co. |
| 2. U Aung Ko Win (Saya Kyaung) | Kanbawza Bank |
| 3. U Aik Tun | Asia Wealth Bank Olympic Co. |
| 4. U Tun Myint Naing (Steven Law) | Asia World Co. |
| 5. U Htay Myint | Yuzana Co. |
| 6. Tayza | Htoo Trading |
| 7. Daw Thidar Zaw | Ehefrau von Tayza |

O. *Staatliche Wirtschaftsunternehmen*

- | | |
|------------------------------------|---|
| 1. Oberst Myint Aung | Geschäftsführender Direktor Myawaddy Trading Company |
| 2. Oberst Myo Myint | Geschäftsführender Direktor Bandoola Transportation Co Ltd. |
| 3. Oberst (im Ruhestand) Thant Zin | Geschäftsführender Direktor Myanmar Land and Development |
| 4. Major Hla Kyaw | Direktor Myawaddy Advertising Enterprises |
| 5. Oberst Aung Sun | Geschäftsführender Direktor Hsinmin Cement Plant Construction Project |
| 6. Col Ye Htut | Myanmar Economic Corporation |

**VERORDNUNG (EG) Nr. 1071/2003 DER KOMMISSION
vom 20. Juni 2003**

zu den Anträgen auf Erteilung von Lizenzen für die Ausfuhr von Reis und Bruchreis mit Voraussetzungen der Erstattung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 411/2002 der Kommission ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1162/95 der Kommission vom 23. Mai 1995 mit besonderen Durchführungsbestimmungen über Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Getreide und Reis ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2305/2002 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 4 Unterabsatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Artikel 7 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1162/95 bestimmt für den Fall, dass bei der Festsetzung der Erstattung für die Ausfuhr auf diesen Absatz ausdrücklich Bezug genommen wird, eine Frist von drei Arbeitstagen nach der Beantragung der Ausfuhrlicenzen mit Vorausfestsetzung der Erstattung. Dieser Artikel sieht außerdem vor, dass die Kommission einen einheitlichen Verringerungsprozentsatz anwendet, falls die Ausfuhrlicenzanträge die Mengen überschreiten, die ausgeführt werden dürfen. Die Erstattungen, die im Rahmen dieser Regelung für eine Menge von 500 Tonnen für die Gesamtheit der im Anhang der genannten Verordnung festgelegten Bestimmungen R02 und R03 gewährt werden, sind durch die Verordnung (EG) Nr. 901/2003 der Kommission ⁽⁵⁾ festgelegt.

- (2) Da die am 18. Juni 2003 für die Bestimmungen R02 und R03 eingereichten Lizenzanträge die verfügbaren Mengen überschreiten, ist für die am 18. Juni 2003 beantragten Ausfuhrlicenzen der entsprechende Verringerungsprozentsatz festzusetzen.
- (3) Diese Verordnung ist unter Berücksichtigung ihrer Zweckbestimmung ab ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt anwendbar —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die am 18. Juni 2003 für die Gesamtheit der im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 901/2003 festgelegten Bestimmungen R02 und R03 für die Ausfuhr von Reis und Bruchreis mit Vorausfestsetzung der Erstattung beantragten Lizenzen werden im Rahmen der genannten Verordnung für die mit dem Verringerungssatz von 100 % multiplizierten Antragsmengen erteilt.

Artikel 2

Auf die Gesamtheit der für die im Anhang der Verordnung (EG) Nr. 901/2003 festgelegten Bestimmungen R02 und R03 ab 19. Juni 2003 für die Ausfuhr von Reis und Bruchreis gestellten Lizenzanträge werden im Rahmen der genannten Verordnung keine Ausfuhrlicenzen erteilt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 21. Juni 2003 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission
J. M. SILVA RODRÍGUEZ
Generaldirektor für Landwirtschaft

⁽¹⁾ ABl. L 329 vom 30.12.1995, S. 18.

⁽²⁾ ABl. L 62 vom 5.3.2002, S. 27.

⁽³⁾ ABl. L 117 vom 24.5.1995, S. 2.

⁽⁴⁾ ABl. L 348 vom 21.12.2002, S. 92.

⁽⁵⁾ ABl. L 127 vom 23.5.2003, S. 40.

RICHTLINIE 2003/62/EG DER KOMMISSION

vom 20. Juni 2003

zur Änderung der Richtlinien 86/362/EWG und 90/642/EWG des Rates hinsichtlich der Rückstandshöchstgehalte für Hexaconazol, Clofentezin, Myclobutanil und Prochloraz

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 90/642/EWG des Rates vom 27. November 1990 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in bestimmten Erzeugnissen pflanzlichen Ursprungs einschließlich Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 7,

gestützt auf die Richtlinie 86/362/EWG des Rates vom 24. Juli 1986 über die Festsetzung von Höchstgehalten an Rückständen von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf und in Getreide ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 807/2003 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 10,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Richtlinie 2002/79/EG der Kommission ⁽⁵⁾ wurden Rückstandshöchstgehalte für bestimmte Kombinationen von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Nahrungsmitteln festgesetzt.
- (2) Nach der Veröffentlichung der Richtlinie 2002/79/EG gingen bei der Kommission durch neue Daten unterstützte Anträge ein, die mit derselben Richtlinie festgelegten Rückstandshöchstgehalte für bestimmte Kombinationen von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Nahrungsmitteln zu überprüfen. Die Anträge und Daten wurden geprüft und reichten bei einigen Kombinationen aus, um die Festsetzung eines Rückstandshöchstgehalts über der unteren analytischen Bestimmungsgrenze zu rechtfertigen.
- (3) Die akute und lebenslange Verbraucherexposition bei Aufnahme von Lebensmitteln, die aufgrund ihrer Verwendung im Pflanzenschutz und gegebenenfalls in der Veterinärmedizin Rückstände dieser Schädlingsbekämpfungsmittel enthalten können, wurde nach den in der Europäischen Gemeinschaft geltenden Methoden und Verfahren unter Berücksichtigung der von der Weltgesundheitsorganisation veröffentlichten Leitlinien ⁽⁶⁾ geprüft und bewertet. Berechnungen ergaben, dass die in dieser Richtlinie festgesetzten Rückstandshöchstgehalte keine Überschreitung der zulässigen täglichen Aufnahme oder der akuten Referenzdosis zur Folge haben.

- (4) Die Handelspartner der Gemeinschaft werden im Rahmen der Welthandelsorganisation zu den in dieser Richtlinie festgelegten Werten konsultiert, und ihre diesbezüglichen Äußerungen werden berücksichtigt.
- (5) Die Stellungnahmen des Wissenschaftlichen Ausschusses für Pflanzen, insbesondere seine Gutachten und Empfehlungen zum Schutz der Verbraucher von Nahrungsmitteln, die mit Schädlingsbekämpfungsmitteln behandelt wurden, und über die Anwendung der oben genannten Methodik durch die Bericht erstattenden Mitgliedstaaten sind berücksichtigt worden ⁽⁷⁾.
- (6) Die in dieser Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Anhang dieser Richtlinie aufgeführten Rückstandshöchstgehalte für Schädlingsbekämpfungsmittel ersetzen diejenigen in Anhang II der Richtlinie 90/642/EWG für die betreffenden Substanzen.

Artikel 2

In Anhang II Teil A der Richtlinie 86/362/EWG werden folgende Einträge wie angegeben ersetzt:

Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln	Höchstgehalt in mg/kg
„Hexaconazol	0,1 Weizen, Gerste 0,02 (*) anderes Getreide
Prochloraz (Summe von Prochloraz und seiner Metaboliten, die den 2,4,6-Trichlorphenol-Anteil enthalten, ausgedrückt als Prochloraz)	1 Reis, Gerste, Hafer 0,5 Triticale, Weizen, Roggen 0,05 (*) anderes Getreide

(*) untere analytische Bestimmungsgrenze“

Artikel 3

Die Mitgliedstaaten erlassen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie spätestens zum 31. Juli 2003 nachzukommen. Sie unterrichten davon unverzüglich die Kommission.

Sie wenden diese Vorschriften ab 1. August 2003 an.

⁽⁷⁾ SCP/RESI/021; SCP/RESI/024.

⁽¹⁾ ABl. L 350 vom 14.12.1990, S. 71.

⁽²⁾ ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 221 vom 7.8.1986, S. 37.

⁽⁴⁾ ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 36.

⁽⁵⁾ ABl. L 291 vom 28.10.2002, S. 1.

⁽⁶⁾ Leitlinien zur Vorhersage der Aufnahme von Schädlingsbekämpfungsmittelrückständen über die Nahrung (überarbeitete Fassung), erstellt vom GEMS/Food Programme in Zusammenarbeit mit dem Codex-Komitee für Rückstände von Pflanzenschutzmitteln, veröffentlicht von der Weltgesundheitsorganisation 1997 (WHO/FSF/FOS/97.7).

Artikel 4

Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

Artikel 5

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Artikel 6

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission

David BYRNE

Mitglied der Kommission

ANHANG

Gruppen und Beispiele von Einzelerzeugnissen, für die die Rückstandshöchstgehalte gelten	Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Höchstgehalt an Rückständen (mg/kg)		
	Hexaconazol	Myclobutanil	Clofentezin
1. Früchte, frisch, getrocknet oder ungekocht, durch Gefrieren haltbar gemacht, ohne Zusatz von Zucker; Schalenfrüchte			
i) ZITRUSFRÜCHTE	0,02 (*)	3	0,5
Grapefruit			
Zitronen			
Limonen			
Mandarinen (einschließlich Clementinen und andere Hybriden)			
Orangen			
Pampelmusen			
Sonstige			
ii) SCHALENFRÜCHTE (mit oder ohne Schale)	0,05 (*)	0,05 (*)	0,05 (*)
Mandeln			
Paranüsse			
Kaschunüsse			
Esskastanien/Maronen			
Kokosnüsse			
Haselnüsse			
Macadamianüsse			
Pekannüsse			
Pinienkerne			
Pistazien			
Walnüsse			
Sonstige			
iii) KERNOBST		0,5	0,5
Äpfel	0,1		
Birnen	0,1		
Quitten			
Sonstige	0,02 (*)		
iv) STEINOBST	0,02 (*)		
Aprikosen		0,3	

Gruppen und Beispiele von Einzelerzeugnissen, für die die Rückstandshöchstgehalte gelten	Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Höchstgehalt an Rückständen (mg/kg)		
	Hexaconazol	Myclobutanil	Clofentezin
Kirschen		1	
Pfirsiche (einschließlich Nektarinen und andere Hybriden)		0,5	
Pflaumen		0,5	0,2
Sonstige		0,02 (*)	0,02 (*)
v) BEEREN UND KLEINOBST			
a) Tafel- und Keltertrauben	0,1	1	
Tafeltrauben			0,02 (*)
Keltertrauben			1
b) Erdbeeren (außer Wildfrüchten)	0,2	1	2
c) Strauchbeerenobst (außer Wildfrüchten)	0,02 (*)	0,02 (*)	
Brombeeren			3
Taubereen			
Loganbeeren			
Himbeeren			3
Sonstige			0,3
d) Anderes Kleinobst und Beeren (außer Wildfrüchten)	0,02 (*)		
Heidelbeeren			
Preiselbeeren			
Johannisbeeren (rot, schwarz und weiß)		1	0,5
Stachelbeeren		1	
Sonstige		0,02 (*)	0,02 (*)
e) Wildfrüchte	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
vi) SONSTIGE FRÜCHTE			0,02 (*)
Avocados			
Bananen	0,1	2	
Datteln			
Feigen			
Kiwis			
Kumquats			
Litchis			
Mangos			

Gruppen und Beispiele von Einzelerzeugnissen, für die die Rückstandshöchstgehalte gelten	Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Höchstgehalt an Rückständen (mg/kg)		
	Hexaconazol	Myclobutanil	Clofentezin
Oliven			
Passionsfrüchte			
Ananas			
Papayas			
Sonstige	0,02 (*)	0,02 (*)	
2. Gemüse, frisch oder ungekocht, gefroren oder getrocknet			
i) WURZEL- UND KNOLLENGEMÜSE	0,02 (*)		0,02 (*)
Rote Rüben			
Karotten		0,2	
Knollensellerie			
Meerrettich			
Topinambur			
Pastinaken			
Petersilienwurzel			
Rettich und Radieschen			
Schwarzwurzeln			
Süßkartoffeln			
Kohlrüben			
Weißer Rüben			
Yamswurzel			
Sonstige		0,02 (*)	
ii) ZWIEBELGEMÜSE	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
Knoblauch			
Speisezwiebeln			
Schalotten			
Frühlingszwiebeln			
Sonstige			

Gruppen und Beispiele von Einzelerzeugnissen, für die die Rückstandshöchstgehalte gelten	Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Höchstgehalt an Rückständen (mg/kg)		
	Hexaconazol	Myclobutanil	Clofentezin
iii) FRUCHTGEMÜSE			
a) Solanaceen			
Tomaten/Paradeiser	0,1	0,3	0,3
Paprika		0,5	
Auberginen/Melanzani		0,3	
Sonstige	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
b) Cucurbitaceen mit genießbarer Schale	0,02 (*)	0,1	0,02 (*)
Gurken			
Einlegegurken			
Zucchini			
Sonstige			
c) Cucurbitaceen mit ungenießbarer Schale	0,02 (*)	0,2	
Melonen			0,1
Kürbisse			
Wassermelonen			
Sonstige			0,02 (*)
d) Zuckermais	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
iv) KOHLGEMÜSE	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
a) Blumenkohle			
Broccoli			
Blumenkohl			
Sonstige			
b) Kopfkohle			
Rosenkohl			
Kopfkohl			
Sonstige			

Gruppen und Beispiele von Einzelerzeugnissen, für die die Rückstandshöchstgehalte gelten	Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Höchstgehalt an Rückständen (mg/kg)		
	Hexaconazol	Myclobutanil	Clofentezin
c) Blattkohle			
Chinakohl			
Grünkohl			
Sonstige			
d) Kohlrabi			
v) BLATTGEMÜSE UND FRISCHE KRÄUTER	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
a) Salate und Ähnliches			
Kresse			
Feldsalat			
Kopfsalat			
Endivie			
Sonstige			
b) Spinat und Ähnliches			
Spinat			
Mangold			
Sonstige			
c) Brunnenkresse			
d) Chicorée			
e) Frische Kräuter			
Kerbel			
Schnittlauch			
Petersilie			
Sellerieblätter			
Sonstige			

Gruppen und Beispiele von Einzelerzeugnissen, für die die Rückstandshöchstgehalte gelten	Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Höchstgehalt an Rückständen (mg/kg)		
	Hexaconazol	Myclobutanil	Clofentezin
vi) HÜLENGEMÜSE (frisch)	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
Bohnen (mit Hülsen)			
Bohnen (ohne Hülsen)			
Erbsen (mit Hülsen)			
Erbsen (ohne Hülsen)			
Sonstige			
vii) STÄNGELGEMÜSE (frisch)	0,02 (*)		0,02 (*)
Spargel			
Kardonen			
Stangensellerie			
Fenchel			
Artischocken		0,5	
Porree			
Rhabarber			
Sonstige		0,02 (*)	
viii) PILZE	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
a) Zuchtpilze			
b) Wildpilze			
3. HÜLSENFRÜCHTE	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
Bohnen			
Linsen			
Erbsen			
Sonstige			

Gruppen und Beispiele von Einzelerzeugnissen, für die die Rückstandshöchstgehalte gelten	Rückstände von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Höchstgehalt an Rückständen (mg/kg)		
	Hexaconazol	Myclobutanil	Clofentezin
4. ÖLSAATEN	0,05 (*)	0,05 (*)	0,05 (*)
Leinsamen			
Erdnüsse			
Mohnsamen			
Sesamsamen			
Sonnenblumenkerne			
Rapssamen			
Sojabohnen			
Senfkörner			
Baumwollsamens			
Sonstige			
5. KARTOFFELN	0,02 (*)	0,02 (*)	0,02 (*)
Frühkartoffeln			
Lagerkartoffeln			
6. TEE (getrocknete und fermentierte oder nicht fermentierte Blätter und Stiele von <i>Camellia sinensis</i>)	0,05 (*)	0,05 (*)	0,05 (*)
7. HOPFEN (getrocknet), einschließlich Hopfenpellets und nicht konzentriertes Hopfenpulver	0,05 (*)	2	0,05 (*)

(*) Untere analytische Bestimmungsgrenze.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 13. Mai 2003

über die Unterzeichnung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel

(2003/457/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 170 in Verbindung mit Artikel 300 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit seinem Beschluss 1999/224/EG vom 22. Februar 1999⁽¹⁾ hat der Rat ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Israel abgeschlossen, das am 8. März 1999 in Kraft trat. Durch dieses Abkommen wird Israel mit allen spezifischen Programmen des Fünften Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (FTE) assoziiert.
- (2) Artikel 12 Absatz 4 dieses Abkommens lautet: „Verabschiedet die Gemeinschaft ein neues mehrjähriges Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung, so kann dieses Abkommen neu ausgehandelt oder im gegenseitigen Einvernehmen erneuert werden“.
- (3) Am 5. November 2002 ermächtigte der Rat die Kommission, die Verhandlungen zur Erneuerung des derzeitigen Abkommens zu führen und dabei auch die vorläufige Anwendung des erneuerten Abkommens auszuhandeln. Diese vorläufige Anwendung würde es israelischen Einrichtungen ermöglichen, sich an den ersten Aufforderungen des Sechsten Rahmenprogramms zu beteiligen.
- (4) Die Verhandlungen führten zu dem beigefügten Abkommensentwurf, der am 17. Dezember 2002 von den hierzu ermächtigten Vertretern der beiden Vertragsparteien paraphiert worden ist.

- (5) Das am 17. Dezember 2002 paraphierte Abkommen sollte vorbehaltlich seines Abschlusses zu einem späteren Zeitpunkt unterzeichnet werden, und es sollte seine vorläufige Anwendung ab Unterzeichnung vorgesehen werden —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Die Unterzeichnung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel wird im Namen der Gemeinschaft vorbehaltlich des Ratsbeschlusses über den Abschluss dieses Abkommens genehmigt.

Der Wortlaut des Abkommens ist diesem Beschluss beigefügt.

Artikel 2

Der Präsident des Rates wird ermächtigt, die Person(en) zu bestellen, die befugt ist (sind), das Abkommen im Namen der Europäischen Gemeinschaft vorbehaltlich seines Abschlusses zu unterzeichnen.

Artikel 3

Das Abkommen wird ab seiner Unterzeichnung vorläufig angewandt.

Geschehen zu Brüssel am 13. Mai 2003.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A.-A. TSOCHATZOPOULOS

⁽¹⁾ ABl. L 83 vom 27.3.1999, S. 50.

ABKOMMEN**zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Staat Israel über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit**

DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

(nachstehend „Gemeinschaft“ genannt) einerseits und

DER STAAT ISRAEL

(nachstehend „Israel“ genannt) andererseits,

beide nachstehend „Vertragsparteien“ genannt —

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Bedeutung der derzeitigen wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen Israel und der Gemeinschaft und des beiderseitigen Interesses an einer Stärkung dieser Zusammenarbeit vor dem Hintergrund des Aufbaus des Europäischen Forschungsraums,

IN DER ERWÄGUNG, dass Israel und die Gemeinschaft zurzeit Forschungsprogramme auf Gebieten von gemeinsamem Interesse durchführen,

IN DER ERWÄGUNG, dass Israel und die Gemeinschaft an einer Zusammenarbeit an diesen Programmen zu ihrem beiderseitigen Vorteil interessiert sind,

IN DER ERWÄGUNG, dass beide Vertragsparteien ein Interesse daran haben, den gegenseitigen Zugang ihrer Forschungseinrichtungen zu Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in Israel auf der einen Seite und zu den Rahmenprogrammen der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Forschung und technologischen Entwicklung auf der anderen Seite zu fördern,

IN DER ERWÄGUNG, dass das Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Staat Israel andererseits am 1. Juni 2000 in Kraft trat, demzufolge sich die Vertragsparteien verpflichten, ihre wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu vertiefen und die Maßnahmen für die Verwirklichung dieses Ziels in eignes zu diesem Zweck zu schließenden Abkommen festzulegen,

IN DER ERWÄGUNG, dass die Gemeinschaft und Israel für die Laufzeit des Fünften Rahmenprogramms ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen haben, das im gegenseitigen Einvernehmen erneuert werden kann,

IN DER ERWÄGUNG, dass das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union mit dem Beschluss Nr. 1513/2002/EG ein Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006) ⁽¹⁾, nachstehend „Sechstes Rahmenprogramm“ genannt, verabschiedet haben,

IN DER ERWÄGUNG, dass dieses Abkommen und alle in seinem Rahmen durchgeführten Tätigkeiten unbeschadet der einschlägigen Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in keiner Weise die Befugnisse der Mitgliedstaaten berühren, bilaterale Tätigkeiten mit Israel auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technologie, Forschung und Entwicklung aufzunehmen und gegebenenfalls Abkommen zu schließen —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

*Artikel 1***Geltungsbereich**

(1) Israel wird gemäß den in diesem Abkommen und seinen Anhängen festgelegten oder genannten Voraussetzungen und Bedingungen mit dem Sechsten Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006) (nachstehend „6. EG-Rahmenprogramm“ genannt) assoziiert, das mit dem Beschluss Nr. 1513/2002/EG, der Verordnung (EG) Nr. 2321/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über Regeln für die Beteiligung von Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen an der Durchführung des Sechsten Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft (2002-2006) sowie für die Verbreitung der Forschungsergebnisse ⁽²⁾ und mit den Ratsentscheidungen Nr. 2002/834/EG vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Integration und Stärkung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006) ⁽³⁾, 2002/835/EG vom 30. September 2002 über ein spezifisches Programm im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration: „Ausgestaltung des Europäischen Forschungsraums“ (2002-2006) ⁽⁴⁾ und 2002/836/EG vom 30. September 2002 über ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle durch direkte Aktionen durchzuführendes spezifisches Programm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2002-2006) ⁽⁵⁾ festgelegt wurde.

⁽¹⁾ ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 355 vom 30.12.2002, S. 23.

⁽³⁾ ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 44.

⁽⁵⁾ ABl. L 294 vom 29.10.2002, S. 60.

- (2) Zusätzlich zu der Assoziierung im Sinne von Abschnitt 1 kann die Zusammenarbeit umfassen
- einen regelmäßigen Austausch über die Ausrichtung und die Schwerpunkte der Forschungspolitik und -planung in Israel und der Gemeinschaft;
 - eine Besprechung der Aussichten und der Entwicklung der Zusammenarbeit;
 - eine frühzeitige Unterrichtung über die Durchführung von Programmen und Forschungsprojekten Israels und der Gemeinschaft sowie über die Ergebnisse der im Rahmen dieses Abkommens durchgeführten Arbeiten;
 - gemeinsame Sitzungen;
 - Besuche und den Austausch von Forschungspersonal, Ingenieuren und Technikern,
 - regelmäßige, dauerhafte Kontakte zwischen Programm- oder Projektleitern Israels und der Gemeinschaft;
 - die Teilnahme von Experten an Seminaren, Symposien und Workshops.

Artikel 2

Voraussetzungen und Bedingungen für die Assoziierung Israels mit dem 6. EG-Rahmenprogramm

(1) Vorbehaltlich der in den Anhängen I und II festgelegten oder genannten Voraussetzungen und Bedingungen beteiligen sich israelische Rechtspersonen an den indirekten Maßnahmen und an den Tätigkeiten der Gemeinsamen Forschungsstelle des 6. EG-Rahmenprogramms gemäß den gleichen Bedingungen, wie sie für Rechtspersonen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union gelten. Für israelische Forschungseinrichtungen gelten dieselben Vorschriften und Bedingungen für die Vorlage und Bewertung von Vorschlägen und für die Vergabe und den Abschluss von Verträgen im Rahmen der gemeinschaftlichen Programme wie für Verträge, die im Rahmen derselben Programme mit Forschungseinrichtungen in der Gemeinschaft geschlossen werden; dabei werden die beiderseitigen Interessen der Gemeinschaft und Israels berücksichtigt.

Vorbehaltlich der in den Anhängen I und II festgelegten Voraussetzungen und Bedingungen beteiligen sich Rechtspersonen der Gemeinschaft an israelischen Forschungsprogrammen und -projekten zu Themenbereichen, die denen des 6. EG-Rahmenprogramms entsprechen, gemäß den gleichen Bedingungen, wie sie für israelische Rechtspersonen gelten.

(2) Israel zahlt für jedes Jahr der Laufzeit des 6. EG-Rahmenprogramms einen finanziellen Beitrag zum Gesamthaushalt der Europäischen Union.

Der finanzielle Beitrag Israels wird dem Betrag hinzugefügt, der jedes Jahr im Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen ist, um die finanziellen Verpflichtungen für verschiedene Arten von Maßnahmen abzugelten, die für die Durchführung und Verwaltung des 6. EG-Rahmenprogramms erforderlich sind.

Die Regeln für die Berechnung und Zahlung des finanziellen Beitrags Israels sind in Anhang III festgelegt.

(3) Israelische Vertreter nehmen als Beobachter an den Ausschüssen des 6. EG-Rahmenprogramms teil, die mit Beschluss 1999/468/EG eingerichtet wurden.

Bei Abstimmungen treten diese Ausschüsse ohne die israelischen Vertreter zusammen. Israel wird über das Ergebnis unterrichtet.

Die Teilnahme nach diesem Absatz erfolgt in gleicher Weise wie die der Vertreter der Mitgliedstaaten der Europäischen Union; dazu gehört auch die Bereitstellung von Informations- und Dokumentationsmaterial.

Israelische Vertreter können an den Sitzungen des Ausschusses für wissenschaftliche und technische Forschung (CREST) teilnehmen. Nur bei Abstimmungen und unter besonderen Umständen kommt dieser Ausschuss ohne die israelischen Vertreter zusammen. Israel wird über das Ergebnis unterrichtet.

(4) Vertreter Israels beteiligen sich als Beobachter am Aufsichtsrat der Gemeinsamen Forschungsstelle.

Die Teilnahme nach diesem Absatz erfolgt in gleicher Weise wie die der Vertreter der Mitgliedstaaten der Europäischen Union; dazu gehört auch die Bereitstellung von Informations- und Dokumentationsmaterial.

(5) Reise- und Aufenthaltskosten, die Vertretern Israels bei der Teilnahme an Sitzungen der in diesem Artikel genannten Ausschüsse und Gremien sowie an von der Gemeinschaft veranstalteten Sitzungen im Zusammenhang mit der Durchführung des 6. EG-Rahmenprogramms entstehen, werden von der Gemeinschaft auf der gleichen Grundlage und nach den gleichen Verfahren erstattet wie für die Vertreter der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Artikel 3

Verstärkung der Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien unternehmen im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften alle Anstrengungen, um die Reisen und den Aufenthalt von Forschungspersonal, das sich an Tätigkeiten im Rahmen dieses Abkommens beteiligt, und die grenzüberschreitende Beförderung von für den Einsatz bei solchen Tätigkeiten vorgesehenen Gütern zu erleichtern.

(2) Die Vertragsparteien sorgen dafür, dass auf Mittelübertragungen und -überweisungen zwischen der Gemeinschaft und Israel keine Steuern oder Gebühren erhoben werden, wenn diese Mittel für die Durchführung der Tätigkeiten im Rahmen dieses Abkommens benötigt werden.

Artikel 4

Forschungsausschuss EG-Israel

(1) Es wird ein Gemeinsamer Ausschuss, der „Forschungsausschuss EG-Israel“, eingerichtet, der folgende Aufgaben hat:

- Sicherung, Überprüfung und Bewertung der Durchführung dieses Abkommens,
- Prüfung aller Maßnahmen, die der Verbesserung und Weiterentwicklung der Zusammenarbeit dienen,
- regelmäßige Erörterung der künftigen Ausrichtung und Schwerpunkte der Forschungspolitik und -planung in Israel und in der Gemeinschaft sowie der Aussichten für die künftige Zusammenarbeit.

(2) Der Forschungsausschuss EG-Israel, der sich aus Vertretern der Kommission und Israels zusammensetzt, gibt sich eine Geschäftsordnung.

(3) Der Forschungsausschuss EG-Israel tritt mindestens einmal im Jahr zusammen. Sondersitzungen werden auf Antrag einer der beiden Vertragsparteien abgehalten.

Artikel 5

Schlussbestimmungen

(1) Die Anhänge I, II und III sind Bestandteil dieses Abkommens.

(2) Dieses Abkommen wird für die Laufzeit des 6. EG-Rahmenprogramms geschlossen. Es tritt an dem Tag in Kraft, an dem die beiden Vertragsparteien einander über den Abschluss ihrer für diesen Zweck erforderlichen Verfahren unterrichtet haben, und ist ab dem 16. Dezember 2002 anwendbar.

Dieses Abkommen kann nur schriftlich im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien geändert werden. Für das Inkrafttreten der Änderungen gelten die gleichen Verfahren wie für das Abkommen selbst.

Jede der Vertragsparteien kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten jederzeit kündigen.

Zum Zeitpunkt der Kündigung und/oder des Auslaufens dieses Abkommens laufende Projekte und Tätigkeiten werden bis zu ihrem Abschluss nach den Bedingungen dieses Abkommens fortgeführt.

(3) Bis ihre jeweiligen für seinen Abschluss erforderlichen Verfahren abgeschlossen sind, wenden die Vertragsparteien das Abkommen ab seiner Unterzeichnung vorläufig an.

Für den Fall, dass eine Vertragspartei der anderen mitteilt, dass sie das Abkommen nicht abschließen wird, wird Folgendes vereinbart:

- Die Gemeinschaft zahlt Israel den in Artikel 2 Absatz 2 genannten Beitrag zum Gesamthaushalt der Europäischen Union zurück.
- Allerdings werden Mittelbindungen der Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Beteiligung israelischer Rechtspersonen an indirekten Maßnahmen, einschließlich Erstattungen im Sinne von Artikel 2 Absatz 5, durch die Gemeinschaft von der oben genannten Rückzahlung abgezogen.
- Projekte und Tätigkeiten, die im Rahmen dieser vorläufigen Anwendung aufgenommen wurden und zum Zeitpunkt der oben genannten Mitteilung noch laufen, werden bis zu ihrem Abschluss gemäß den Bedingungen dieses Abkommens fortgeführt.

(4) Sollte die Gemeinschaft beschließen, das 6. EG-Rahmenprogramm zu überarbeiten, so teilt sie Israel den genauen Inhalt dieser Überarbeitung innerhalb einer Woche nach ihrer Annahme durch die Gemeinschaft mit.

Abweichend von Absatz 2 Unterabsätze 3 und 4 kann dieses Abkommen im gegenseitigen Einvernehmen beendet werden, sollte eine der Vertragsparteien der anderen innerhalb eines Monats nach Annahme der Überarbeitung im Sinne von Unterabsatz 1 ihre Absicht mitteilen, dieses Abkommen zu kündigen.

(5) Verabschiedet die Gemeinschaft ein neues mehrjähriges Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration, so kann dieses Abkommen auf Ersuchen einer der Vertragsparteien neu ausgehandelt oder im gegenseitigen Einvernehmen erneuert werden.

(6) Dieses Abkommen gilt einerseits für die Gebiete, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft angewandt wird, und nach Maßgabe jenes Vertrags, sowie andererseits für das Gebiet des Staates Israel.

(7) Dieses Abkommen ist in zwei Urschriften in dänischer, deutscher, englischer, finnischer, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, schwedischer, spanischer und hebräischer Sprache abgefasst, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Hecho en Bruselas, el diez de junio de dos mil tres, que corresponde al diez de Siván de cinco mil setecientos sesenta y tres.

Udfærdiget i Bruxelles den tiende dag i juni i året to tusind og tre, hvilket svarer til den tiende dag i Sivan, fem tusind syv hundrede og treogtres.

Geschehen zu Brüssel am zehnten Juni zweitausenddreißig, der dem zehnten Siwan fünftausendsiebenhundertdreiundsechzig entspricht.

Έγινε στις Βρυξέλλες τη δεκάτη ημέρα του Ιουνίου του έτους δύο χιλιάδες τρία, χρονολογία η οποία αντιστοιχεί στη δεκάτη ημέρα του Σίβαν, του έτους πέντε χιλιάδες επτακόσια εξήντα τρία.

Done at Brussels on the tenth day of June in the year two thousand and three which corresponds to the tenth day of Sivan, five thousand seven hundred and sixty three.

Fait à Bruxelles, le dix juin deux mille trois, ce qui correspond au dix sivan cinq mille sept cent soixante-trois.

Fatto a Bruxelles addì dieci giugno duemilatre, corrispondente al decimo giorno di Sivan dell'anno cinquemilasettecentosessantatre.

Gedaan te Brussel, op de tiende dag van juni in het jaar tweeduizend drie, hetgeen overeenkomt met de tiende dag van Siwan, vijfduizend zeventhonderddrieënzestig.

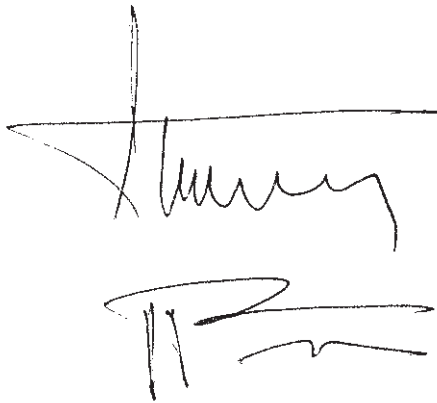
Feito em Bruxelas, no dia dez de Junho do ano dois mil e três, que corresponde ao dia dez de Sivan do ano cinco mil setecentos e sessenta e três.

Tehty Brysselissä kymmenentenä päivänä kesäkuuta vuonna kaksituhattakolme, joka vastaa kymmenettä päivää Sivanian viisituhattasetsemänsataakuusikymmentäkolme.

Utfärdat i Bryssel den tionde juni år tvåtusentre, vilket motsvarar den tionde dagen i Sivan femtusensjuhundra sextiotre.

נעשה בבִּרְסֵל בְּיוֹם הָעֶשְׂרָה בַּחֹדֶשׁ יוֹנִי אֶלְפִּיִּים וְשָׁלוֹשׁ שָׁהוּא הַיּוֹם הָעֶשְׂרִי לַחֹדֶשׁ סִיוָן הַתּשׁס"ג

Por la Comunidad Europea
På Det Europæiske Fællesskabs vegne
Für die Europäische Gemeinschaft
Για την Ευρωπαϊκή Κοινότητα
For the European Community
Pour la Communauté européenne
Per la Comunità europea
Voor de Europese Gemeenschap
Pela Comunidade Europeia
Euroopan yhteisön puolesta
För Europeiska gemenskapen



בשם ממשלת מדינת ישראל

E. Sandberg

ANHANG I

VORAUSSETZUNGEN UND BEDINGUNGEN FÜR DIE BETEILIGUNG VON RECHTSPERSONEN DER MITGLIEDSTAATEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND ISRAELS

Für die Zwecke dieses Abkommens ist eine „Rechtsperson“ eine natürliche Person oder eine juristische Person, die nach dem an ihrem Sitz geltenden innerstaatlichen Recht oder nach Gemeinschaftsrecht gegründet worden ist, Rechtspersönlichkeit besitzt und in eigenem Namen Inhaber von Rechten und Pflichten sein kann.

I. Voraussetzungen und Bedingungen für die Beteiligung von Rechtspersonen Israels an den indirekten Maßnahmen des 6. EG-Rahmenprogramms

1. Die Beteiligung und Finanzierung von Rechtspersonen Israels an indirekten Maßnahmen des 6. EG-Rahmenprogramms erfolgt gemäß den in der Verordnung (EG) Nr. 2321/2002 für „assozierte Länder“ festgelegten Bedingungen.

Israel wird neben den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für die Durchführung der indirekten Maßnahmen des 6. EG-Rahmenprogramms gemäß Artikel 169 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in Betracht gezogen, vorbehaltlich der Beteiligung von mindestens zwei dieser Mitgliedstaaten oder assoziierter Bewerberländer im Sinne von Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 2321/2002 an einer solchen indirekten Maßnahme.

2. Neben den Rechtspersonen der Europäischen Gemeinschaft werden bei der Auswahl unabhängiger Sachverständiger für die in Artikel 10, 11 und 18 der Verordnung (EG) Nr. 2321/2002 vorgesehenen Aufgaben und gemäß den darin festgelegten Bedingungen sowie für die Beteiligung an verschiedenen Gruppen und beratenden Ausschüssen des 6. EG-Rahmenprogramms auch Rechtspersonen Israels in Betracht gezogen.
3. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2321/2002 und mit der Haushaltsordnung der Europäischen Gemeinschaft sehen Verträge, die von der Europäischen Gemeinschaft mit einer Rechtsperson Israels zur Durchführung einer indirekten Maßnahme geschlossen werden, Kontrollen und Prüfungen vor, die von oder unter Aufsicht der Kommission oder dem Rechnungshof der Europäischen Gemeinschaften durchgeführt werden.

Im Geiste der Zusammenarbeit und im beiderseitigen Interesse leisten die Behörden Israels, soweit sinnvoll und möglich, jede Unterstützung, die für die Durchführung solcher Kontrollen und Prüfungen unter den Umständen erforderlich oder hilfreich ist.

II. Voraussetzungen und Bedingungen für die Beteiligung von Rechtspersonen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union an Forschungsprogrammen und -projekten Israels

1. Die Beteiligung von Forschungseinrichtungen mit Sitz in der Gemeinschaft, die nach dem innerstaatlichen Recht eines der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder nach dem Recht der Gemeinschaft gegründet worden ist, an Projekten israelischer Forschungs- und Entwicklungsprogramme erfordert die gleichzeitige Beteiligung von mindestens einer israelischen Rechtsperson. Vorschläge für eine solche Beteiligung werden, falls erforderlich, gemeinsam mit der/den israelischen Rechtsperson/en eingereicht.
2. Vorbehaltlich des Absatzes 1 und des Anhangs II unterliegen die Rechte und Pflichten von Rechtspersonen mit Sitz in der Europäischen Gemeinschaft, die sich an israelischen Forschungsprojekten im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen beteiligen, sowie die Vorschriften und Bedingungen für die Vorlage und Bewertung von Vorschlägen und für die Vergabe und den Abschluss von Verträgen für solche Projekte den israelischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Abwicklung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen sowie gegebenenfalls den Auflagen zur Wahrung der nationalen Sicherheit, die auch für israelische Rechtspersonen gelten; dabei wird auf Gleichbehandlung geachtet, und es wird die Art der Zusammenarbeit zwischen Israel und der Gemeinschaft in diesem Bereich berücksichtigt.

Die finanzielle Unterstützung von Rechtspersonen mit Sitz in der Gemeinschaft, die sich an israelischen Forschungsprojekten im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen beteiligen, unterliegt den israelischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Abwicklung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen sowie gegebenenfalls den Auflagen zur Wahrung der nationalen Sicherheit, die auch für nicht-israelische Rechtspersonen gelten, die sich an israelischen Forschungsprojekten im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen beteiligen. Werden die nicht-israelischen Rechtspersonen nicht finanziell unterstützt, tragen die Rechtspersonen der Gemeinschaft ihre Kosten selbst, einschließlich ihres relativen Anteils an den allgemeinen Management- und Verwaltungskosten des Projekts.

3. Je nach Art des Projekts können die Vorschläge bei folgenden Stellen eingereicht werden:
 - i) Wissenschaftliches Hauptamt des Industrie- und Handelsministeriums für gemeinsame industrielle Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit israelischen Unternehmen. Für dieses Forschungs- und Entwicklungsprogramm sind keine speziellen Bereiche vorgegeben. Vorschläge für gemeinsame Projekte können zu allen Bereichen der industriellen Forschung und Entwicklung eingereicht werden. Darüber hinaus können israelische Unternehmen im Rahmen des Magnet-Programms Vorschläge für eine Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen mit Sitz in der Gemeinschaft einreichen. Eine solche Zusammenarbeit bedarf der Zustimmung des entsprechenden Konsortiums und des Magnet-Managements;

- ii) Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Sport für strategische Forschung zu vorrangigen Themen. Die Themen werden jährlich festgelegt und in einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen genau eingegrenzt;
 - iii) Wissenschaftliches Hauptamt des Landwirtschaftsministeriums — Fonds für die Förderung landwirtschaftlicher Forschung;
 - iv) Wissenschaftliches Hauptamt des Ministeriums für nationale Infrastruktur für die Bereiche Energieinfrastrukturentwicklung und Geowissenschaften;
 - v) Wissenschaftliches Hauptamt des Gesundheitsministeriums und der neu gegründete Rat für medizinische Forschung, in den die für die Vergabe von Fördermitteln zuständige Behörde für biomedizinische Forschung integriert worden ist.
4. Israel unterrichtet die Rechtspersonen der Gemeinschaft und Israels regelmäßig über die aktuellen israelischen Programme und über Beteiligungsmöglichkeiten für Rechtspersonen mit Sitz in der Gemeinschaft.
-

ANHANG II

GRUNDSÄTZE ZUR AUFTEILUNG VON RECHTEN AN GEISTIGEM EIGENTUM

I. Geltungsbereich

Im Rahmen dieses Abkommens:

hat „geistiges Eigentum“ die in Artikel 2 des Stockholmer Übereinkommens vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum festgelegte Bedeutung.

sind „Kenntnisse“ die Ergebnisse, einschließlich Informationen, gleich, ob sie schutzfähig sind oder nicht, sowie das Urheberrecht oder die mit den genannten Informationen verbundenen Rechte aufgrund der Beantragung oder eventuellen Erteilung eines Patents, eines Gebrauchs- oder Geschmacksmusters oder Sortenschutzes, eines ergänzenden Schutzzertifikats oder einer ähnlichen Form des Schutzes.

II. Rechte an geistigem Eigentum von Rechtspersonen der Vertragsparteien

1. Die Vertragsparteien sorgen dafür, dass Rechte an geistigem Eigentum von Rechtspersonen der anderen Vertragspartei, die sich an Tätigkeiten im Rahmen dieses Abkommens beteiligen, und die damit verbundenen Rechte und Pflichten, die sich aus einer solchen Beteiligung ergeben, den für die Vertragsparteien geltenden internationalen Übereinkommen, einschließlich dem TRIPS-Übereinkommen (von der Welthandelsorganisation verwaltetes Übereinkommen über handelsrelevante Aspekte von Rechten an geistigem Eigentum) sowie der Berner Übereinkunft (Pariser Fassung von 1971) und der Pariser Verbandsübereinkunft (Stockholmer Fassung von 1967), entsprechen.
2. Rechtspersonen Israels, die sich an einer indirekten Maßnahme des 6. EG-Rahmenprogramms beteiligen, haben Rechte und Pflichten in Bezug auf geistiges Eigentum gemäß den Bedingungen, die in der Verordnung (EG) Nr. 2321/2002/EG und in dem mit der Europäischen Gemeinschaft entsprechend abgeschlossenen Vertrag festgelegt sind, wobei diese Rechte und Pflichten mit Absatz 1 vereinbar sein müssen.

Bei einer Beteiligung Israels an einer indirekten Maßnahme des 6. EG-Rahmenprogramms, die gemäß Artikel 169 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft durchgeführt wird, hat Israel dieselben Rechte und Pflichten in Bezug auf geistiges Eigentum wie die mitwirkenden Mitgliedstaaten; diese Rechte und Pflichten sind in der einschlägigen Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates und in dem mit der Europäischen Gemeinschaft entsprechend abgeschlossenen Vertrag festgelegt und müssen mit Absatz 1 vereinbar sein.

3. Rechtspersonen der Gemeinschaft, die sich an israelischen Forschungsprogrammen oder -projekten beteiligen, haben dieselben Rechte und Pflichten in Bezug auf geistiges Eigentum wie die Rechtspersonen mit Sitz in Israel, die sich an solchen Forschungsprogrammen oder -projekten beteiligen; dabei müssen diese Rechten und Pflichten mit Absatz 1 vereinbar sein.

III. Rechte an geistigem Eigentum der Vertragsparteien

1. Soweit die Vertragsparteien nichts anderes speziell vereinbaren, gelten die folgenden Regeln für Kenntnisse, die von den Vertragsparteien bei der Durchführung von Tätigkeiten im Rahmen von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens erworben werden:
 - a) Die Vertragspartei, die solche Kenntnisse erwirbt, ist Eigentümer dieser Kenntnisse. Lässt sich nicht feststellen, welchen Anteil an dieser Arbeit die Vertragsparteien jeweils hatten, so sind sie gemeinsam Eigentümer dieser Kenntnisse.
 - b) Die Vertragspartei, die Eigentümer dieser Kenntnisse ist, räumt der anderen Vertragspartei zum Zwecke der Durchführung von Tätigkeiten im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens Zugangsrechte zu diesen ein. Solche Zugangsrechte werden unentgeltlich eingeräumt.
2. Soweit die Vertragsparteien nichts anderes speziell vereinbaren, gelten die folgenden Regeln für wissenschaftliche Schriftwerke der Vertragsparteien:
 - a) Veröffentlicht eine Vertragspartei wissenschaftliche und technische Daten, Informationen und Ergebnisse, die bei im Rahmen dieses Abkommens durchgeführten Tätigkeiten erworben wurden oder sich darauf beziehen, über wissenschaftlich-technische Zeitschriften, Artikel, Berichte, Bücher, einschließlich Videoaufzeichnungen und Software, so wird der anderen Vertragspartei eine weltweite nicht ausschließliche, unwiderrufliche und gebührenfreie Lizenz zur Übersetzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übermittlung und öffentlichen Verbreitung solcher Werke eingeräumt.
 - b) Alle Exemplare von urheberrechtlich geschützten Daten und Informationen, die öffentlich verbreitet werden müssen und aufgrund dieses Abschnitts entstanden sind, müssen den Namen des Verfassers oder der Verfasser des Werkes aufweisen, es sei denn, dass der/die Verfasser die Erwähnung seines/ihrer Namens ausdrücklich ablehnt/ablehnen. Außerdem müssen sie deutlich sichtbar auf die gemeinsame Unterstützung durch die Vertragsparteien hinweisen.

3. Soweit die Vertragsparteien nichts anderes speziell vereinbaren, gelten die folgenden Regeln für nicht offenbarte Informationen der Vertragsparteien:
- a) Teilt eine Vertragspartei der anderen Informationen mit, die sich auf im Rahmen dieses Abkommens durchgeführte Maßnahmen beziehen, so gibt sie an, welche Informationen nach ihrem Wunsch nicht offenbart werden dürfen.
 - b) Die empfangende Vertragspartei kann in eigener Verantwortung nicht offenbarte Informationen Gremien oder Personen, die ihrer Aufsicht unterstehen, zu den speziellen Zwecken der Durchführung dieses Abkommens mitteilen.
 - c) Mit der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Vertragspartei, die nicht offenbarte Informationen zur Verfügung stellt, kann die empfangende Vertragspartei nicht offenbarte Informationen weiter verbreiten, als dies sonst nach Absatz 2 zulässig wäre. Die Vertragsparteien arbeiten bei der Entwicklung von Verfahren für die Einholung und Erteilung einer vorherigen schriftlichen Zustimmung zu einer solchen weiteren Verbreitung zusammen, wobei jede Vertragspartei diese Zustimmung erteilt, soweit die eigene Politik sowie die innerstaatlichen Verordnungen und Gesetze dies zulassen.
 - d) Nicht offenbarte Informationen nicht dokumentarischer Natur oder sonstige vertrauliche Informationen, die in Seminaren oder anderen Sitzungen zwischen Vertretern der Vertragsparteien im Rahmen dieses Abkommens zur Verfügung gestellt werden, oder Informationen, die sich aus der Beschäftigung von Personal, der Nutzung von Einrichtungen oder aus indirekten Maßnahmen ergeben, bleiben vertraulich, sofern dem Empfänger dieser nicht offenbarten oder sonstigen vertraulichen oder schutzwürdigen Informationen die Vertraulichkeit der Informationen bei der Mitteilung nach Absatz 1 bekannt gemacht worden ist.
 - e) Jede Vertragspartei setzt sich nach besten Kräften dafür ein, dass nicht offenbarte Informationen, von denen sie im Rahmen der Absätze 1 und 3 Kenntnis erhält, in der darin geregelten Art und Weise überwacht werden. Stellt eine der Vertragsparteien fest, dass sie die Bestimmungen über die Nichtweitergabe der Absätze 1 und 3 nicht mehr einhalten kann oder dass wahrscheinlich damit zu rechnen ist, so unterrichtet sie davon unverzüglich die andere Vertragspartei. Die Vertragsparteien beraten danach über geeignete Maßnahmen.
-

ANHANG III

REGELN FÜR DEN FINANZIELLEN BEITRAG ISRAELS ZUM 6. EG-RAHMENPROGRAMM

I. Berechnung des Finanziellen Beitrags Israels

1. Der finanzielle Beitrag Israels zum 6. EG-Rahmenprogramm wird jährlich proportional zu und zusätzlich zu dem Betrag festgesetzt, der jedes Jahr im Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für Verpflichtungsermächtigungen verfügbar ist, die für die Durchführung und Verwaltung des 6. EG-Rahmenprogramms erforderlich sind.
2. Der Faktor, nach dem sich der Beitrag Israels errechnet, ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen Israels Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und der Summe der Bruttoinlandsprodukte zu Marktpreisen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union plus dem Bruttoinlandsprodukt Israels. Dieses Verhältnis wird anhand der jüngsten für das gleiche Jahr geltenden statistischen Daten der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung errechnet, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Vorentwurfs des Haushaltsplans der Europäischen Union vorliegen.
3. Die Kommission übermittelt Israel so früh wie möglich, spätestens jedoch zum 1. September des Jahres vor jedem Haushaltsjahr, die folgenden Informationen zusammen mit einschlägigen Hintergrundinformationen:
 - die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen im Ausgabenplan des Vorentwurfs des Haushaltsplans der Europäischen Union für das 6. EG-Rahmenprogramm,
 - die nach dem Vorentwurf des Haushaltsplans veranschlagte Höhe der Beiträge für die Beteiligung Israels am 6. EG-Rahmenprogramm nach den Absätzen 1, 2 und 3.

Sobald der Gesamthaushaltsplan endgültig festgestellt worden ist, teilt die Kommission Israel die in Unterabsatz 1 genannten endgültigen Beträge im Ausgabenplan für die Beteiligung Zyperns mit.

II. Zahlung des Finanziellen Beitrags Israels

1. Spätestens am 1. Januar und am 15. Juni jedes Haushaltsjahres richtet die Kommission eine Zahlungsaufforderung an Israel für die Beteiligung im Rahmen dieses Abkommens. Darin sind folgende Zahlungen vorgesehen:
 - sechs Zwölftel des israelischen Beitrags bis zum 20. Februar,
 - sechs Zwölftel des israelischen Beitrags bis zum 15. Juli.

Die bis zum 20. Februar zu zahlenden sechs Zwölftel werden anhand des Betrags berechnet, der im Einnahmenplan des Vorentwurfs des Haushaltsplans festgelegt ist. Die Bereinigung des so bezahlten Betrags erfolgt mit der Zahlung der sechs Zwölftel bis zum 15. Juli.

Für das erste Jahr der Durchführung dieses Abkommens richtet die Kommission innerhalb von 30 Tagen nach seinem Anwendungsbeginn eine erste Zahlungsaufforderung an Israel. Sollte diese Aufforderung nach dem 15. Juni erfolgen, ist darin die Zahlung von zwölf Zwölftel des israelischen Beitrags innerhalb von 30 Tagen vorzusehen, der anhand des Betrags berechnet wird, der im Einnahmenplan des Haushaltsplans festgelegt ist.

2. Der Beitrag Israels wird in Euro ausgewiesen und gezahlt. Zahlungen durch Israel werden unter den Gemeinschaftsprogrammen als Haushaltseinnahmen verbucht, die der entsprechenden Haushaltslinie im Einnahmenplan des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union zugewiesen werden. Die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union findet auf die Verwaltung der Mittel Anwendung.
3. Israel zahlt seinen Beitrag im Rahmen dieses Abkommens gemäß den in Absatz 1 festgelegten Fristen.

Bei Zahlungsverzug werden Israel ab dem Fälligkeitstag Verzugszinsen für den ausstehenden Betrag berechnet. Als Zinssatz wird der um 1,5 Prozentpunkte erhöhte Zinssatz erhoben, der von der Europäischen Zentralbank am Fälligkeitstag für ihre wichtigsten Refinanzierungsgeschäfte in Euro angewandt wird.

Falls durch den Verzug bei der Zahlung des Beitrags die Durchführung und die Verwaltung des Programms erheblich gefährdet werden können, wird die Beteiligung Israels an dem Programm für das betreffende Haushaltsjahr von der Kommission ausgesetzt, sofern die Zahlung nicht innerhalb von 20 Tagen nach Absenden einer förmlichen Mahnung eingeht; davon bleiben die Verpflichtungen der Gemeinschaft in Bezug auf bereits abgeschlossene Verträge im Zusammenhang mit der Durchführung ausgewählter indirekter Maßnahmen unberührt.

4. Spätestens am 31. Mai des Jahres, das auf ein Haushaltsjahr folgt, wird Israel die Mittelaufstellung für das 6. EG-Rahmenprogramm dieses Haushaltsjahres zur Unterrichtung vorgelegt; dabei wird der Form der Haushaltsrechnung der Kommission gefolgt.

5. Bei Rechnungsabschluss für jedes Haushaltsjahr nimmt die Kommission im Rahmen der Haushaltsrechnung eine Bereinigung der Rechnung hinsichtlich der Beteiligung Israels vor.

Bei dieser Bereinigung werden Änderungen aufgrund von Umbuchungen, Streichungen, Übertragungen, aufgehobenen Mittelbindungen oder Berichtigungs- und Nachtragshaushalten während des Haushaltsjahres berücksichtigt.

Diese Bereinigung erfolgt bei der zweiten Zahlung für das nächste Haushaltsjahr und für das letzte Haushaltsjahr im Juli 2007. Weitere Bereinigungen erfolgen jedes Jahr bis zum Juli 2010.

Mitteilung über das Inkrafttreten des Protokolls zur Anpassung der Handelsaspekte des Europa-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Bulgarien andererseits zur Berücksichtigung der Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Parteien über neue gegenseitige Zugeständnisse in der Landwirtschaft

Das Protokoll zur Anpassung der Handelsaspekte des Europa-Abkommens mit der Republik Bulgarien zur Berücksichtigung der Ergebnisse der Verhandlungen zwischen den Parteien über neue gegenseitige Zugeständnisse in der Landwirtschaft, dessen Abschluss der Rat am 8. April 2003 ⁽¹⁾ beschlossen hat, ist am 1. Juni 2003 in Kraft getreten, da die Notifizierungen über den Abschluss der in Artikel 4 des genannten Protokolls vorgesehenen Verfahren am 15. Mai 2003 abgeschlossen worden sind.

⁽¹⁾ ABl. L 102 vom 24.4.2003, S. 60.

Information über das Inkrafttreten des Protokolls zu dem Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits über die Konformitätsbewertung und Anerkennung gewerblicher Produkte (PECA)

Das Protokoll zu dem Europa-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits über die Konformitätsbewertung und Anerkennung gewerblicher Produkte (PECA), dessen Abschluss der Rat am 14. April 2003 ⁽¹⁾ beschlossen hat, tritt am 1. Juli 2003 in Kraft, nachdem die Verfahren gemäß Artikel 17 des Protokolls am 28. Mai 2003 abgeschlossen wurden.

⁽¹⁾ ABl. L 120 vom 15.5.2003, S. 39.

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 12. Juni 2003

zur Änderung der Anhänge I und II der Entscheidung 2002/308/EG zur Festlegung der Verzeichnisse der hinsichtlich der Viralen Hämorrhagischen Septikämie (VHS) und/oder der Infektiösen Hämato-poetischen Nekrose (IHN) zugelassenen Gebiete und Fischzuchtbetriebe

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 1813)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2003/458/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 91/67/EWG des Rates vom 28. Januar 1991 betreffend die tierseuchenrechtlichen Vorschriften für die Vermarktung von Tieren und anderen Erzeugnissen der Aquakultur⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003⁽²⁾, insbesondere auf die Artikel 5 und 6,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Um hinsichtlich der Viralen Hämorrhagischen Septikämie (VHS) und der Infektiösen Hämato-poetischen Nekrose (IHN) den Status eines zugelassenen Gebiets bzw. eines zugelassenen Fischzuchtbetriebs in einem nicht zugelassenen Gebiet zu erhalten, übermitteln die Mitgliedstaaten die zweckdienlichen Nachweise und die einzelstaatlichen Vorschriften, die die Einhaltung der Stimmungen der Richtlinie 91/67/EWG gewährleisten.
- (2) In der Entscheidung 2002/308/EG der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Entscheidung 2003/114/EG⁽⁴⁾, sind die Verzeichnisse der hinsichtlich bestimmter Fischseuchen zugelassenen Gebiete und zugelassenen Fischzuchtbetriebe in nicht zugelassenen Gebieten festgelegt.
- (3) Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien haben die Nachweise für die Zuerkennung des Status als hinsichtlich IHN und VHS zugelassener Zuchtgebiete in ihren Hoheitsgebieten übermittelt. Aus den Dokumenten geht hervor, dass die Gebiete die Anforderungen des Artikels 5 der Richtlinie 91/67/EWG erfüllen. Sie sollten daher den Status zugelassener Zuchtgebiete erhalten und in das Verzeichnis zugelassener Gebiete aufgenommen werden.

- (4) Österreich, Dänemark, Frankreich, Deutschland und Italien haben die Nachweise für die Zuerkennung des Status als hinsichtlich IHN und VHS zugelassener Fischzuchtbetrieb in einem nicht zugelassenen Gebiet innerhalb ihrer Hoheitsgebiete übermittelt. Aus den Dokumenten geht hervor, dass die Gebiete die Anforderungen des Artikels 6 der Richtlinie 91/67/EWG erfüllen. Sie sollten daher den Status zugelassener Zuchtbetriebe in einem nicht zugelassenen Gebiet erhalten und in das Verzeichnis zugelassener Fischzuchtbetriebe aufgenommen werden.
- (5) Deutschland hat der Kommission den Nachweis des VHS-Erregers in einem hinsichtlich IHN und VHS zugelassenen Zuchtbetrieb mitgeteilt. Dieser Betrieb sollte daher aus der Liste der hinsichtlich VHS zugelassenen Fischzuchtbetriebe gestrichen werden.
- (6) Die Entscheidung 2002/308/EG ist entsprechend anzupassen.
- (7) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und die Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Entscheidung 2002/308/EG wird wie folgt geändert:

1. Anhang I erhält die Fassung des Anhangs I dieser Entscheidung.
2. Anhang II erhält die Fassung des Anhangs II dieser Entscheidung.

⁽¹⁾ ABl. L 46 vom 19.2.1991, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 106 vom 23.4.2002, S. 28.

⁽⁴⁾ ABl. L 46 vom 20.2.2003, S. 29.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 12. Juni 2003

Für die Kommission
David BYRNE
Mitglied der Kommission

ANHANG I

IN BEZUG AUF VHS UND/ODER IHN ZUGELASSENE GEBIETE

1.A. In Bezug auf VHS zugelassene Gebiete ⁽¹⁾ in Dänemark

- | | |
|-----------------------|---------------------|
| — Hansted Å | — Slette Å |
| — Hovmølle Å | — Bredkær Bæk |
| — Grenå | — Vandløb til Kilen |
| — Treå | — Resenkær Å |
| — Alling Å | — Klostermølle Å |
| — Kastbjerg | — Hvidbjerg Å |
| — Villestrup Å | — Knidals Å |
| — Korup Å | — Spang Å |
| — Sæby Å | — Simested Å |
| — Elling Å | — Skals Å |
| — Uggerby Å | — Jordbro Å |
| — Lindenberg Å | — Fåremølle Å |
| — Øster Å | — Flynder Å |
| — Hasseris Å | — Damhus Å |
| — Binderup Å | — Karup Å |
| — Vidkær Å | — Gudenåen |
| — Dybvad Å | — Halkær Å |
| — Bjørnsholm Å | — Storåen |
| — Trend Å | — Århus Å |
| — Lerkenfeld Å | — Bygholm Å |
| — Vester Å | — Grejs Å |
| — Lønnerup med tilløb | — Ørum Å |

1.B. In Bezug auf IHN zugelassene Gebiete in Dänemark

- Dänemark ⁽²⁾

2. In Bezug auf IHN und VHS zugelassene Gebiete in Deutschland

2.1. Baden-Württemberg ⁽³⁾

- Isenburger Tal, von der Quelle bis zum Wasserauslass des Betriebs Falkenstein
- der Eyach und seine Nebenflüsse von den Quellen bis zum ersten flussabwärts gelegenen Wehr bei Haigerloch
- der Andelsbach und seine Nebenflüsse von den Quellen bis zur Turbine in Nähe der Stadt Krauchenwies
- der Lauchert und seine Nebenflüsse von den Quellen bis zur Turbine in Nähe der Stadt Sigmaringendorf
- die Grosse Lauter und ihre Nebenflüsse von den Quellen bis zum Wasserfall in der Nähe von Lauterach

3. In Bezug auf IHN und VHS zugelassene Gebiete in Spanien

3.1. Region: Autonome Gemeinschaft Asturien

Binnenwassergebiete

- alle Wassereinzugsgebiets Asturiens;

⁽¹⁾ Wassereinzugs- und Küstengebiete innerhalb dieser Gebiete.

⁽²⁾ Einschließlich aller Binnenwasser- und Küstengebiete seines Hoheitsgebiets.

⁽³⁾ Teile von Wassereinzugsgebieten.

Küstengebiete

- das gesamte Küstengebiet Asturiens.

3.2. Region: Autonome Gemeinschaft Galicien

Binnenwassergebiete

- die Wassereinzugsgebiete von Galicien:
 - einschließlich das Wassereinzugsgebiet des Río Eo, des Río Sil von der Quelle in der Provinz León, des Río Miño von der Quelle bis zur Talsperre von Frieira und des Río Limia von der Quelle bis zur Talsperre von Das Conchas;
 - ausgenommen das Wassereinzugsgebiet des Río Tamega.

Küstengebiete

- das Küstengebiet Galiciens von der Mündung des Río Eo (Isla Pancha) bis zum Cabo Silliero der Ría de Vigo;
- das Küstengebiet ab Cabo Silliero bis Punta Picos (Mündung des Miño) gilt als Pufferzone.

3.3. Region: Autonome Gemeinschaft Aragón

Binnenwassergebiete

- Río Aragón von der Quelle bis zur Talsperre von Caparroso in der Provinz Navarra,
- Río Gállego von der Quelle bis zur Talsperre von Ardisa,
- Río Sotón von der Quelle bis zur Talsperre von Sotonera,
- Río Isuela von der Quelle bis zur Talsperre von Arguis,
- Río Flúmen von der Quelle bis zur Talsperre von Santa María de Belsue,
- Río Guatizalema von der Quelle bis zur Talsperre von Vadiello,
- Río Cinca von der Quelle bis zur Talsperre von Grado,
- Río Esera von der Quelle bis zur Talsperre von Barasona,
- Río Noguera-Ribagorzana von der Quelle bis zur Talsperre von Santa Ana,
- Río Huecha von der Quelle bis zum Staudamm von Alcalá de Moncayo,
- Río Jalón von der Quelle bis zum Staudamm von Alagón,
- Río Huerva von der Quelle bis zur Talsperre von Mezalocha,
- Río Aguasvivas von der Quelle bis zur Talsperre von Moneva,
- Río Martín von der Quelle bis zur Talsperre von Cueva Foradada,
- Río Escuriza von der Quelle bis zur Talsperre von Escuriza,
- Río Guadalupe von der Quelle bis zur Talsperre von Caspe,
- Río Matarranya von der Quelle bis zur Talsperre von Aguas de Pena,
- Río Pena von der Quelle bis zur Talsperre von Pena,
- Río Guadalaviar-Turia von der Quelle bis zur Talsperre von Generalísimo in der Provinz Valencia,
- Río Mijares von der Quelle bis zur Talsperre von Arenós in der Provinz Castellón.

Alle anderen Wasserläufe der Autonomen Gemeinschaft Aragón sowie der gesamte Lauf des Río Ebro in der Gemeinschaft gelten als Pufferzone.

3.4. Region: Autonome Gemeinschaft Navarra

Binnenwassergebiete

- Río Bidasoa von der Quelle bis zur Mündung,
- Río Leizarán von der Quelle bis zur Talsperre von Leizarán (Muga),
- Río Arakil-Arga von der Quelle bis zur Talsperre von Falces,
- Río Ega von der Quelle bis zur Talsperre von Allo,
- Río Aragón von der Quelle in der Provinz Huesca (Aragón) bis zur Talsperre von Caparroso (Navarra).

Alle anderen Wasserläufe der Autonomen Gemeinschaft Navarra sowie der gesamte Lauf des Río Ebro in der Gemeinschaft gelten als Pufferzone.

3.5. Region: Autonome Gemeinschaft Castilla y León

Binnenwassergebiete

- Río Duero von der Quelle bis zur Talsperre von Aldeávila,
- Río Ebro von der Quelle in der Autonomen Gemeinschaft Kantabrien bis zur Talsperre von Sobrón,
- Río Queiles von der Quelle bis zur Talsperre von Los Fayos,
- Río Tiétar von der Quelle bis zur Talsperre von Rosarito,
- Río Alberche von der Quelle bis zur Talsperre von Burguillo.

Alle anderen Wasserläufe der autonomen Gemeinschaft Castilla y León gelten als Pufferzone.

3.6. Region: Autonome Gemeinschaft Kantabrien

Binnenwassergebiete

Die Wassereinzugsgebiete der folgenden Flüsse von der Quelle bis zur Meeresmündung:

- Río Deva,
- Río Nansa,
- Río Saja-Besaya,
- Río Pas-Pisueña,
- Río Asón,
- Río Agüera.

Die Wassereinzugsgebiete des Río Gandarillas, des Río Escudo und des Río Miera und des Río Campiazo gelten als Pufferzone.

Küstengebiete

- Die gesamte kantabrische Küste von der Mündung des Río Delta bis zur Bucht von Ontón.

3.7. Region: Autonome Gemeinschaft La Rioja

Binnenwassergebiete

Die Wassereinzugsgebiete des Río Ebro von den Quellen bis zum Staudamm von Mequinenza in der Gemeinde Aragón.

4.A. In Bezug auf IHN und VHS zugelassene Gebiete in Frankreich

4.A.1. Adour-Garonne

Einzugsgebiete

- Flussbecken der Charente,
- Flussbecken der Seudre,
- Becken der in die Trichtermündung der Gironde einmündenden Flüsse im Departement Charente-Maritime,
- die Einzugsgebiete der Nive und der Nivelles (Pyrenées-Atlantiques),
- Becken der Forges (Landes),
- das Einzugsgebiet der Dronne (Dordogne) von der Quelle bis zum Staudamm Les Eglisottes bei Monfourat,
- das Einzugsgebiet der Beauronne (Dordogne) von der Quelle bis Staudamm Faye,
- das Einzugsgebiet der Valouse (Dordogne) von der Quelle bis zum Staudamm Etang des Roches Noires,
- das Einzugsgebiet der Paillasse (Gironde) von der Quelle bis zum Staudamm Grand Forge,
- das Einzugsgebiet des Ciron (Lot-et-Garonne und Gironde) von der Quelle bis zum Staudamm Moulin de Castaing,
- das Einzugsgebiet der Petite Leyre von der Quelle bis zum Staudamm Pont de l'Espine in Argelouse,

- das Einzugsgebiet der Pave (Landes) von der Quelle bis zum Staudamm Pave,
- das Einzugsgebiet des Essource (Landes) von der Quelle bis zum Staudamm Moulin de Barbe,
- das Einzugsgebiet des Geloux (Landes) von der Quelle bis zum Staudamm D38 bei Saint Martin d'Oney,
- das Einzugsgebiet des Estrigon (Landes) von der Quelle bis zum Staudamm Campet-et-Lamolère,
- das Einzugsgebiet des Estampon (Landes) von der Quelle bis zum Staudamm Ancienne Minoterie bei Roquefort,
- das Einzugsgebiet der Gélise (Landes, Lot et Garonne) von der Quelle bis zum Staudamm unterhalb des Zusammenflusses von Gélise und Osse,
- das Einzugsgebiet des Magescq (Landes) von der Quelle bis zur Mündung,
- das Einzugsgebiet der Luys von der Quelle bis zum Staudamm Moulin d'Oro,
- das Einzugsgebiet des Neez von der Quelle bis zum Staudamm Jurançon,
- das Einzugsgebiet des Beez (Pyrénées Atlantiques) von der Quelle bis zum Staudamm Nay,
- das Einzugsgebiet des Gave de Cauterets (Hautes Pyrénées) von der Quelle des Calypso bis zum Staudamm des Kraftwerks von Soulom.

Küstengebiete

- Die gesamte Atlantikküste zwischen der Nordgrenze des Küstenstreifens des Departements Vendée und der Südgrenze des Küstenstreifens des Departements Charente-Maritime.

4.A.2. Loire-Bretagne

Binnenwassergebiete

- Alle Wassereinzugsgebiete in der Bretagne, ausgenommen folgende:
 - Vilaine,
 - Aven,
 - Ster-Goz,
 - Unterlauf des Elorn,
- Flussbecken der Sèvre Niortaise,
- Flussbecken des Lay.
- Die folgenden Einzugsgebiete des Flussbeckens der Vienne:
 - das Einzugsgebiet der Vienne von der Quelle bis zum Staudamm von Châtelleraut im Departement Vienne;
 - das Einzugsgebiet der Gartempe von der Quelle bis zum Staudamm (vergittert) von Saint Pierre de Maillé im Departement Vienne;
 - das Einzugsgebiet der Creuse von der Quelle bis zum Staudamm von Bénavent im Departement Indre;
 - das Einzugsgebiet des Suin von der Quelle bis zum Staudamm von Douadic im Departement Indre;
 - das Einzugsgebiet der Claise von der Quelle bis zum Staudamm von Bossay-sur-Claise im Departement Indre et Loire;
 - das Einzugsgebiet der Bäche Velleches und Trois Moulins von der jeweiligen Quelle bis zu den Staudamm der Trois Moulins im Departement Vienne;
 - das Einzugsgebiet der atlantischen Küstenflüsse im Departement Vendée.

Küstengebiete

- die gesamte bretonische Küste, ausgenommen
 - Rade de Brest,
 - Anse de Camaret,
 - das Küstengebiet zwischen der Pointe de Trévignon und der Laïta-Mündung,
 - das Küstengebiet zwischen der Tohon-Mündung und der Departement-Grenze.

4.A.3. Seine-Normandie**Binnenwassergebiete**

- Flussbecken der Sélune.

4.A.4. Region Aquitanien**Einzugsgebiete**

- das Einzugsgebiet des Vignac von der Quelle bis zur Talsperre „la Forge“,
- das Einzugsgebiet des Gouaneyre von der Quelle bis zur Talsperre „Maillières“,
- das Einzugsgebiet des Susselgue von der Quelle bis zur Talsperre „Susselgue“,
- das Einzugsgebiet des Luzou von der Quelle bis zur Talsperre beim Fischzuchtbetrieb „Laluque“,
- das Einzugsgebiet des Gouadas von der Quelle bis zur Talsperre beim „l'Etang de la Glacière à Saint Vincent de Paul“,
- das Einzugsgebiet des Bayse von den Quellen bis zur Talsperre bei der „Moulin de Lartia et de Manobre“.

4.A.5. Midi-Pyrénées**Einzugsgebiete**

- das Einzugsgebiet des Cernon von der Quelle bis zur Talsperre „Saint George de Luzençon“.

4.B. In Bezug auf VHS zugelassene Gebiete in Frankreich**4.B.1. Loire-Bretagne****Binnenwassergebiete**

- Loire-Becken: Einzugsgebiet des Oberlaufs des Huisne von der Quelle der Wasserläufe bis zu den Staudämmen Ferté-Bernard.

4.C. In Bezug auf IHN zugelassene Gebiete in Frankreich**4.C.1. Loire-Bretagne****Binnenwassergebiete**

- Die folgenden Einzugsgebiete des Flussbeckens der Vienne:
 - das Einzugsgebiet des Anglin von der Quelle bis zu den Staudämmen von
 - EDF von Châtelleraut (Vienne) im Departement Vienne;
 - Saint Pierre de Maillé (Gartempe) im Departement Vienne;
 - Bénavent (Creuse) im Departement Indre;
 - Douadic (Suin) im Departement Indre;
 - Bossay-sur-Claise (Claise) im Departement Indre et Loire.

5.A. In Bezug auf VHS zugelassene Gebiete in Irland

- Irland (*), ausgenommen Cape Clear Island

(*) Einschließlich aller Binnenwasser- und Küstengebiete seines Hoheitsgebiets.

5.B. In bezug auf IHN zugelassene Gebiete in Irland

— Irland ⁽⁷⁾

6.A. In Bezug auf IHN und VHS zugelassene Gebiete in Italien**6.A.1. Region Trentino Alto Adige, Autonome Provinz Trento****Binnenwassergebiete**

- Val di Fiemme, Fassa e Cembra: Wassereinzugsgebiet des Avisio von der Quelle bis zur Talsperre von Serra San Giorgio in der Gemeinde Giovo;
- Val delle Sorne: Wassereinzugsgebiet der Sorna von der Quelle bis zur Talsperre (Wasserkraftwerk der Gemeinde Chizzola (Ala) vor der Einmündung in den Adige);
- Torrente Adanà: Wassereinzugsgebiet des Adanà von der Quelle bis zu den verschiedenen Talsperren unterhalb des Bauernhofs Armani Cornelio-Lardaro;
- Rio Manes: Gebiet, in dem das Wasser des Manes aufgehalten und zu einem Wasserfall 200 m unterhalb des Bauernhofs „Troticoltura Giovanelli“ in der Gemeinde La Zinquantina geleitet wird;
- Val Rendena: Wassereinzugsgebiet des Sarca von der Quelle bis zum Staudamm von Oltresarca in der Gemeinde Villa Rendena;
- Val di Ledro: Wassereinzugsgebiet des Massangla und des Ponale von den Quellen bis zum Wasserkraftwerk bei „Centrale“ in der Gemeinde Molina di Ledro;
- Valsugana: Wassereinzugsgebiet des Brenta von den Quellen bis zum Marzotto-Staudamm bei Mantinelli in der Gemeinde Grigno;
- Val del Fersina: Wassereinzugsgebiet des Fersina von den Quellen bis zum Wasserfall von Ponte Alto.

6.A.2. Region Lombardei, Provinz Brescia**Binnenwassergebiete**

- Ogliolo: Wassereinzugsgebiet des Ogliolo von der Quelle bis zum Wasserfall (unterhalb des Adamello-Fischzuchtbetriebs) wo der Ogliolo in den Oglio mündet;
- Fiume Caffaro: Wassereinzugsgebiet des Baches Cafarro von der Quelle bis zu der 1 km flussabwärts vom Zuchtbetrieb gelegenen Talsperre.

6.A.3. Region Umbrien, Provinz Perugia**Binnenwassergebiete**

- Lago Trasimeno: Trasimeno-See.

6.A.4. Region Veneto**Binnenwassergebiete**

- Zona Belluno: Wassereinzugsgebiet in der Provinz Belluno von der Quelle des Baches Ardo bis zu der am Unterlauf (vor der Mündung des Ardo in den Fluss Piave) gelegenen Sperranlage des Betriebs Centro Sperimentale di Acquacoltura, Valli di Bolzano Bellunese, Belluno.

6.A.5. Region Toscana**Binnenwassergebiete**

- Valle del fiume Serchio: Wassereinzugsgebiet des Serchio von den Quellen bis zum Staudamm von Piaggione.

⁽⁷⁾ Einschließlich aller Binnenwasser- und Küstengebiete seines Hoheitsgebiets.

6.A.6. Region Umbrien

Binnenwassergebiete

- Fosso di Terrìa: Wassereinzugsgebiet des Terrìa von den Quellen bis zur Talsperre unterhalb des Fischzuchtbetriebs „Ditta Mountain Fish“, bei dem der Terrìa in den Nera mündet.

6.B. In Bezug auf VHS zugelassene Gebiete in Italien**6.B.1. Region Trentino Alto Adige, Autonome Provinz Trento**

Binnenwassergebiete

- Valle dei Laghi: Wassereinzugsgebiet der Seen von San Massenza, Toblino und Cavedine zur stromabwärts gelegenen Talsperre am Südende des Sees von Cavedine (Wasserkraftwerk der Gemeinde Torbole).

7.A. In Bezug auf VHS zugelassene Gebiete in Schweden

- Schweden ⁽⁶⁾:
 - ausgenommen der Gebietsstreifen an der Westküste im Umkreis von 20 km um den Fischzuchtbetrieb der Insel Björkö sowie das Mündungs- und Wassereinzugsgebiet der Flüsse Göta und Säve bis zur jeweils ersten Migrationengrenze (bei Trollhättan bzw. der Einmündung in den Aspen-See).

7.B. In Bezug auf IHN zugelassene Gebiete in Schweden

- Schweden ⁽⁶⁾

8. In Bezug auf IHN und VHS zugelassene Gebiete im Vereinigten Königreich, auf den Kanalinseln und der Insel Man

- Großbritannien ⁽⁶⁾
- Nordirland ⁽⁶⁾
- Guernsey ⁽⁶⁾
- Insel Man ⁽⁶⁾

⁽⁶⁾ Einschließlich aller Binnenwasser- und Küstengebiete seines Hoheitsgebiets.

ANHANG II

IN BEZUG AUF VHS UND/ODER IHN ZUGELASSENE FISCHZUCHTBETRIEBE

1. In Bezug auf VHS und IHN zugelassene Fischzuchtbetriebe in Belgien

1.	La Fontaine aux truites	B-6769 Gérouville
----	-------------------------	-------------------

2. In Bezug auf VHS und IHN zugelassene Fischzuchtbetriebe in Dänemark

1.	Vork Dambrug	DK-6040 Egtved
2.	Egebæk Dambrug	DK-6880 Tarm
3.	Bækkelund Dambrug	DK-6950 Ringkøbing
4.	Borups Geddeopdræt	DK-6950 Ringkøbing
5.	Bornholms Lakseklækkeri	DK-3730 Nexø
6.	Langes Dambrug	DK-6940 Lem St.
7.	Brænderigårdens Dambrug	DK-6971 Spjald
8.	Siglund Fiskeopdræt	DK-4780 Stege
9.	Ravning Fiskeri	DK-7182 Bredsten
10.	Ravnkær Dambrug	DK-7182 Bredsten

3.A. In Bezug auf VHS und IHN zugelassene Fischzuchtbetriebe in Deutschland

3.1. Niedersachsen

1.	Jochen Moeller	Fischzucht Harkenbleck D-30966 Hemmingen-Harkenbleck
2.	Versuchsgut Relliehausen der Universität Göttingen	(Brutanlage) D-37586 Dassel
3.	Dr. R. Rosengarten	Forellenzucht Sieben Quellen D-49124 Georgsmarienhütte
4.	Klaus Kröger	Fischzucht Klaus Kröger D-21256 Handeloh Wörme
5.	Ingeborg Riggert-Schlumbohm	Forellenzucht W. Riggert D-29465 Schnega
6.	Volker Buchtmann	Fischzucht Nordbach D-21441 Garstedt
7.	Sven Kramer	Forellenzucht Kaierde D-31073 Delligsen
8.	Hans-Peter Klusak	Fischzucht Grönegau D-49328 Melle
9.	F. Feuerhake	Forellenzucht Rheden D-31039 Rheden
10.	Horst Pöpke	Fischzucht Pöpke Hauptstraße 14 D-21745 Hemmoor

3.2. Thüringen

1.	Firma Tautenhahn	D-98646 Trostadt
2.	Fischzucht Salza GmbH	D-99734 Nordhausen-Salza
3.	Fischzucht Kindelbrück GmbH	D-99638 Kindelbrück
4.	Reinhardt Strecker	Forellenzucht Orgelmühle D-37351 Dingelstadt

3.3. Baden-Württemberg

1.	Heiner Feldmann	Riedlingen/Neufra D-88630 Pfullendorf
2.	Walter Dietmayer	Forellenzucht Walter Dietmayer Hettingen D-72501 Gammertingen
3.	Heiner Feldmann	Bad Waldsee D-88630 Pfullendorf
4.	Heiner Feldmann	Bergatreute D-88630 Pfullendorf
5.	Oliver Fricke	Anlage Wuchzenhofen Boschenmühle D-87764 Mariasteinbach-Legau 13 ½
6.	Peter Schmaus	Fischzucht Schmaus, Steinental D-88410 Steinental/Hauerz
7.	Josef Schnetz	Fenkenmühle D-88263 Horgenzell
8.	Erwin Steinhart	Quellwasseranlage Steinhart Hettingen D-72513 Hettingen
9.	Hugo Strobel	Quellwasseranlage Otterswang Sägmühle D-72505 Hausen am Andelsbach
10.	Reinhard Lenz	Forsthaus Gaimühle D-64759 Sensbachtal
11.	Peter Hofer	Sulzbach D-78727 Aisteig/Oberndorf
12.	Stephan Hofer	Oberer Lautenbach D-78727 Aisteig/Oberndorf
13.	Stephan Hofer	Unterer Lautenbach D-78727 Aisteig/Oberndorf
14.	Stephan Hofer	Schelklingen D-78727 Aistaig/Oberndorf
15.	Hubert Schuppert	Brutanlage: Obere Fischzucht Mastanlage: Untere Fischzucht D-88454 Unteressendorf
16.	Johannes Dreier	Brunnentobel D-88299 Leutkirch/Hebrachhofen
17.	Peter Störk	Wagenhausen D-88348 Saulgau
18.	Erwin Steinhart	Geislingen/St. D-73312 Geislingen/St.

19.	Joachim Schindler	Forellenzucht Lohmühle D-72275 Alpirsbach
20.	Heribert Wolf	Forellenzucht Sohnus D-72160 Horb-Diessen
21.	Claus Lehr	Forellenzucht Reinerzau D-72275 Alpirsbach-Reinerzau
22.	Hugo Hager	Bruthausanlage D-88639 Walbertsweiler
23.	Hugo Hager	Waldanlage D-88639 Walbertsweiler
24.	Gumpper und Stöll GmbH	Forellenhof Rössle Honau D-72805 Liechtenstein
25.	Ulrich Ibele	Pfrungen D-88271 Pfrungen
26.	Hans Schmutz	Brutanlage 1, Brutanlage 2, Brut- und Setzlingsanlage 3 (Hausanlage) D-89155 Erbach
27.	Wilhelm Drafehnl	Obersimonswald D-77960 Seelbach
28.	Wilhelm Drafehnl	Brutanlage Seelbach D-77960 Seelbach
29.	Franz Schwarz	Oberharmersbach D-77784 Oberharmersbach
30.	Meinrad Nuber	Langenenslingen D-88515 Langenenslingen
31.	Anton Spieß	Höhmühle D-88353 Kifleg
32.	Karl Servay	Osterhofen D-88339 Bad Waldsee
33.	Kreissportfischereiverein Biberach	Warthausen D-88400 Biberach
34.	Hans Schmutz	Gossenzugen D-89155 Erbach
35.	Reinhard Rösch	Haigerach D-77723 Gengenbach
36.	Harald Tress	Unterlauchringen D-79787 Unterlauchringen
37.	Alfred Tröndle	Tiefenstein D-79774 Albbruck
38.	Alfred Tröndle	Unteralpfen D-79774 Unteralpfen
39.	Peter Hofer	Schenkenbach D-78727 Aisteig/Oberndorf
40.	Heiner Feldmann	Bainders D-88630 Pfullendorf
41.	Andreas Zordel	Fischzucht Im Gänsebrunnen D-75305 Neuenbürg
42.	Hans Fischböck	Forellenzucht am Kocherursprung D-73447 Oberkochen

43.	Hans Fischböck	Fischzucht D-73447 Oberkochen
44.	Josef Dürr	Forrelenzucht Igersheim D-97980 Bad Mergentheim
45.	Kurt Englerth und Sohn GBR	Anlage Berneck D-72297 Seewald
46.	Fischzucht Anton Jung	Anlage Rohrsee D-88353 Kisslegg
47.	Staatliches Forstamt Wangen	Anlage Karssee D-88239 Wangen i. A.
48.	Simon Phillipson	Anlage Weissenbronnen D-88364 Wolfegg
49.	Hans Klaiber	Anlage Bad Wildbad D-75337 Enzklösterle
50.	Josef Hönig	Forellenzucht Hönig D-76646 Bruchsal-Heidelsheim
51.	Werner Baur	Blitzenreute D-88273 Fronreute-Blitzenreute
52.	Gerhard Weihmann	Mägerkingen D-72574 Bad Urach-Seeburg
53.	Hans und Hubert Belser GBR	Dettingen D-72401 Haigerloch-Gruol
54.	Staatliche Forstämter Ravensburg und Wangen	Altdorfer Wald D-88214 Ravensburg
55.	Anton Jung	Bunkhoferweiher, Schanzwiesweiher und Häcklerweiher D-88353 Kisslegg
56.	Hildegart Litke	Holzweiher D-88480 Achstetten
57.	Werner Wägele	Ellerazhofer Weiher D-88319 Aitrach
58.	Ernst Graf	Hatzenweiler Osterbergstraße 8 D-88239 Wangen-Hatzenweiler
59.	Fischbrutanstalt des Landes Baden-Württemberg	Obereisenbach Argenweg 50 D-88085 Langenargen
60.	Johann-Georg Huchler	Gutenzell Ochsenhauserstraße 17 D-88484 Gutenzell
61.	Meinrad Nuber	Ochsenhausen Obere Wiesen 1 D-88416 Ochsenhausen
62.	Bezirksfischereiverein Nagoldtal e. V.	Kentheim Lange Steige 34 D-75365 Calw
63.	Berd und Volker Fähnrich	Neumühle D-88260 Ratzenried-Argenbühl
64.	Klaiber „An der Tierwiese“	Hans Klaiber Rathausweg 7 D-75377 Enzklösterle

65.	Parey, Bittigkoffer — Unterreichenbach	Klaus Parey, Mörikeweg 17 D-75331 Engelsbran 2
66.	Farm Sauter Anlage Pfliegelberg	Gerhard Sauter D-88239 Wangen-Pfliegelberg 6
67.	Krattenmacher Anlage Osterhofen	Krattenmacher, Hittelhofen Gasthaus D-8339 Bad Waldsee
68.	Fährnich Anlage Argenmühle D88260 Ratzenried-Argenmühle	Bernd und Volker Fährnich Von Rütistraße D-8339 Bad Waldsee
69.	Gumpper und Stoll Anlage Unterhausen	Gumpper und Stoll GmbH und Co.KG Heerstraße 20 D-72805 Lichtenstein-Honau
70.	Durach Anlage Altann	Antonie Durach Panoramastraße 23 D-88346 Wolfegg-Altann
71.	Städler Anlage Raunsmühle	Paul Städler Raunsmühle D-88499 Riedlingen-Pfummern
72.	König Anlage Erisdorf	Sigfried König Helfenstraße 2/1 D-88499 Riedlingen-Neufra
73.	Forellenzucht Drafehn Anlage Wittelbach	Wilhelm Drafehn Schuttertalsstraße 1 D-77960 Seelbach-Wittelbach
74.	Wirth Anlage Dengelshofen	Günther Wirth D-88316 Isny-Dengelshofen 219
75.	Krämer, Bad Teinach	Sascha Krämer Postrstraße 11 D-75385 Bad Teinach-Zavelstein
76.	Muffler Anlage Eigeltingen	Emil Muffler Brielholzer Hof D-78253 Eigeltingen

3.4. Nordrhein-Westfalen

1.	Wolfgang Lindhorst-Emme	Hirschquelle D-33758 Schloss Holte-Stukenbrock
2.	Wolfgang Lindhorst-Emme	Am Oelbach D-33758 Schloss Holte-Stukenbrock
3.	Hugo Rameil und Söhne	Sauerländer Forellenzucht D-57368 Lennestadt-Gleierbrück
4.	Peter Horres	Ovenhausen, Jätzer Mühle D-37671 Hörter
5.	Wolfgang Middendorf	Fischzuchtbetrieb Middendorf D-46348 Raesfeld

3.5. Bayern

1.	Gerstner Peter	(Forellenzuchtbetrieb Juraquell) Wellheim D-97332 Volkach
2.	Werner Ruf	Fischzucht Wildbad 86925 Fuchstal-Leeder
3.	Rogg	Fisch Rogg 87751 Heimertingen

4.	Fischzucht Graf Anlage D-87737 Reichau	Fischzucht Graf GbR Engishausen 64 87743 Egg an der Günz
5.	Fischzucht Graf Anlage D-87727 Klosterbeuren	Fischzucht Graf GbR Engishausen 64 87743 Egg an der Günz
6.	Fischzucht Graf Anlage D-87743 Egg an der Günz	Fischzucht Graf GbR Engishausen 64 D-87743 Egg an der Günz
7.	Anlage Am Grossen Dürrmaul D-95671 Bärnau	Andreas Rösch Am großen Dürrmaul 2 D-95671 Bärnau
8.	Andreas Hofer Anlage D-84524 Mitterhausen	Andreas Hofer Vils 6 D-8419 Velden

3.6. Sachsen

1.	Anglerverband Südsachsen „Mulde/Elster“ e. V.	Forellenanlage Schlettau D-09487 Schlettau
2.	H. und G. Ermisch GbR	Forellen- und Lachszucht D-01844 Langburkersdorf

3.7. Hessen

1.	Hermann Rameil	Fischzuchtbetriebe Hermann Rameil D-34311 Naumburg OT Altendorf
----	----------------	--

3.8. Schleswig-Holstein

1.	Hubert Mertin	Forellenzucht Mertin Mühlenweg 6 D-24247 Roderbek
----	---------------	---

3.B. In Bezug auf IHN zugelassene Fischzuchtbetriebe in Deutschland

3.B.1. Thüringen

1.	Thüringer Forstamt Leinefelde	Fischzucht Worbis D-37327 Leinefelde
----	-------------------------------	---

4. In Bezug auf VHS und IHN zugelassene Fischzuchtbetriebe in Spanien

4.1. Region: Autonome Gemeinschaft Aragón

1.	Truchas del Prado	in Alcala de Ebro, Provinz Zaragoza (Aragón)
----	-------------------	--

5.A. In Bezug auf VHS und IHN zugelassene Fischzuchtbetriebe in Frankreich

5.A.1. Adour-Garonne

1.	Pisciculture de Sarrance	F-64490 Sarrance (Pyrénées-Atlantiques)
2.	Pisciculture des Sources	F-12540 Cornus (Aveyron)
3.	Pisciculture de Pissos	F-40410 Pissos (Landes)
4.	Pisciculture de Tambareau	F-40000 Mont de Marsan (Landes)
5.	Pisciculture „Les Fontaines d'Escot“	F-64490 Escot (Pyrénées-Atlantiques)
6.	Pisciculture de la Forge	F-47700 Casteljaloux (Lot-et-Garonne)

5.A.2. *Artois-Picardie*

1.	Pisciculture du Moulin du Roy	F-62156 Rémy (Pas-de-Calais)
2.	Pisciculture du Bléquin	F-62380 Séninghem (Pas-de-Calais)
3.	Pisciculture de Earls Feldmann 76340 Hodeng Au Bosc	F-80580 Bray-Les-Mareuil
4.	Pisciculture Bonnelle à Ponthoile	Bonnelle 80133 Ponthoile M. Sohier 26, rue George Deray F-80100 Abeville
5.	Pisciculture Bretel à Gezaincourt	Bretel 80600 Gezaincourt-Doulens M. Sohier 26, rue George Deray F-80100 Abeville

5.A.3. *Aquitanien*

1.	SARL Salmoniculture de la Ponte — Station d'Alevinage du Ruisseau Blanc	Le Meysout — F-40120 Arue
2.	L'EPST-INRA Pisciculture à Lees Athas	Saillet et Esquit — F-64490 Lees Athas INRA — BP 3 — F-64310 Saint Pee sur Nivelle

5.A.4. *Drôme*

1.	Pisciculture „Sources de la Fabrique“	40, Chemin de Robinson F-26000 Valence
----	---------------------------------------	---

5.A.5. *Haute-Normandie*

1.	Pisciculture des Godeliers	F-27210 Le Torpt
2.	Pisciculture fédérale de Saint Gertrude F-76490 Maulevrier	Fédération des association pour la pêche et la protection de milieu aquatique de Seine-Mari- time-11 F-76490 Maulevrier

5.A.6. *Loire-Bretagne*

1.	SCEA „Truites du lac de Cartravers“	Bois-Boscher F-22460 Merleac (Côtes-d'Armor)
2.	Pisciculture du Thélohier	F-35190 Cardroc (Ille-et-Vilaine)
3.	Pisciculture de Plainville	F-28400 Marolles Les Buis (Eure-et-Loir)
4.	Pisciculture Rémon à Parné sur Roc	SARL Remon 21, rue de la Véquerie F-53260 Parné sur Roc (Mayenne)

5.A.7. *Rhin-Meuse*

1.	Pisciculture du ruisseau de Dompierre	F-55300 Lacroix sur Meuse (Meuse)
2.	Pisciculture de la source de la Deüe	F-55500 Cousances-aux-Bois (Meuse)

5.A.8. *Rhône-Méditerranée-Corse*

1.	Pisciculture Charles Murgat	Les Fontaines F-38270 Beaufort (Isère)
----	-----------------------------	---

5.A.9. Seine-Normandie

1.	Pisciculture du Vaucheron	F-55130 Gondrecourt-Le-Château (Meuse)
----	---------------------------	--

5.A.10. Languedoc Roussillon

1.	Pisciculture de Pêcher 48400 Florac	Fédération de la Lozère pour la pêche et la protection du milieu aquatique F-48400 Florac
----	--	---

5.A.11. Midi-Pyrénées

1.	Pisciculture de la source du Durzon	SCEA Pisciculture du mas de pommiers F-12230 Nant
----	-------------------------------------	--

5.A.12. Alpes de Haute Provence

1.	Centre Piscicole de Roquebilière F-06450 Roquebilière	Fédération des Alpes-Maritimes pour la pêche et la protection du milieu aquatique F-06450 Roquebilière
----	--	--

5.B. In Bezug auf VHS zugelassene Fischzuchtbetriebe in Frankreich

5.B.1. Artois-Picardie

1.	Pisciculture de Sangheen	F-62102 Calais (Pas-de-Calais)
----	--------------------------	--------------------------------

6. In Bezug auf VHS und IHN zugelassene Fischzuchtbetriebe in Italien

6.1. Region: Friaul-Julisch Venezien

Stella-Becken		
1.	Azienda ittica agricola Collavini Mario	Via Tiepolo 12 I-33032 Bertiole (UD) N. I096UD005
Tagliamento-Becken		
2.	Nuova Azzurra SpA	Nuova Azzurra SpA Via Molino del Cucco 38 Rivoli di Osoppo (UD)
3.	Impianto ittiogenico di Forni di Sotto	Ente tutela pesca del Friuli Via Colugna 3 I-33100 Udine
4.	Impianto di Grauzaria di Moggio Udinese	Ente tutela pesca del Friuli Via Colugna 3 I-33100 Udine
5.	Impianto ittiogenico di Amaro	Ente tutela pesca del Friuli Via Colugna 3 I-33100 Udine
6.	Impianto ittiogenico di Somplago — Mena di Cavazzo Carnico	Ente tutela pesca del Friuli Via Colugna 3 I-33100 Udine

6.2. Autonome Provinz Trento

Noce-Becken		
1.	Ass. Pescatori Solandri (Loc. Fucine)	Cavizzana
2.	Troticoltura di Grossi Roberto	Grossi Roberto Via Molini n. 11 Monoclassico (TN) N. 121TN010
Brenta-Becken		
3.	Campestrin Giovanni	Telve Valsugana (Fontane)
4.	Ittica Resenzola Serafini	Grigno
5.	Ittica Resenzola Selva	Grigno
6.	Leonardi F.lli	Levico Terme (S. Giuliana)
7.	Dellai Giuseppe-Trot. Valsugana	Grigno (Fontana Secca, Maso Puele)
8.	Cappello Paolo	Via Zacconi 21 Loc. Maso Fontane, Roncegno
Adige-Becken		
9.	Celva Remo	Pomarolo
10.	Margonar Domenico	Ala (Pilcante)
11.	Degiuli Pasquale	Mattarello (Regole)
12.	Tamanini Livio	Vigolo Vattaro
13.	Troticoltura Istituto Agrario di S. Michele a/A.	S. Michele all'Adige
Sarca-Becken		
14.	Ass. Pescatori Basso Sarca	Ragoli (Pez)
15.	Stab. Giudicariense La Mola	Tione (Delizia d'Ombra)
16.	Azienda Agricola La Sorgente ss	Tione (Saone)
17.	Fonti del Dal ss	Lomaso (Dasindo)
18.	Comfish Srl (ex. Paletti)	Preore (Molina)
19.	Ass. Pescatori Basso Sarca	Tenno (Pranzo)
20.	Troticoltura „La Fiana“	Di Valenti Claudio (Bondo)
Chiese-Becken		
21.	Facchini Emiliano	Pieve di Bono (Agrone)

6.3. Region: Umbrien

Nera-Tal		
1.	Impianto Ittogenico provinciale	Loc Ponte di Cerreto di Spoleto (PG) — Öffentliche Anlage (Provinz Perugia)

6.4. Region: Veneto

Astico-Becken		
1.	Centro Ittico Valdastico	Valdastico (Veneto, Province Vicenza)
Lietta-Becken		
2.	Azienda Agricola Lietta sas	Via Rai 3 I-31010 Ormelle (TV) n. 052TV074
Bacchiglione-Becken		
3.	Azienda Agricola Troticoltura Grosselle Massimo	Massimo Grosselle Via Palmirona 18 Sandrigo (VI) N. 091VI831
Brenta-Becken		
4.	Polo Guerrino, Via S. Martino 51 Loc. Campese I -36061 Bassano del Grappa	Polo Guerrino Via Tre Case 4 I-36056 Tezze sul Brenta
Tione in Fattolé		
5.	Piscicoltura Menozzi di Franco e Davide Menozzi ss	Davide Menozzi Via Mazzini 32 Bonferraro de Sorga

6.5. Region: Valle D'Aosta

Dora Baltea-Becken		
1.	Stabilimento ittiogenico regionale	Rue Mont Blanc 14, Morgex (AO)

6.6. Region: Lombardei

1.	Azienda Troticoltura Foglio Ass	Troticoltura Foglio Angelo, SS Piazza Marconi 3 I-25072 Bagolino
2.	Azienda Agricola Pisani Dossi Cascina Oldani, Cisliano (MI)	Giorgio Peterlongo Via Veneto 20 — Milano

7. In Bezug auf VHS und IHN zugelassene Fischzuchtbetriebe in Österreich

1.	Alois Köttl	Forellenzucht Alois Köttl A-4872 Neukirchen a.d. Vöckla
2.	Herbert Böck	Forellenhof Kaumberg Höfnergraben 1 A-2572 Kaumberg
3.	Forellenzucht Glück	Erick und Sylvia Glück Hammerweg 13 A-5270 Mauerkirchen

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION
vom 20. Juni 2003
mit Maßnahmen zum Schutz gegen Affenpocken

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 1953)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2003/459/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 91/496/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG, 90/425/EWG und 90/675/EWG⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 96/43/EG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In bestimmten Teilen der Vereinigten Staaten von Amerika haben sich Fälle von Affenpocken (Monkey pox) bestätigt.
- (2) Nach Untersuchungen der zuständigen amerikanischen Behörden gibt es Anhaltspunkte dafür, dass sich die betreffenden Präriehunde durch Kontakte mit nicht domestizierten Nagern (gambische Riesenratten) angesteckt haben, die aus afrikanischen Regenwaldgebieten, in denen die Seuche endemisch ist, eingeführt wurden.
- (3) Bekanntes Virusreservoir im endemischen Gebiet sind Eichhörnchen und nicht domestizierte Nagetiere im afrikanischen Regenwald. Anders als der Name der Seuche andeutet, infizieren sich Affen und Primaten eher zufällig durch direkte oder enge Kontakte zu infizierten Reservoirwirten.
- (4) Affenpocken sind eine Zoonose, die es in der Europäischen Union bisher nicht gibt.
- (5) Es empfiehlt sich, auf Gemeinschaftsebene so schnell wie möglich die erforderlichen Schutzmaßnahmen zu erlassen, insbesondere hinsichtlich Präriehunden mit Ursprung in oder Herkunft aus den Vereinigten Staaten von Amerika.
- (6) Um eine Situation wie in den Vereinigten Staaten zu vermeiden, sollte die Einfuhr von Reservoirwirten aus dem endemischen Gebiet ausgesetzt werden.
- (7) Den Mitgliedstaaten sollten jedoch nach wie vor die Möglichkeit haben, im Rahmen der Richtlinie 92/65/EWG des Rates vom 13. Juli 1992 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den Handel mit Tieren, Samen, Eizellen und Embryonen in der Gemeinschaft

sowie für ihre Einfuhr in die Gemeinschaft, soweit sie diesbezüglich nicht den spezifischen Gemeinschaftsregelungen nach Anhang A Abschnitt I der Richtlinie 90/425/EWG unterliegen⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1282/2002 der Kommission⁽⁴⁾, Einführen zu besonderen Zwecken zu genehmigen.

- (8) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Mitgliedstaaten verbieten die Einfuhr von Präriehunden (*Cynomys* sp.) mit Ursprung in oder Herkunft aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

Artikel 2

Die Mitgliedstaaten verbieten die Einfuhr von nicht domestizierten Nagetieren und Eichhörnchen mit Ursprung in oder Herkunft aus Drittländern der afrikanischen subsaharischen Region.

Artikel 3

Im Rahmen von Einfuhren zwischen Betrieben im Sinne von Artikel 2 der Richtlinie 92/65/EWG können die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten Ausnahmen von den Verboten gemäß den Artikeln 1 und 2 gewähren.

Artikel 4

Die Mitgliedstaaten ändern ihre Einfuhrvorschriften, um sie mit dieser Entscheidung in Einklang zu bringen und geben die erlassenen Maßnahmen unverzüglich in angemessener Weise öffentlich bekannt. Sie unterrichten die Kommission unverzüglich davon.

Artikel 5

Diese Entscheidung wird im Zuge der Seuchenentwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika überprüft.

⁽¹⁾ ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 56.

⁽²⁾ ABl. L 16 vom 22.1.1996, S. 3.

⁽³⁾ ABl. L 268 vom 14.9.1992, S. 54.

⁽⁴⁾ ABl. L 187 vom 16.7.2002, S. 3.

Artikel 6

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission
David BYRNE
Mitglied der Kommission

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 20. Juni 2003

über Dringlichkeitsmaßnahmen hinsichtlich scharfer Chilis und scharfer Chilierzugnisse

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 1970)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2003/460/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 54,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 setzt die Kommission das Inverkehrbringen oder die Verwendung eines Lebens- oder Futtermittels aus, das möglicherweise ein schwerwiegendes Risiko für die menschliche Gesundheit darstellt, und ergreift alle sonstigen entsprechenden vorläufigen Maßnahmen, wenn ein derartiges Risiko durch Maßnahmen des betroffenen Mitgliedstaates nicht ausreichend eingedämmt werden kann.
- (2) Am 9. Mai 2003 hat Frankreich über das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel Informationen über die Feststellung des Farbstoffs Sudanrot I in scharfen Chilierzugnissen aus Indien übermittelt. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass Erzeugnisse mit Ursprung in der Gemeinschaft von diesen Untersuchungsergebnissen betroffen sind.
- (3) Aus Versuchsdaten geht hervor, dass es sich bei Sudanrot I um ein genotoxisches Karzinogen handeln könnte. Daher kann keine duldbare tägliche Aufnahmemenge festgelegt werden. Sudanrot I kann auch über die Haut oder durch Einatmen sensibilisierende Wirkung haben. Es wurde außerdem von der Internationalen Agentur für Krebsforschung als Karzinogen der Kategorie 3 eingestuft.
- (4) Daher deuten die von Frankreich übermittelten Untersuchungsergebnisse auf eine Verfälschung hin, die ein schwerwiegendes Gesundheitsrisiko darstellt.
- (5) Am 5. Juni 2003 verabschiedete Frankreich angesichts des möglichen Ausmaßes des Problems vorläufige Schutzmaßnahmen und teilte dies der Kommission mit.
- (6) Somit muss die Kommission die Angelegenheit innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Verabschiedung der Maßnahmen durch Frankreich dem Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit vorlegen, um prüfen zu lassen, ob die nationalen vorläufigen Schutzmaßnahmen zu erweitern, zu ändern oder aussetzen sind.

- (7) Auf Grund der großen Gefahr für die Gesundheit müssen die von Frankreich ergriffenen Maßnahmen auf die gesamte Gemeinschaft ausgedehnt werden. Außerdem sollte der mögliche Dreieckshandel berücksichtigt werden, insbesondere bei Erzeugnissen, für die keine amtlichen Ursprungszeugnisse ausgestellt werden. Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit ist es angezeigt vorzuschreiben, dass den in jeglicher Form in die Gemeinschaft eingeführten und zum Verzehr bestimmten Sendungen scharfer Chilis und scharfer Chilierzugnisse ein Analysebericht des betroffenen Importeurs oder Lebensmittelunternehmers beiliegt, mit dem nachgewiesen wird, dass die Sendung kein Sudanrot I enthält. Aus dem gleichen Grund entnehmen die Mitgliedstaaten von scharfen Chilis und scharfen Chilierzugnissen bei der Einfuhr oder von bereits im Handel befindlichen Erzeugnissen Stichproben und analysieren diese.
- (8) Es ist angezeigt, die Vernichtung von verfälschten scharfen Chilis und scharfen Chilierzugnissen anzuordnen, um ihre Einführung in die Nahrungskette zu vermeiden.
- (9) Da die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen Auswirkungen auf die Kontrollressourcen der Mitgliedstaaten haben, sollten die Ergebnisse dieser Maßnahmen spätestens nach 12 Monaten evaluiert werden, damit beurteilt wird, ob sie zum Schutz der öffentlichen Gesundheit weiterhin erforderlich sind.
- (10) Bei dieser Evaluierung sollten die Ergebnisse aller von den zuständigen Behörden durchgeführten Analysen berücksichtigt werden.
- (11) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen stimmen mit der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit überein —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anwendungsbereich

Diese Entscheidung gilt für folgende, zum menschlichen Verzehr bestimmte scharfe Chilis und scharfe Chilierzugnisse in jeglicher Form:

— Früchte der Gattung *Capsicum*, getrocknet und zerstoßen oder gemahlen gemäß CN Code 0904 20 90.

⁽¹⁾ ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1.

*Artikel 2***Bedingungen für die Einfuhr von scharfen Chilis und scharfen Chilierzugnissen**

(1) Die Mitgliedstaaten verbieten die Einfuhr von scharfen Chilis und scharfen Chilierzugnissen gemäß Artikel 1, sofern nicht mit einem die Sendung begleitenden Analysebericht nachgewiesen wird, dass das Erzeugnis kein Sudanrot I (CAS-Nr. 842-07-09) enthält.

(2) Die zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten überprüfen, dass jeder zur Einfuhr vorgestellten Sendung scharfer Chilis und scharfer Chilierzugnisse ein Bericht gemäß Absatz 1 beigefügt ist.

(3) Fehlt ein derartiger Analysebericht, lässt der in der Gemeinschaft niedergelassene Importeur das Erzeugnis untersuchen, um nachzuweisen, dass es kein Sudanrot I enthält. Bis zum Vorliegen des Analyseberichts wird das Erzeugnis unter amtlicher Aufsicht zurückgehalten.

*Artikel 3***Probenahme und Analyse**

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen, einschließlich der Entnahme und Analyse von Stichproben von scharfen Chilis und scharfen Chilierzugnissen, die zur Einfuhr vorgestellt werden oder sich bereits im Handel befinden, um zu überprüfen, dass sie kein Sudanrot I enthalten. Sie informieren die Kommission über positive (ungünstige) Ergebnisse über das Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel. Über negative (günstige) Ergebnisse stellen sie der Kommission alle drei Monate Bericht ab. Dieser Bericht wird jeweils in dem auf das Quartalsende folgenden Monat vorgelegt⁽¹⁾.

(2) Sendungen, die amtlich beprobt und untersucht werden, können vor der Freigabe für den Handel höchstens 15 Arbeitstage lang zurückgehalten werden.

*Artikel 4***Aufteilung einer Sendung**

Wird eine Sendung aufgeteilt, so ist jeder Teilsendung eine beglaubigte Kopie des Analyseberichts gemäß Artikel 2 Absatz 1 beizufügen.

*Artikel 5***Verfälschte Sendungen**

Erzeugnisse gemäß Artikel 1, in denen Sudanrot I festgestellt wird, werden vernichtet.

*Artikel 6***Kostendeckung**

Die aus der Analyse, Lagerung und möglichen Vernichtung entstehenden Kosten in Bezug auf Artikel 2, Absätze 1 und 3, und Artikel 5, werden von den betroffenen Importeuren oder Lebensmittelunternehmern getragen.

*Artikel 7***Überprüfung der Maßnahmen**

Diese Entscheidung wird spätestens zum 20. Juni 2004 überprüft.

*Artikel 8***Adressaten**

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 20. Juni 2003

Für die Kommission

David BYRNE

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ April, Juli, Oktober, Januar.

(In Anwendung von Titel V des Vertrages über die Europäische Union erlassene Rechtsakte)

BESCHLUSS 2003/461/GASP DES RATES
vom 20. Juni 2003
zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 2003/297/GASP betreffend Birma/Myanmar

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Gemeinsamen Standpunkt 2003/297/GASP vom 28. April 2003 betreffend Birma/Myanmar ⁽¹⁾, insbesondere auf die Artikel 8 und 9 in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 9 des Gemeinsamen Standpunkts 2003/297/GASP wurde die Ausweitung bestimmter darin vorgesehener Sanktionen sowie das Verbot des Artikels 2 Absatz 2 jenes Gemeinsamen Standpunkts bis zum 29. Oktober 2003 ausgesetzt, soweit der Rat nichts anderes beschließt.
- (2) In Anbetracht der weiteren Verschlechterung der politischen Lage in Birma/Myanmar, insbesondere der Verhaftung von Aung San Suu Kyi und weiterer führender Mitglieder der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), sowie der Schließung der NLD-Büros hat der Rat beschlossen, das Verbot der Visumerteilung sowie das Einfrieren von Guthaben auszuweiten, um weitere Mitglieder des Militärregimes, die Streit- und Sicherheitskräfte, die wirtschaftlichen Interessen des Militärregimes und sonstige mit dem Militärregime verbundene Personen, Gruppen, Unternehmen oder Einrichtungen, die politische Maßnahmen, die den Übergang von Birma/Myanmar zur Demokratie verhindern, konzipieren, durchführen oder daraus Nutzen ziehen, sowie deren Familien und ihnen nahe stehende Personen zu erfassen. Zudem hat der Rat beschlossen, das Verbot der Gewährung technischer Ausbildung oder Hilfe an Birma/Myanmar im Zusammenhang mit der Bereitstellung, der

Herstellung, der Wartung oder dem Einsatz von Waffen, Munition und militärischer Ausrüstung durchzusetzen —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Das im Anhang des Gemeinsamen Standpunkts 2003/297/GASP enthaltene Verzeichnis der Personen wird durch das im Anhang enthaltene Verzeichnis ersetzt.

Artikel 2

Die in Artikel 9 Buchstabe b) vorgesehene Aussetzung des Artikels 2 Absatz 2 des Gemeinsamen Standpunkts 2003/297/GASP wird aufgehoben.

Artikel 3

Dieser Beschluss wird am Tag seiner Annahme wirksam.

Artikel 4

Dieser Beschluss wird im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 20. Juni 2003.

Im Namen des Rates

Der Präsident

G. PAPANDREOU

⁽¹⁾ ABl. L 106 vom 29.4.2003, S. 36.

ANHANG

Verzeichnis der Personen nach Artikel 1

A. Staatsrat für Frieden und Entwicklung (SPDC)

- | | |
|--|--|
| 1. Oberbefehlshaber der Streitkräfte General Than Shwe | Präsident (2.2.1933, Kyaukse) |
| 2. Daw Kyaing Kyaing | Ehefrau von General Than Shwe |
| 3. Daw Thandar Shwe | Familienmitglied von General Than Shwe |
| 4. Daw Khin Pyone Shwe | Familienmitglied von General Than Shwe |
| 5. Daw Aye Aye Thit Shwe | Familienmitglied von General Than Shwe |
| 6. Ma Thidar Htun | Familienmitglied von General Than Shwe |
| 7. Stellvertretender Oberbefehlshaber der Streitkräfte General Maung Aye | Vizepräsident (25.12.1937, Kon Balu) |
| 8. Daw Mya Mya San | Ehefrau von General Maung Aye |
| 9. Nandar Aye | Familienmitglied von General Maung Aye |
| 10. General Khin Nyunt | Erster Sekretär (11.10.1939, Kyauktan) |
| 11. Dr. Khin Win Shwe | Ehefrau von General Khin Nyunt |
| 12. U Ye Naing Win | Familienmitglied von General Khin Nyunt |
| 13. Oberstleutnant Zaw Naing Oo | Familienmitglied von General Khin Nyunt |
| 14. Generalleutnant Soe Win | Zweiter Sekretär |
| 15. Daw Than Than Nwe | Ehefrau von Generalleutnant Soe Win |
| 16. Generalleutnant Thura Shwe Mann | Stabschef und Koordinator für Sondereinsätze |
| 17. Daw Khin Lay Thet | Ehefrau von Generalleutnant Thura Shwe Mann |
| 18. Generalleutnant Thein Sein | Generaladjutant |
| 19. Daw Khin Khin Win | Ehefrau von Generalleutnant Thein Sein |
| 20. Generalleutnant Thiha Thura Tin Aung Myint Oo | Generalquartiermeister |
| 21. Daw Khin Saw Hnin | Ehefrau von Generalleutnant Thiha Thura Tin Aung Myint Oo |
| 22. Generalleutnant Kyaw Win | Chef der Ausbildung der Streitkräfte |
| 23. Daw San San Yee | Ehefrau von Generalleutnant Kyaw Win |
| 24. Generalleutnant Tin Aye | Chef des militärischen Beschaffungswesens und Leiter der UMEH |
| 25. Daw Kyi Kyi Ohn | Ehefrau von Generalleutnant Tin Aye |
| 26. Generalleutnant Ye Myint | Chef des Büros für Sondereinsätze 1 (Kachin, Chin, Sagaing, Magwe, Mandalay) |
| 27. Dr. Tin Lay Myint | Ehefrau von Generalleutnant Ye Myint |
| 28. Generalleutnant Aung Htwe | Chef des Büros für Sondereinsätze 2 (Kayah, Shan) |
| 29. Daw Khin Hnin Wai | Ehefrau von Generalleutnant Aung Htwe |
| 30. Generalleutnant Khin Maung Than | Chef des Büros für Sondereinsätze 3 (Pegu, Rangoon, Irrawaddy, Arakan) |
| 31. Daw Marlar Tint | Ehefrau von Generalleutnant Khin Maung Than |
| 32. Generalleutnant Maung Bo | Chef des Büros für Sondereinsätze 4 (Karen, Mon, Tenasserim) |
| 33. Daw Khin Lay Myint | Ehefrau von Generalleutnant Maung Bo |

B. Ehemalige Mitglieder des SLORC und des SPDC

1. Generalleutnant Phone Myint (5.1.1931)
2. Generalleutnant Aung Ye Kyaw (12.12.1930)
3. Generalleutnant Chit Swe (18.1.1932)
4. Generalleutnant Mya Thin (31.12.1931)

5. Generalleutnant Kyaw Ba (7.6.1932)
6. Generalleutnant Tun Kyi (1.5.1938)
7. Generalleutnant Myo Nyunt (30.9.1930)
8. Generalleutnant Maung Thint (25.8.1932)
9. Generalleutnant Aye Thoung (13.3.1930)
10. Generalleutnant Kyaw Min (22.6.1932, Hanzada)
11. Generalleutnant Maung Hla
12. Generalmajor Soe Myint
13. Kapitän zur See Nyunt Thein
14. Generalmajor Kyaw Than (14.6.1941, Bago)

C. Regionale Befehlshaber

- | | |
|-----------------------------------|--|
| 1. Generalmajor Myint Swe | Rangoon |
| 2. Daw Khin Thet Htay | Ehefrau von Generalmajor Myint Swe |
| 3. Generalmajor Ye Myint | Befehlshaber Mitte — Provinz Mandalay |
| 4. Daw Myat Ngwe | Ehefrau von Generalmajor Ye Myint |
| 5. Generalmajor Soe Naing | Befehlshaber Nordwest — Provinz Sagaing |
| 6. Daw Tin Tin Latt | Ehefrau von Generalmajor Soe Naing |
| 7. Generalmajor Maung Maung Swe | Befehlshaber Nord — Staat Kachin |
| 8. Daw Tin Tin Nwe | Ehefrau von Generalmajor Maung Maung Swe |
| 9. Generalmajor Myint Hlaing | Befehlshaber Nordost — Staat Shan (Norden) |
| 10. Daw Khin Thant Sin | Ehefrau von Generalmajor Myint Hlaing |
| 11. Generalmajor Khin Zaw | Befehlshaber Triangle — Staat Shan (Osten) |
| 12. Daw Khin Pyone Win | Ehefrau von Generalmajor Khin Zaw |
| 13. Generalmajor Khin Maung Myint | Befehlshaber Ost — Staat Shan (Süden) |
| 14. Daw Win Win Nu | Ehefrau von Generalmajor Khin Maung Myint |
| 15. Generalmajor Thura Myint Aung | Befehlshaber Südost — Staat Mon |
| 16. Daw Than Than Nwe | Ehefrau von Generalmajor Thura Myint Aung |
| 17. Generalmajor Thar Aye | Befehlshaber Küste — Provinz Tenasserim |
| 18. Daw Wai Wai Khaing | Ehefrau von Generalmajor Thar Aye |
| 19. Brigadegeneral Ko Ko | Befehlshaber Süd — Provinz Pegu |
| 20. Daw Sat Nwan Khun Sum | Ehefrau von Brigadegeneral Ko Ko |
| 21. Generalmajor Htay Oo | Befehlshaber Südwest — Provinz Irrawaddy |
| 22. Daw Ni Ni Win | Ehefrau von Generalmajor Htay Oo |
| 23. Generalmajor Maung Oo | Befehlshaber West — Staat Arakan |
| 24. Dr. Daw Nyunt Nyunt Oo | Ehefrau von Generalmajor Maung Oo |

D. Stellvertretende regionale Befehlshaber

- | | |
|----------------------------------|----------|
| 1. Brigadegeneral Hsan Hsint | Rangoon |
| 2. Brigadegeneral Nay Win | Mitte |
| 3. Brigadegeneral Soe Myint | Nordwest |
| 4. Brigadegeneral San Tun | Nord |
| 5. Brigadegeneral Hla Myint | Nordost |
| 6. Oberst Myint Aung | Ost |
| 7. Brigadegeneral Myo Hla | Südost |
| 8. Brigadegeneral Tin Latt | Küste |
| 9. Brigadegeneral Thura Maung Ni | Süd |

- | | |
|------------------------------|---------|
| 10. Brigadegeneral Tint Swe | Südwest |
| 11. Brigadegeneral Phone Swe | West |

E. Weitere Befehlshaber, zuständig für Staaten/Provinzen

- | | |
|------------------------|---------------|
| 1. Oberst Thein Kyaing | Provinz Magwe |
| 2. Oberst Aung Thwin | Staat Chin |
| 3. Oberst Saw Khin Soe | Staat Karen |
| 4. Oberst Thein Swe | Staat Kayah |

F. Minister

- | | |
|------------------------------|--|
| 1. U Than Shwe | Minister im Amt des Ministerpräsidenten |
| 2. U Pan Aung | Minister im Amt des Ministerpräsidenten |
| 3. Daw Nyunt Nyunt Lwin | Ehefrau von U Pan Aung |
| 4. Generalleutnant Min Thein | Minister im Amt des SPDC-Präsidenten |
| 5. Daw Khin Than Myint | Ehefrau von Generalleutnant Min Thein |
| 6. Brigadegeneral D O Abel | Minister im Amt des SPDC-Präsidenten |
| 7. Daw Khin Thein Mu | Ehefrau von Brigadegeneral D O Abel |
| 8. Generalmajor Nyunt Tin | Minister für Landwirtschaft und Bewässerung |
| 9. Daw Khin Myo Oo | Ehefrau von Generalmajor Nyunt Tin |
| 10. Brigadegeneral Pyi Sone | Minister für Handel |
| 11. Daw Aye Pyai Wai Khin | Ehefrau von Brigadegeneral Pyi Sone |
| 12. Kalyar Pyay Wai Shan | Familienmitglied von Brigadegeneral Pyi Sone |
| 13. Pan Thara Pyay Shan | Familienmitglied von Brigadegeneral Pyi Sone |
| 14. Generalmajor Saw Tun | Minister für Bauwesen |
| 15. Daw Myint Myint Ko | Ehefrau von Generalmajor Saw Tun |
| 16. Generalleutnant Tin Ngwe | Minister für Kooperativen |
| 17. Daw Khin Hla | Ehefrau von Generalleutnant Tin Ngwe |
| 18. Generalmajor Kyi Aung | Minister für Kultur |
| 19. Daw Khin Khin Lay | Ehefrau von Generalmajor Kyi Aung |
| 20. U Than Aung | Minister für Bildung |
| 21. Daw Win Shwe | Ehefrau von U Than Aung |
| 22. Generalmajor Tin Htut | Minister für Elektrizität |
| 23. Daw Tin Tin Nyunt | Ehefrau von Generalmajor Tin Htut |
| 24. Brigadegeneral Lun Thi | Minister für Energie |
| 25. Daw Khin Mar Aye | Ehefrau von Brigadegeneral Lun Thi |
| 26. Daw Mya Sein Aye | Familienmitglied von Brigadegeneral Lun Thi |
| 27. Generalmajor Hla Tun | Minister für Finanzen und Staatseinnahmen |
| 28. U Win Aung | Minister für Auswärtige Angelegenheiten (28.2.1944, Dawei) |
| 29. Daw San Yon | Ehefrau von U Win Aung |
| 30. U Thaug Su Nyein | Familienmitglied von U Win Aung |
| 31. U Aung Phone | Minister für Forstwirtschaft |
| 32. Daw Khin Sitt Aye | Ehefrau von U Aung Phone |
| 33. U Sitt Thwe Aung | Familienmitglied von U Aung Phone |
| 34. U Sitt Thaing Aung | Familienmitglied von U Aung Phone |
| 35. Prof. Dr. Kyaw Myint | Minister für Gesundheit |
| 36. Daw Nilar Thaw | Ehefrau von Prof. Dr. Kyaw Myint |
| 37. Oberst Tin Hlaing | Minister des Inneren |

38. Daw Khin Hla Hla	Ehefrau von Oberst Tin Hlaing
39. Generalmajor Sein Htwa	Minister für Einwanderung und Bevölkerung sowie Minister für Soziales, Fürsorge und Wiederansiedlung
40. Daw Khin Aye	Ehefrau von Generalmajor Sein Htwa
41. U Aung Thaug	Minister für Industrie I
42. Daw Khin Khin Yi	Ehefrau von U Aung Thaug
43. Generalmajor Saw Lwin	Minister für Industrie II (1939)
44. Daw Moe Moe Myint	Ehefrau von Generalmajor Saw Lwin
45. Brigadegeneral Kyaw Hsan	Minister für Information
46. Daw Kyi Kyi Win	Ehefrau von Brigadegeneral Kyaw Hsan
47. U Tin Winn	Minister für Beschäftigung
48. Daw Khin Nu	Ehefrau von U Tin Winn
49. Daw May Khin Tin Win Nu	Familienmitglied von U Tin Winn
50. Brigadegeneral Maung Maung Thein	Minister für Viehzucht und Fischerei
51. Daw Myint Myint Aye	Ehefrau von Brigadegeneral Maung Maung Thein
52. Brigadegeneral Ohn Myint	Minister für den Bergbau
53. Daw San San	Ehefrau von Brigadegeneral Ohn Myint
54. Maung Thet Naing Oo	Familienmitglied von Brigadegeneral Ohn Myint
55. Maung Min Thet Oo	Familienmitglied von Brigadegeneral Ohn Myint
56. U Soe Tha	Minister für staatliche Planung und Wirtschaftsentwicklung
57. Daw Kyu Kyu Win	Ehefrau von U Soe Tha
58. Oberst Thein Nyunt	Minister für Fortschritte in den Grenzgebieten, nationale Bevölkerungsgruppen und Entwicklungsangelegenheiten
59. Daw Kyin Khine	Ehefrau von Oberst Thein Nyunt
60. Generalmajor Aung Min	Minister für Eisenbahnverkehr
61. Daw Wai Wai Thar	Ehefrau von Generalmajor Aung Min
62. U Aung Khin	Minister für religiöse Angelegenheiten
63. Daw Yin Yin Nyunt	Ehefrau von U Aung Khin
64. U Thaug	Minister für Wissenschaft und Technik
65. Daw May Kyi Sein	Ehefrau von U Thaug
66. Brigadegeneral Thura Aye Myint	Minister für Sport
67. Daw Aye Aye	Ehefrau von Brigadegeneral Thura Aye Myint
68. Brigadegeneral Thein Zaw	Minister für Telekommunikations-, Post- und Telegrafendienste
69. Daw Mu Mu Win	Ehefrau von Brigadegeneral Thein Zaw
70. Generalmajor Hla Myint Swe	Minister für Verkehr
71. Daw San San Myint	Ehefrau von Generalmajor Hla Myint Swe
72. Brigadegeneral Thein Zaw	Minister für Fremdenverkehr
<i>G. Stellvertretende Minister</i>	
1. U Hset Maung	Stellvertretender Minister im Amt des Ministerpräsidenten des SPDC
2. Brigadegeneral Khin Maung	Stellvertretender Minister für Landwirtschaft und Bewässerung
3. U Ohn Myint	Stellvertretender Minister für Landwirtschaft und Bewässerung
4. Brigadegeneral Myint Thein	Stellvertretender Minister für Bauwesen
5. U Soe Nyunt	Stellvertretender Minister für Kultur
6. U Myo Nyunt	Stellvertretender Minister für Bildung
7. Brigadegeneral Soe Win Maung	Stellvertretender Minister für Bildung
8. U Myo Myint	Stellvertretender Minister für Elektrizität
9. U Tin Tun	Stellvertretender Minister für Energie

10. Brigadegeneral Thein Aung	Stellvertretender Minister für Energie
11. U Khin Maung Win	Stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten
12. Brigadegeneral Than Tun	Stellvertretender Minister für Finanzen und Staatseinnahmen
13. Oberst Thaik Tun	Stellvertretender Minister für Forstwirtschaft
14. Prof. Dr. Mya Oo	Stellvertretender Minister für Gesundheit
15. Brigadegeneral Thura Myint Maung	Stellvertretender Minister für Inneres
16. Brigadegeneral Aye Myint Kyu	Stellvertretender Minister für Hotels und Fremdenverkehr
17. Daw Khin Swe Myint	Ehefrau von Brigadegeneral Aye Myint Kyu
18. U Mung Aung	Stellvertretender Minister für Einwanderung und Bevölkerung
19. Brigadegeneral Thein Tun	Stellvertretender Minister für Industrie I
20. Brigadegeneral Kyaw Win	Stellvertretender Minister für Industrie I
21. Brigadegeneral Aung Thein Lin	Stellvertretender Minister für Industrie II
22. Lt-Col Khin Maung Kyaw	Stellvertretender Minister für Industrie II
23. Brigadegeneral Aung Thein	Stellvertretender Minister für Information
24. Brigadegeneral Win Sein	Stellvertretender Minister für Beschäftigung
25. U Aung Thein	Stellvertretender Minister für Viehzucht und Fischerei
26. U Myint Thein	Stellvertretender Minister für Bergbau
27. U Kyaw Tin	Stellvertretender Minister für Fortschritte in den Grenzgebieten, nationale Bevölkerungsgruppen und Entwicklungsangelegenheiten
28. Brigadegeneral Than Tun	Stellvertretender Minister für Fortschritte in den Grenzgebieten, nationale Bevölkerungsgruppen und Entwicklungsangelegenheiten
29. Thura U Thaug Lwin	Stellvertretender Minister für Eisenbahnverkehr
30. Brigadegeneral Thura Aung Ko	Stellvertretender Minister für religiöse Angelegenheiten
31. U Nyi Hla Nge	Stellvertretender Minister für Wirtschaft und Technik
32. Dr. Chan Nyein	Stellvertretender Minister für Wissenschaft und Technik
33. U Hlaing Win	Stellvertretender Minister für Soziales, Fürsorge und Wiederansiedlung
34. Brigadegeneral Maung Maung	Stellvertretender Minister für Sport
35. Brigadegeneral Kyaw Myint	Stellvertretender Minister für Verkehr
36. U Pe Than	Stellvertretender Minister für Verkehr
H. Ehemalige Regierungsmitglieder	
1. U Khin Maung Thein	Ehemaliger Minister für Finanzen und Staatseinnahmen (seit 1.2.2003 im Ruhestand)
2. Daw Su Su Thein	Ehefrau von U Khin Maung Thein
3. Generalmajor Ket Sein	Ehemaliger Minister für Gesundheit (seit 1.2.2003 im Ruhestand)
4. Daw Yin Yin Myint	Ehefrau von Generalmajor Ket Sein
5. U Nyunt Swe	Ehemaliger stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten
I. Weitere Amtsträger im Fremdenverkehrsbereich	
1. Oberstleutnant (im Ruhestand) Khin Maung Latt	Generaldirektor
2. Hauptmann (im Ruhestand) Htay Aung	Geschäftsführender Direktor
3. U Tin Maung Swe	Geschäftsführer
4. U Khin Maung Soe	Geschäftsführer
5. U Tint Swe	Geschäftsführer
J. Höhere Offiziere im Verteidigungsministerium	
1. Vize-Admiral Kyi Min	Oberbefehlshaber der Flotte
2. Flottenadmiral Soe Thein	Stabschef (Flotte)
3. Brigadegeneral Myat Hein	Oberbefehlshaber der Luftwaffe

4. Brigadegeneral Maung Nyo	Stellvertretender Generaladjutant
5. Brigadegeneral Soe Maung	Chef der Militärjustiz
6. Generalmajor Lun Maung	Generalinspizient
7. Brigadegeneral Saw Hla	Chef der Militärpolizei
8. Oberst Sein Lin	Direktor für Ausrüstung
9. Brigadegeneral Kyi Win	Direktor für Artillerie und Panzertruppen
10. Oberst Than Sein	Leiter des Militärhospitals
11. Brigadegeneral Win Hlaing	Direktor für Beschaffung
12. Brigadegeneral Khin Aung Myint	Direktor für Öffentlichkeitsarbeit und psychologische Kriegsführung
13. Brigadegeneral Than Maung	Direktor der Volksmilizen und Grenzdienste
14. Brigadegeneral Aung Myint	Direktor für Fernmeldewesen
15. Brigadegeneral Than Htay	Direktor für Nachschub und Transport
16. Brigadegeneral Khin Maung Tint	Direktor für Sicherheitsdruck
17. Brigadegeneral Hsan Hsint	General im Amt für Personalfragen
18. Vize-Admiral Kyi Min	Oberbefehlshaber der Flotte
19. Daw Aye Aye	Ehefrau von Vize-Admiral Kyi Min
20. Brigadegeneral Myat Hein	Oberbefehlshaber der Luftwaffe
21. Daw Htwe Htwe Nyunt	Ehefrau von Brigadegeneral Myat Hein

K. Mitglieder des Amtes des Chefs der militärischen Aufklärung (OCMI)

1. Brigadegeneral Myint Aung Zaw	Verwaltung
2. Brigadegeneral Hla Aung	Ausbildung
3. Brigadegeneral Thein Swe	Internationale Beziehungen und Außenbeziehungen
4. Brigadegeneral Kyaw Han	Wissenschaft und Technik
5. Brigadegeneral Than Tun	Politik und militärische Abschirmung
6. Oberst Hla Min	Stellvertreter
7. Oberst Tin Hla	Stellvertreter
8. Brigadegeneral Myint Zaw	Grenzsicherheit und Aufklärung
9. Brigadegeneral Kyaw Thein	Ethnische Gruppen/Waffenstillstand. Drogenbekämpfung. See- und luftgestützte Aufklärung
10. Oberst San Pwint	Stellvertreter

L. Offiziere der Streitkräfte in Führungsposition bei Strafvollzug und Polizei

Oberst Ba Myint	Generaldirektor der Abteilung Strafvollzug im Ministerium des Inneren
-----------------	---

M. United Solidarity and Development Association (USDA)

1. U Ko Lay	Bürgermeister von Yangon und Vorsitzender des Yangon City Development Committee (YCDC) (Sekretär)
2. Daw Khin Khin	Ehefrau von U Ko Lay
3. San Win	Familienmitglied von U Ko Lay
4. Than Han	Familienmitglied von U Ko Lay
5. Khin Thida	Familienmitglied von U Ko Lay
6. U Thein Sein	Stellvertretender Minister für Information (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees)
7. Daw Khin Khin Wai	Ehefrau von U Thein Sein
8. Oberst Thaik Tun	Stellvertretender Minister für Forstwirtschaft (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees)
9. Daw Nwe Nwe Kyi	Ehefrau von Oberst Thaik Tun
10. Myo Win Thaik	Familienmitglied von Oberst Thaik Tun
11. Khin Sandar Tun	Familienmitglied von Oberst Thaik Tun

- | | |
|--------------------------------------|---|
| 12. Khin Nge Nge Tun | Familienmitglied von Oberst Thaik Tun |
| 13. Khin Ei Shwe Zin Tun | Familienmitglied von Oberst Thaik Tun |
| 14. Thura Aung Ko | Stellvertretender Minister für religiöse Angelegenheiten (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |
| 15. Brigadegeneral Thein Aung | Stellvertretender Minister für Energie (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |
| 16. Brigadegeneral Thura Myint Maung | Stellvertretender Minister des Inneren (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |
| 17. Zin Myint Maung | Familienmitglied von Brigadegeneral Thura Myint Maung |
| 18. Col Maung Par | Stellvertretender Bürgermeister und Stellvertretender Vorsitzender des YCDC (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |
| 19. Daw Khin Nyunt Myaing | Ehefrau von Col Maung Par |
| 20. Dr. Naing Win Par | Familienmitglied von Col Maung Par |
| 21. Aung Thein Lin | Stellvertretender Minister für Industrie II (Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees) |

N. *Personen, die Nutzen aus der Wirtschaftspolitik der Regierung ziehen*

- | | |
|-----------------------------------|------------------------------|
| 1. U Khin Shwe | Zaykabar Co. |
| 2. U Aung Ko Win (Saya Kyaung) | Kanbawza Bank |
| 3. U Aik Tun | Asia Wealth Bank Olympic Co. |
| 4. U Tun Myint Naing (Steven Law) | Asia World Co. |
| 5. U Htay Myint | Yuzana Co. |
| 6. Tayza | Htoo Trading |
| 7. Daw Thidar Zaw | Ehefrau von Tayza |

O. *Staatliche Wirtschaftsunternehmen*

- | | |
|------------------------------------|---|
| 1. Oberst Myint Aung | Geschäftsführender Direktor Myawaddy Trading Company |
| 2. Oberst Myo Myint | Geschäftsführender Direktor Bandoola Transportation Co Ltd. |
| 3. Oberst (im Ruhestand) Thant Zin | Geschäftsführender Direktor Myanmar Land and Development |
| 4. Major Hla Kyaw | Direktor Myawaddy Advertising Enterprises |
| 5. Oberst Aung Sun | Geschäftsführender Direktor Hsinmin Cement Plant Construction Project |
| 6. Col Ye Htut | Myanmar Economic Corporation |
-